



**PROTOKOLL DES AUßERORDENTLICHEN
BUNDESPARTEITAGES DER SPD**

BONN, 21. JANUAR 2018

WORLD CONFERENCE CENTER BONN

**EINE NEUE ZEIT BRAUCHT
EINE NEUE POLITIK.**

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung	3
Geschäftsordnung	4
Eröffnung und Begrüßung	6
Konstituierung.....	14
Rede des Parteivorsitzenden Martin Schulz	20
Beratung der Aufnahme von weiteren Verhandlungen zur Regierungsbildung und Abstimmung zum weiteren Vorgehen	42
Bericht der Antragskommission	65
Fortsetzung der Beratung der Aufnahme von weiteren Verhandlungen zur Regierungsbildung und Abstimmung zum weiteren Vorgehen	69
Antragsberatung und Beschlussfassung	130
Delegierte	133
Rednerliste	149

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung Malu Dreyer
2. Konstituierung
3. Rede des Parteivorsitzenden Martin Schulz
4. Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
5. Bericht der Antragskommission
6. Zur Beratung der Aufnahme von weiteren Verhandlungen zur Regierungsbildung und Abstimmung zum weiteren Vorgehen
7. Schlusswort

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht. Die Vorsitzenden bzw. benannten Vertreter/Vertreterinnen der nahe stehenden Organisationen haben auf dem Parteitag Rederecht zu ihren Anträgen nach § 22 Abs. 3 Organisationsstatut.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen, unter Beachtung der Geschlechterquote, das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen und werden in eine Redner/innenliste eingetragen, die vom Plenum aus gesehen werden kann. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
6. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
7. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 50 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden. Der Parteivorstand hat ein eigenes Initiativrecht.
8. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des § 22 Abs. 1 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelte Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteitagspräsidium.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/ Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.
10. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.

11. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
12. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Die amtierende Tagungsleitung kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.
13. Die Schatzmeisterei erstellt einen Vorschlag zur Zusammensetzung der Mandatsprüfungs- und Zählkommission (MPZK), welcher durch den Parteitag beschlossen wird.

Protokoll des außerordentlichen Bundesparteitags der SPD

am 21. 1. 2018 in Bonn

Tagungsort: World Conference Center Bonn

Motto: EINE NEUE ZEIT BRAUCHT
EINE NEUE POLITIK.

Beginn: 11:16 Uhr

Eröffnung und Begrüßung

Malu Dreyer, Stellvertretende Parteivorsitzende: Guten Morgen, liebe Genossen und liebe Genossinnen!

Ich grüße euch alle sehr herzlich auf unserem Bundesparteitag, und ich freue mich, dass ich euch im schönen Bonn herzlich willkommen heißen darf. Lieber Mike, schön, dass wir heute zu Gast in NRW sein dürfen. Wir haben uns gestern schon sehr wohl gefühlt. Schön, dass wir hier sein können.

(Beifall)

Ich will ganz herzlich unsere ehemaligen Parteivorsitzenden Rudolf Scharping, Franz Müntefering, Kurt Beck, Sigmar Gabriel begrüßen. Wie schön, dass ihr schon wieder da sein. Herzlich willkommen und vielen Dank!

(Beifall)

Auch unsere Freunde und Freundinnen der Gewerkschaften begrüße ich herzlich. Es sind viele da, und ich darf für euch alle stellvertretend unseren DGB-Chef Reiner Hoffmann sehr herzlich begrüßen. Lieber Reiner, gemeinsam mit den Kollegen und Kolleginnen: Einen schönen guten Tag, einen schönen guten Morgen!

(Beifall)

Dann sind auch Vertreter und Vertreterinnen von Wirtschaftsverbänden, die Präsidenten der Arbeiterwohlfahrt und des Deutschen Mieterbundes - Wilhelm Schmidt und Franz-Georg Rips -, Heinz Hilgers vom Deutschen Kinderschutzbund und Uwe Zimmermann vom Deutschen Städte- und Gemeindebund hier. Wir freuen uns wirklich sehr, dass ihr da sein. Ihr seid treue Gäste auf dem Parteitag. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Schön ist es natürlich auch, dass wir immer wieder Gäste aus Kunst und Kultur bei uns begrüßen dürfen. Ich begrüße auch sehr gerne den Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen, Wolfgang Stoeckl. Seid alle willkommen! Und alle die Gäste, die hier vorne sitzen: Wir freuen uns, dass ihr auf diesem spannenden Parteitag heute unter uns seid.

(Beifall)

Liebe Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, uns allen ist bewusst, dass es heute um eine Entscheidung mit großer Tragweite geht, und zwar für die Zukunft von Deutschland, aber auch für die Zukunft unserer SPD. Um der Klarheit willen: Wir entscheiden heute darüber, ob wir in Verhandlungen für die Große Koalition oder demnächst in Neuwahlen gehen. Ich freue mich darauf, dass wir wieder - das zeichnet sich ab - intensiv und kontrovers miteinander diskutieren werden. Aber ich möchte auch, dass wir uns keine Illusion darüber machen, worüber wir diskutieren und welche Konsequenzen unsere Entscheidung auch haben wird.

Nicht jeder versteht die Debatte innerhalb der Sozialdemokratie. Wir engagieren uns landauf, landab, und ich bin stolz auf diese Diskussion in unserer Partei, auf das Ringen um den richtigen Weg. Wir sind eine lebendige Partei, wir sind eine Mitgliederpartei. Wer früher nicht wusste, was eine Mitgliederpartei ist, der erlebt das jetzt gerade in dieser Phase. Ich habe selten so gemerkt wie jetzt, wie intensiv wir miteinander ringen.

(Beifall)

Wir haben auch den Mut, intensiv miteinander zu diskutieren und alle einzubinden. Wir sind auch bereit, das Ergebnis möglicher Verhandlungen unserer Basis vorzulegen. Das ist die SPD: eine demokratische, eine moderne Partei, die modernste Partei in Deutschland. Das ist unser Verständnis von innerparteilicher Demokratie und darauf sollten wir jetzt an allererster Stelle auch mal so richtig stolz sein.

(Beifall)

Den Bürgern und Bürgerinnen sage ich: Dass Deutschland nach vier Monaten keine Regierung hat, ist nicht der SPD vorzuwerfen. CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP sind nach wochenlangem Sondieren zur Regierungsbildung auf ganzer Linie gescheitert.

(Beifall)

Die SPD hat in nur sechs Tagen sondiert - und nicht auf dem Balkon, sondern innendrin - und sie ist rausgekommen mit einem, wie ich finde, gutem Ergebnis.

Ja, es ist schade, dass der Union der Mut zu einer Minderheitsregierung fehlt. Im Dezember habe ich mich mit vielen anderen Kollegen und Kolleginnen hier in der Partei dafür stark gemacht, weil ich davon überzeugt bin, dass eine Große Koalition immer nur Ultima Ratio in einer Demokratie sein kann.

An den Argumenten hat sich auch nicht wirklich viel geändert. Aber die Situation hat sich schlicht und ergreifend geändert. Wir haben ergebnisoffen gesprochen, und nach den Gesprächen können wir klar feststellen: Mit der CDU/CSU gibt es keine Regierung unter Tolerierung der SPD.

Martin hat Gespräche geführt, wir alle haben Gespräche geführt, und die Antwort der Union ist klar. Wer in dieser Woche Fernsehen geschaut hat, hat es von Peter Altmaier noch einmal öffentlich gehört: Sie werden keine Minderheitsregierung bilden. Der Union fehlen der Mut und die Bereitschaft, diesen neuen Weg zu gehen. Sie traut sich nicht, sie wagt es nicht, und sie macht es nicht.

Deshalb: Wir können die Union nicht in eine Minderheitsregierung zwingen. Das ist eine Illusion. Wir können nur eine Regierung tolerieren, die sich auch tolerieren lässt. Und deshalb liegt heute ganz klar die Frage auf dem Tisch, die wir hier und heute zu entscheiden haben, und sie lautet: Verhandlungen für eine Große Koalition oder demnächst Neuwahlen?

Ich habe mich entschieden, und ich habe mich aus guten Gründen entschieden. Ich halte es für richtig, jetzt in die Verhandlungen für eine Große Koalition zu gehen.

Genossinnen und Genossen, ich tue das nicht, weil ich plötzlich Fan einer Großen Koalition geworden bin. Für mich wäre diese Große Koalition immer ein Zweckbündnis. Aber trotzdem habe ich mich dafür entschieden, weil ich finde, dass Deutschland eine Regierung braucht, weil ich finde, dass die Sondierungen gezeigt haben, dass wir mit sozialdemokratischen Herzensthemen im Land viel bewegen können, und weil ich finde, dass ich nicht erklären kann, in eine Neuwahl zu gehen, während ich gleichzeitig für Themen kämpfe und werbe, die wir in der Sondierung durchgesetzt haben, die wir demnächst auch umsetzen können und mit denen wir Gutes für die Menschen in unserem Land tun können.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich bin in die SPD eingetreten - das wird vielen so gehen -, weil ich gestalten möchte, weil ich für die Menschen etwas erreichen möchte, weil ich das Land nach vorne bringen möchte. Für mich hat die SPD immer Zuversicht, Optimismus und der Wille auf Veränderung ausgezeichnet.

(Beifall)

Das können wir auch jetzt umsetzen. Wir können zuversichtlich sein, auch wenn uns die Entscheidung schwerfällt. Es gibt aber viele Gründe, zuversichtlich in die Zukunft zu schauen und tatsächlich Dinge für die Menschen in unserem Land zu bewegen.

Ich möchte euch ein paar Dinge nennen, die mir persönlich ganz besonders wichtig sind:

Schon in meinem Landtagswahlkampf habe ich für die Parität gekämpft. „Ja“, sagen viele Genossinnen und Genossen, „die SPD hat doch damals angefangen, die Parität nicht einzuhalten“. Stimmt! Aber in der schwarz-gelben Regierung - da waren wir auch in der Opposition - hat die Regierung den Arbeitgeberbeitrag festgeschrieben. Es ist nicht gerecht, wenn Arbeitnehmer und Rentner in Zukunft jede Beitragserhöhung selber und allein zu tragen haben, und deshalb, finde ich, ist es ein Herzensthema und bleibt es ein Herzensthema. Wir haben eine große Chance, den Zustand in unserer Krankenversicherung wiederherzustellen, dass beide die Beiträge bezahlen. Für diesen Punkt habe ich gekämpft, und ich freue mich darüber, wenn wir in Deutschland endlich die Gerechtigkeit in der Krankenversicherung wiederherstellen.

(Beifall)

Dann ist da die Rente. Es stand in unserem Wahlprogramm, dass wir anstreben, das Rentenniveau wieder auf 48 Prozent festzuschreiben. Natürlich stand da 2030, aber ich finde, es ist ein großer Fortschritt, wenn wir die Rentenformel revidieren und bis 2025 gesetzlich festschreiben, dass die Rente in Zukunft bei 48 Prozent liegt und nicht weiter absinkt.

Es ist für mich immer auch ein großes Anliegen gewesen, dass wir eine Grundrente in Deutschland bekommen, weil ich es nicht in Ordnung finde, dass Männer und Frauen - aber vor allem Frauen - 35 Jahre lang arbeiten gehen und dann eine Rente haben, die auf Grundsicherungsniveau ist. Deshalb glaube ich und bin fest davon überzeugt: Es ist ein Fortschritt für Deutschland, wenn wir endlich die Grundrente umsetzen können. Das haben wir in der Sondierung erreicht, und auch das ist für

mich ein ursozialdemokratisches Herzensanliegen, das endlich in Deutschland umzusetzen.

(Beifall)

Mein letzter Punkt in diesem Zusammenhang ist auch die Erwerbsminderungsrente. Es gibt keine andere Partei außer der SPD, die immer wieder im Auge hat, dass Menschen, die arbeiten, krank werden, behindert sind und nicht mehr weitermachen können. Auch die haben es verdient, eine gute Erwerbsminderungsrente zu bekommen. Deshalb ist auch das ein Erfolg, dass wir in der Sondierung diesen Punkt durchgesetzt haben.

Liebe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, ich bin Ministerpräsidentin in einem Land, das die drittniedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland hat. Trotzdem haben wir Langzeitarbeitslose, und immer kämpfen und ringen wir darum, dass wir Maßnahmen und Projekte mit der BA bekommen, um die Langzeitarbeitslosen in die Gesellschaft zu integrieren. Endlich ist es gelungen, dass wir einen Einstieg in den sozialen Arbeitsmarkt bekommen. Liebe Genossen und Genossinnen, tut nicht so, als wäre das klein. Es ist zum ersten Mal so, dass wir im SGB II den sozialen Arbeitsmarkt bekommen. Ich finde, es gibt keine andere Partei als die SPD, der es ein so großes Anliegen sein muss, für langzeitarbeitslose Menschen etwas zu tun in unserer Gesellschaft. Deshalb bin ich froh darüber, dass wir diesen Punkt in der Sondierung wirklich erkämpfen konnten und damit einen Akzent in unserer Gesellschaft setzen können.

(Beifall)

Wir werden heute noch lange Debatten über die unterschiedlichen Themen haben. Deshalb will ich mich hier wirklich begrenzen. Ich sage auch, wenn ich die Gewerkschafter hier sehe: Wenn ich in unseren Betrieben zu Gast bin und wir über den digitalen Wandel reden, gab es eigentlich immer vor allem ein Mitbestimmungsthema, das jeder Gewerkschafter, jeder Betriebsrat an uns herangetragen hat. Das war nun mal das Initiativrecht für die Betriebsräte, bezogen auf die Weiterbildung. Es klingt so klein, aber es ist sehr groß; denn mit der Mitbestimmung hat die CDU nichts am Hut. Aber wir haben etwas damit am Hut, weil wir den zukünftigen Wandel gemeinsam mit Arbeitnehmern gestalten wollen. Deshalb: Das, was klein klingt, das ist ganz wichtig für uns und für die Zukunft unserer Arbeitnehmer. Deshalb ist auch das ein wichtiger Punkt in diesem Sondierungspapier, wenn es um die Gestaltung unserer Zukunft geht.

(Beifall)

Ich bin Ministerpräsidentin in einem Land, in dem die Bildung gebührenfrei ist, von der Kita bis zur Hochschule. Wir als SPD sind schon immer davon überzeugt gewesen, dass es Gerechtigkeit in unserem Land nicht gibt, wenn es keine Bildungsgerechtigkeit gibt. Meine Nichte bezahlt in Baden-Württemberg 400 Euro für ihren Kindergartenplatz. Wir haben es in den Sondierungen vollbracht, dass wir einen Einstieg in die gebührenfreie Bildung bekommen. Vielleicht ist das nicht jedermanns und jederfraus Herzensthema, aber für mich ist es das schon, weil ich finde, dass die Sozialdemokratie immer dafür gesorgt hat, dass Bildung völlig unabhängig vom Geldbeutel der Eltern für jedes Kind in Deutschland möglich ist.

(Beifall)

Und wenn ich sehe, dass in Rheinland-Pfalz mit der Einführung der Gebührenfreiheit auch Kindern aus Elternhäusern mit schwachen Geldbeuteln wörtlich von heute auf morgen in die Kindertagesstätte gegangen sind, weil sich Eltern keine Gedanken mehr darüber machen müssen, was es kostet, dann weiß ich: Wenn wir über Bildungsgerechtigkeit sprechen, über sozialdemokratische Bildungsgerechtigkeit, dann muss die Gebührenfreiheit in Deutschland kommen, und wir haben einen Einstieg in diesen Sondierungsgesprächen geschafft. Deshalb ist das ein weiterer Schritt zu mehr Gerechtigkeit und zu einer sozialdemokratischen Handschrift in Deutschland.

(Beifall)

Martin wird ganz viel zum Thema Europa sagen. Deshalb sage ich nur zwei Sätze. Wenn ich manchmal O-Töne von Genossen und Genossinnen zu dem Thema Europa höre, dann bedrückt mich das ein ganzes Stück, denn die O-Töne gehen ein bisschen in die Richtung: Ist ja schön und gut mit diesem Europa, aber macht mal was für die Leute! Ich glaube, die, die hier sitzen, die wissen ganz genau, dass Deutschland und die Zukunft von Deutschland davon abhängt, wie sich Europa entwickelt. Und natürlich ist Europa für uns ein ganz bedeutsames Thema, egal, ob wir hier in Bonn sind, ob man aus Rheinland-Pfalz kommt. Wir wissen, die Zukunft von Deutschland hat immer damit zusammengehungen, wie sich Europa entwickelt. Natürlich ist es ein wichtiges Thema für die Sozialdemokratie, dass wir dieses Europa wieder zum Funktionieren bringen, dass es ein soziales Europa wird. Das ist ein Grundbedürfnis der Sozialdemokraten. Erzählt den Leuten draußen doch bitte, dass jeder Mensch hier in Deutschland davon profitiert, wenn sich Europa positiv weiterentwickelt. Es ist sicherlich ein Leuchtturm in diesem Papier, dass wir das erreicht haben.

(Beifall)

Und dann sage ich noch eines dazu: Natürlich haben wir nicht alles erreicht, selbstverständlich nicht. Das ist auch das Wesen eines Kompromisses. Ich sage: Mich persönlich schmerzt eigentlich am allermeisten der Familiennachzug. Wir werden uns in möglichen Verhandlungen intensiv dafür einsetzen, noch mehr zu erreichen. Aber keiner kann das hier versprechen. Versprechen können wir nur, wenn der Bundestag uns das Okay gibt, dass wir uns dafür einsetzen werden, dass es besser wird. Ich bin davon überzeugt, dass das, was wir beim Familiennachzug verhandelt haben, nicht dem Herzen der Sozialdemokraten und der Sozialdemokratinnen entspricht. Deshalb werden wir auch an dieser Stelle weiter hart verhandeln.

(Beifall)

Ich habe eben schon einmal gesagt, dass ich davon überzeugt bin, dass die SPD eine Partei ist, die Zuversicht verströmen kann. Die meisten Menschen, die in unserer Partei aktiv sind, sind es, weil sie diese Welt nach vorne bringen wollen, Deutschland nach vorne bringen wollen. Ich weiß, in welchem Dilemma wir alle zusammen stecken, und dennoch bin ich davon überzeugt, dass wir, wenn wir es ernst nehmen mit dem, was wir erreichen wollen, jetzt gute Chancen haben, indem wir die Koalitionsgespräche aufnehmen: Etwas zu bewegen für die Menschen in unserem Land. Dass sich viele Genossen und Genossinnen in den letzten Tagen beispielsweise über den Stil beschwerten, den die CSU zum Beispiel an den Tag legt, dafür habe ich Verständnis, dass da nicht gerade die Lust gesteigert wird, mit diesen Menschen in eine Koalition zu gehen. Aber ich frage euch auch: Wo eigentlich ist unser Selbstbewusstsein?

(Beifall)

Wer ist eigentlich Herr Dobrindt?

(Beifall)

Ich lasse mir die Butter nicht vom Brot nehmen von Menschen wie Herr Dobrindt. Nein, ich setze etwas dagegen. Ich sage, ich habe einen anderen Stil. Ich habe Respekt vor Menschen, und wenn wir zusammen arbeiten wollen, dann brauchen wir auch einen anderen Stil. Lasst uns als Sozialdemokraten diesen anderen Stil prägen und lasst uns nicht lamentieren, weil Herr Dobrindt blöde Sprüche macht. Wir brauchen mehr Selbstbewusstsein, und wir müssen, wenn wir in die Verhandlungen gehen, deutlich machen: Wir Sozialdemokraten gehen anständig miteinander um,

respektvoll miteinander um! Wir erwarten auch, wenn es zu Koalitionsverhandlungen kommt, dass wir klare Verabredungen miteinander treffen, wie man miteinander umgeht, wie man auch öffentlich miteinander umgeht, wie man mit Zielen, die wir uns setzen, umgeht und in der Umsetzung tatsächlich nichts auf die lange Bank schiebt, sondern klarmacht: Das, was besprochen wird, wird auch gehalten, und wenn es nicht gehalten wird, hat es Konsequenzen. Ich werde niemals müde, zu sagen, die SPD kann eigentlich glänzen, wenn sie sich nicht so verhält, wie es Teile der zweiten Reihe in der CDU und in der CSU machen.

(Beifall)

Mein letzter Punkt ist das, was ganz viele Genossinnen und Genossen hier umtreibt, nämlich das Thema Erneuerung der SPD. Auch da sage ich sehr klar: Von diesem Parteitag muss ein weiteres Signal ausgehen: dass wir die Erneuerung der SPD auch weiterhin vorantreiben. Das haben wir uns nach der Wahl vorgenommen, und genau das wollen wir auch in Zukunft tun. Es wird Zeit, dass sich die SPD programmatisch mit den Fragen der heutigen Zeit auseinandersetzt. Wir leben in einem globalen digitalen Zeitalter. Die SPD hat es insgesamt noch nicht verstanden, für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die heute nicht nur am Band arbeiten, sondern auch in der Cloud arbeiten, Antworten zu liefern, die ihnen die Sicherheit geben, dass sie mit der SPD eine Ansprechstelle haben und dass wir weiterhin die Partei der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind, dass wir für soziale Sicherheit, aber auch für Fortschritt sorgen, dass wir dafür sorgen, dass alle an den Chancen teilhaben können, die ein neues digitales Zeitalter uns gibt. Das ist unser Job, liebe Kollegen und liebe Kolleginnen!

Ich möchte ausdrücklich sagen, dass sich der neu gewählte Parteivorstand, dass wir uns alle verpflichtet fühlen, mit dem Erneuerungsprozess unserer SPD weiterzumachen. Ich bin fest davon überzeugt, dass es keine Rolle spielt, ob wir in der Regierung sind oder ob wir in Neuwahlen gehen. Das spielt keine Rolle für den Punkt, ob wir uns erneuern. Ob wir uns erneuern, liegt ausschließlich an uns selber.

(Beifall)

Vielleicht ist das auch das, was wir wieder ein ganzes Stück lernen müssen, wenn wir am Ende ein Okay für Verhandlungen bekommen und wirklich in eine Regierung eintreten werden: Zu lernen, dass wir Regierung sein können und trotzdem eine lebendige Partei sein können, die sich um die Zukunft kümmert, die nicht nur Tagespolitik macht, sondern die die großen Fragen für die Zukunft beantwortet. Das muss unser Ziel sein. Wenn nicht wir als SPD, wer sonst soll das in Deutschland können? Wir sind doch eine kreative Partei! Wir sind doch eine mutige Partei! Also

lasst uns anfangen! Lasst uns die Partei erneuern! Lasst uns heute weiter konstruktiv miteinander diskutieren! Ich bin zuversichtlich, dass uns das heute gelingen wird.

Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn wir am Ende gemeinsam zu dem Ergebnis kommen, dass wir Verhandlungen führen können, um dieses Land, um Deutschland nach vorne zu bringen. Um zu zeigen, was die SPD kann, was sie einbringen kann, was sie einbringen will, um dieses Land ein Stück besser zu machen. Und um gleichzeitig nicht zu vergessen, dass wir uns weiterentwickeln müssen, dass die Partei selbstbewusst nach vorne geht. Dann glaube ich auch ganz fest daran, dass wir wieder Leute ansprechen können, dass wir über unsere 20,5 % hinauskommen. Das darf kein Dauerzustand sein! Das ist unser gemeinsames Ziel, Genossen und Genossinnen! Ich wünsche uns, dass das ein guter Parteitag mit einem guten Ausgang wird, und ich wünsche uns allen Glück auf!

(Lebhafter Beifall)

Jetzt komme ich zu einem ganz formalen Punkt:

Konstituierung

Wahl des Parteitagspräsidiums

Für das Tagungspräsidium des außerordentlichen Bundesparteitags schlägt der Parteivorstand folgende Personen vor: Doris Ahnen, Gabriele Lösekrug-Möller und Heiko Maas. Hierzu liegt die Tischvorlage 1 vor. Ich bitte euch um Zustimmung zu diesem Vorschlag. - Herzlichen Dank! Dann übergebe ich dem Tagungspräsidium und heiße euch alle noch einmal sehr, sehr herzlich willkommen.

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium: Ein herzliches guten Morgen auch vom Präsidium! Es geht erst einmal ganz formal weiter. Ihr wisst, wir haben uns jetzt mit der Tagesordnung und der Geschäftsordnung zu beschäftigen.

Ich glaube, es ist sehr deutlich geworden: Wir haben heute eine ganz besondere und ganz besonders wichtige Aufgabe. Nach den intensiven Diskussionen der letzten Wochen werden wir die Ergebnisse heute gemeinsam bewerten und dann entscheiden.

Weil diese Entscheidung sehr wichtig ist, gibt es drei Kostbarkeiten, die wir heute alle so leben sollten: der Respekt voreinander, die Fairness in der Auseinandersetzung

und dann etwas ganz Profanes, was uns drei aber sehr berührt, nämlich der Umgang mit der Zeit. Ihr wisst, dass wir heute viel diskutieren wollen. Wir wollen vielen die Chance geben, durch ihre Beiträge noch einmal zu klären, wie wir zu einer bestmöglichen Entscheidung kommen. Wir drei hier oben wollen dafür sorgen, dass alle Regeln gut eingehalten werden können. Ich gebe zu, ihr könnt uns alle dabei helfen. Darüber würden wir uns sehr freuen.

Wir haben als Erstes zu klären, wie es mit Initiativanträgen ist. Nach meiner Uhr haben wir um 11.15 Uhr begonnen. Wir sagen ja immer, wir brauchen 30 Minuten bis Antragsschluss. Das wäre dann 11.45 Uhr.

Beschlussfassung über die Tagesordnung

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wenden uns jetzt dem Entwurf der Tagesordnung zu. Ich rufe jetzt die Jastimmen dazu auf, ob ihr einverstanden seid, dass wir ihn zur Grundlage unseres heutigen Parteitags machen. Wer dafür stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Ich frage nach Neinstimmen. - Die kann ich nicht erkennen. Ich gehe davon aus, dass sich auch niemand enthalten wird.

Beschlussfassung über die Geschäftsordnung

Dann kommen wir zur Geschäftsordnung. Sie liegt euch in der Tischvorlage 3 vor. Ich will etwas dazu sagen, was ihr nicht darin findet, aber alle wissen: Wir haben uns darauf verständigt, dass der Parteitag heute um 16 Uhr plus ein paar Minuten enden soll. Das hat viel damit zu tun, dass wir Respekt vor denen haben, die weite Wege nach Hause haben und zum Beispiel morgen früh wieder mit ihrer Arbeit anfangen müssen. Deshalb ist es ziemlich wichtig, dass wir uns so verständigen, dass der Parteitag sicherstellt, dass alle Delegierten an der Abstimmung teilnehmen können, die ja am Ende unserer Beratungen steht. Wir wollen dafür sorgen, dass das so ist. Aber das fordert auch eine Menge Disziplin. - Das soll fürs Erste die Ansage sein. Ich glaube, da sind wir miteinander fair genug.

Ich stelle jetzt die Geschäftsordnung zur Abstimmung. Ich bitte um die Stimmen dafür! - Vielen Dank. Gibt es Neinstimmen? - Enthaltungen? - Das sehe ich nicht.

Dann kommen wir jetzt zur

Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Auch dazu habt ihr eine Tischvorlage, nämlich die Nr. 4. Wenn es Einwände gäbe, müssten die jetzt für uns hier oben erkennbar werden. - Die sind weder sichtbar noch hörbar. Deshalb stelle ich das so zur Abstimmung und bitte um ein Kartenzeichen für die Stimmen dafür. - Danke schön. Gibt es Neinstimmen? - Nein. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall.

Ich nutze aber die Gelegenheit, um auf Folgendes hinzuweisen: Wir drei hier oben wollen das bestmöglich machen. Dabei hilft es uns sehr, wenn nicht so viele in den Gängen stehen. Ich sage das schon einmal. Das wird wahrscheinlich nicht das letzte Mal sein, dass wir diesen Wunsch äußern. Aber es hilft uns sehr, dass wir eine klare und geordnete Debatte von hier oben steuern können. - So viel dazu.

Die jetzt gewählten Mitglieder der MPZK müssen sich natürlich treffen. Der Treffpunkt ist von euch aus gesehen rechts neben der Bühne. Dort werdet ihr schon in Empfang genommen. Euch winken schon Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses unter unseren großen Buchstaben zu, die dort ja super platziert sind.

Wir sind damit als Parteitag arbeitsfähig.

Natürlich freuen wir uns - Malu Dreyer hat das schon gesagt -, dass wir in Nordrhein-Westfalen sein können. Deshalb freue ich mich jetzt ganz besonders auf das Grußwort von Mike Groschek. Ich denke, dass du deiner Freude Ausdruck verleihen wirst, wie schön es ist, diesen Parteitag hier bei dir zu haben.

(Beifall)

Michael Groschek, Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen: Aber ganz sicher! Liebe Gabriele! Liebe Genossinnen und Genossen! Herzlich willkommen in der Bundesstadt Bonn und in Nordrhein-Westfalen, dem größten, schönsten und wichtigsten Land unserer Republik!

(Lebhafter Beifall)

Als Bonn noch Bundeshauptstadt war, war die Republik eine Puppenstube und die NRW-SPD ein Mythos.

Der rote Rhein, die rote Ruhr, da ist demokratischer Sozialismus pur. - So weit die Erzählung, unser historisches Schulterklopfen. Jetzt die Realität von 2017/2018: Wir haben die letzte Landtagswahl krachend verloren; wir haben Rot-Grün verloren,

Genossinnen und Genossen. Das war der letzte Stolpergrad, nicht nur für unseren Kanzlerkandidaten Martin Schulz. Danach war im Grunde klar: Das Hindernisrennen ist nicht zu gewinnen. Deshalb, lieber Martin, Entschuldigung für dieses Ergebnis und herzlichen Dank für den löwenhaften Kampf, den du geleistet hast!

(Beifall)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen gesagt: Wir machen es uns nicht so leicht und finden Ausflüchte, warum und wieso eine andere Regierung dieses Land regiert, sondern wir machen uns ehrlich. - Quintessenz ist, dass wir selbst zu sehr in einer Blase gelebt und agiert haben. Wir haben unsere Schwächen nicht gesehen und nicht wahrhaben wollen, und wir haben unsere Stärken überhöht. Und im Zweifel haben wir darauf gesetzt, dass die Popularitätswerte des oder der einen schon alles richten werden. Wir haben vergessen, dass wir keine Bezüge mehr haben zu Kunst und Kultur, dass wir sprachlos geworden sind, dass wir keinen Diskurs mehr haben. Wir haben nicht darüber nachgedacht, was es heißt, dass Gewerkschaften uns kritisieren und begleiten. Wir haben nicht darüber nachgedacht, welche gesellschaftlichen Bänder ausgerissen sind.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Gewerkschaften, bin ich froh, dass wir heute an einem Punkt sind, wo wir nicht nur im Gespräch mit euch sind, sondern wo ihr uns Hinweise gebt, wie wir uns verhalten sollten. Vielen Dank für euer Engagement, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die SPD muss mit den Gewerkschaften wieder ein Verhältnis finden, das deutlich wirkt. Wir sind nicht eins, aber wir sind eine Familie, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Warum es wichtig ist, dass Nordrhein-Westfalen kein Lippenbekenntnis, sondern ernsthafte Anstrengungen unternimmt, um 2022 wieder die Ministerpräsidentin zu stellen, zeigt der Arbeitsalltag der Regierung von Schwarz-Gelb. Sie sagen „Entfesselung“, „Entbürokratisierung“ und meinen „Entrechtung“. Sie sagen „Beschleunigung“ und meinen „Sozialabbau“. Die schwarze Null in Nordrhein-Westfalen wurde erkaufte durch Sozialabbau im sozialen Wohnungsbau. Wir kämpfen darum, dass die Schlangen vor frei werdenden Wohnungen kürzer werden. Wir kämpfen darum, dass Menschen nicht erniedrigt werden durch Mietpreisexplosionen. Und diese Landesregierung geht hin und kürzt die Mittel für sozialen Wohnungsbau um ein Drittel. Das ist schändlich, das ist unsozial, das ist FDP pur, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Schon allein deshalb ist es wichtig, darüber nachzudenken, wie wir wieder regieren und gestalten können. Deshalb, lieber Stephan, du hast uns Mut gemacht und Zuversicht gegeben. Dein Wahlerfolg war unser Wahlerfolg. Dieses war der erste Streich, doch der zweite und der dritte folgen sogleich. Lieber Thorsten, wir wollen, dass du der nächste hessische Ministerpräsident wirst. Und dieser Parteitag entscheidet mit darüber, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und weil ich nicht mehr verspreche, als ich halten kann, sage ich nicht: Natascha Kohnen statt Markus Söder. Aber ich sage: Natascha Kohnen wird ein für allemal die absoluten Mehrheiten in Bayern beenden. Söder landet auf dem Bauch, und der Maut- und Maulheld Dobrindt kommt in der Wirklichkeit an, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Erneuern ist das Stichwort. Das treibt viele um, weil wir das als leeres Versprechen empfinden. Von Wahlniederlage zu Wahlniederlage wurde gesagt: Und jetzt gilt das Prinzip „Erneuern“. Dann wurde der Parteivorstandsbeschluss herbeigeführt, und dann kam was? - Nichts, nullkommanull gar nichts. Dann kam die nächste Pleite, und wieder hieß es: Wir erneuern uns. - Parteivorstandsbeschluss, aber nichts kam.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind jetzt an einem Punkt gelandet, wo wir keinen Parteivorstandsbeschluss brauchen, sondern die Erneuerung in den Kommunen, in den Ländern und im Bund. Die SPD darf nie wieder zum Streichelzoo für Platzhirsche werden. Wir brauchen einen Erneuerungsprozess, der sich gewaschen hat, sonst kommen wir nicht über die Runden, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Weil uns das so klar ist, ist für Nordrhein-Westfalen klar, dass der Fahrplan eng abgesteckt ist. Wir haben unseren nächsten Landesparteitag am 22.09. Da wird sich personell viel ändern. Da werden erste Zeichen programmatischer Erneuerung sichtbar. Da wird aber auch deutlich werden, dass wir unsere Lektion gelernt haben. Die Erfolgreichen dürfen nicht am Rand stehen. Die Kommunalpolitiker müssen stärker in die Mitte und mitbestimmen.

(Beifall)

Denn es wäre ja ein Witz, wenn Wahlverlierer den Wahlgewinnern erklären, wie es geht. Nein, wir müssen diejenigen, die Erfolg haben, mehr in die Mitte rücken. Und das hat nichts zu tun mit der Frage, ob wir opponieren oder regieren. Weder das eine noch das andere ist eine Garantie. Lasst uns miteinander keine faulen Ausreden suchen. Keine Regierung der Welt hat uns daran gehindert, uns zu erneuern. Vielmehr hat uns gehindert, dass wir eine gewisse Bequemlichkeit an den Tag gelegt haben. Wir wollen nämlich immer nur die anderen erneuern, die nächsthöhere Ebene. Wir wollten uns aber nie selbst erneuern, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist der Unterschied zwischen Schulter und Nase: Weniger Schulterklopfen, mehr an die eigene Nase fassen - das ist SPD für die Zukunft.

(Beifall)

Respekt und Brücke bauen. Wir tragen eine große Verantwortung als nordrhein-westfälische SPD, dass dieser Parteitag so zustande gekommen ist. Als Vorsitzender der NRW-SPD bin ich mir dieser Verantwortung bewusst. Ich lasse mich nicht dumm anmachen, weder von Freund noch von Gegner. Dieser Parteitag ist gut und berechtigt.

(Beifall)

Er ist Ausdruck des Respekts vor unseren Delegierten und Mitgliedern. Das sind mündige Bürger, und deren Meinungsurteil ist nicht nur abrufbar, wenn wir in Bundestagswahlkampagnen Zettelverteilkaktionen machen, sondern wir müssen eine Partei sehen, die Basis statt Basta lebt. Das heißt aber auch, Mitbestimmung zu begreifen als Pflicht zur Mitverantwortung. Auch die kann nämlich nicht mehr delegiert werden an den Vorsitzenden. Jede und jeder von uns trägt Verantwortung für die Entscheidungen, die heute hier getroffen werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ein Letztes. Wir haben auch in NRW stundenlang in großen Versammlungen und in vielen kleinen Ortsvereinsversammlungen darüber gestritten: Wie kann man denn das Ja begründen? Es fehlt doch dieses oder jenes. - Aber klar muss sein, dass außerhalb der Ortsvereinsversammlungen noch stärker als in der Partei gefragt wird: Wie begründest du denn dein Nein, lieber Kollege, liebe Kollegin? Denn ein Nein bedeutet auch, zu rechtfertigen, das liegen zu lassen und nicht Wirklichkeit werden zu lassen, was wir möglich machen könnten, um das Leben vieler ein gutes Stück

besser zu machen. Und Bessermacher sollten wir sein, nicht Besserwisser. Das ist NRW, und das ist SPD.

Glück auf, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Gabriele Lösekrug-Möller, Tagungspräsidium: Lieber Mike, vielen Dank für dein Grußwort und deinen Appell. - Wir kommen zur Rede unseres Parteivorsitzenden. Lieber Martin, ich glaube, da liegt eine Menge Gewicht auf deinen Schultern. Viele von uns können das spüren. Ich wünsche dir alles Gute für deine Rede. Du hast das Wort.

(Beifall)

Rede des Parteivorsitzenden Martin Schulz

Martin Schulz, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste, wenn es eines gibt, was in den letzten Wochen klar geworden ist, in den letzten Wochen und Tagen, die uns alle tief beschäftigt haben und in denen wir vor der deutschen Öffentlichkeit mit unserer Entscheidung ringen, dann ist es das: Bei aller Kontroverse geht es jeder Einzelnen und jedem Einzelnen hier im Saal um die Zukunft unserer Partei.

Deshalb danke ich allen, die an dieser Debatte teilnehmen: denen, die heute hier sind, denen, die jetzt unseren Parteitag von zuhause verfolgen. Ihr habt gezeigt, was uns auszeichnet: Wir sind nicht nur die größte Mitgliederpartei in Deutschland, wir sind auch die größte Mitmachpartei in Deutschland.

(Beifall)

Was mir auch klargeworden ist – und ich wende mich zum Beispiel an die Jungsozialisten hier im Saal –: Weder Euch noch mir geht es um uns selbst. Wir haben unterschiedliche Auffassungen darüber, was der beste Weg für unsere Partei ist, und darüber streiten wir auch heftig. Aber wir haben auch etwas, was uns sehr verbindet und was uns gemeinsam ist, etwas, was uns alle bei unterschiedlichen Auffassungen hier im Saal zusammenbindet. Das ist, dass es um die Würde, um die Stärke, um die Kraft unserer großartigen Partei geht, darum, was wir in allem Ringen schaffen werden, damit diese Partei unserem Land und unserem Kontinent dient. In diesem Sinne sind wir, egal wie wir abstimmen, vereint.

(Beifall)

Denn wir alle wissen, Genossinnen und Genossen: Nur eine starke und geschlossene SPD kann unser Land und kann Europa stark machen!

Die große und entscheidende Frage lautet: Wie bekommen wir das am besten hin. Wie werden wir wieder stark, damit wir die Kraft haben, das Leben der Menschen, unser Land und Europa ein Stück besser zu machen. Und genau das muss doch unser gemeinsames Ziel sein. Bei allem, was wir tun, muss das Ziel, das Leben der Menschen, in Deutschland und Europa besser zu machen, im Vordergrund stehen.

Es geht in diesen Tagen um viel. Noch nie hat eine Regierungsbildung in Deutschland so lange gedauert. Das ist neu. Das hat die Bundesrepublik so noch nie erlebt.

Wir haben diese schwierige Lage – das will ich hier deutlich sagen –, diese demokratische Sondersituation nicht zu verantworten. Nicht wir haben wochenlang sondiert, um hinterher mit leeren Händen vor die Wählerinnen und Wähler zu treten.

Wir sind bei der Bundestagswahl angetreten, um Deutschland gerechter zu machen, um unser Land gut für die Zukunft aufzustellen. Und wir sind angetreten, um Europa zu stärken. Wir sind angetreten, Deutschland zu regieren! Am 24. September aber war für uns alle klar: Das Mandat zur Regierungsbildung haben andere bekommen. Deshalb war unsere Entscheidung am 24. September, in die Opposition zu gehen, am Wahlabend richtig!

Aber die politische Lage in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen, hat sich seit dem Scheitern von Jamaika fundamental geändert. Jamaika ist der Beweis, dass die Summe von Klientelinteressen noch lange keinen Mehrwert für die gesamte Bevölkerung bildet.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir heute entscheiden, dann vor dem Hintergrund der Feststellung: Jamaika hätte Deutschland zu konservativ, Jamaika hätte Deutschland zu neoliberal, Jamaika hätte Deutschland zu wenig sozial regiert.

Auch wenn man über die Beweggründe des Herrn Lindner bis heute nur spekulieren kann, in einem Punkt hatte er recht: Jamaika hätte Deutschland falsch regiert! Das steht fest, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Der 19. November, die Nacht, in der Jamaika gescheitert ist, war ein Wendepunkt, der auch uns vor eine neue Herausforderung gestellt hat. Wir haben diese Lage nicht angestrebt. Sie war nie unser politisches Ziel. Aber wir haben uns dieser Herausforderung gestellt. Und wir haben uns ihr zu stellen.

Wie ihr wisst, haben wir uns früh auf eine Linie festgelegt. Und ich kann jeden verstehen, der jetzt fragt: Warum vertritt der Schulz jetzt eine andere Position?

Glaubt mir, wir haben es uns nicht leicht gemacht. So wie es sich niemand unter Euch in diesen Tagen leicht macht.

Aber, dass wir der Bitte unseres Bundespräsidenten folgen und nach Auswegen aus dieser schwierigen Situation, aus dieser schwierigen politischen Lage, in der sich unser Land befindet, suchen würden, daran bestand nie ein Zweifel für mich.

Als Sozialdemokrat ist es mein Politikverständnis und meine Überzeugung, dass wir in dieser Sondersituation mindestens ausloten mussten, was für die Verbesserung im Leben der Menschen in Deutschland und in Europa erreichbar ist.

Und deshalb in aller Klarheit: Diejenigen, die kategorisch sagen: „Egal, was wir erreichen können, wir gehen unter keinen Umständen in eine Regierung“, die sollen wissen: Das ist nicht meine Haltung und auch nicht mein Weg! Dafür bin ich nicht in die Politik gegangen. Das kann nicht die Haltung eines Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein.

(Beifall)

Der Eintritt in eine mögliche Bundesregierung muss für uns von ganz konkreten Inhalten und Gestaltungsmöglichkeiten abhängen – nicht von einer abstrakten staatsbürgerlichen Verantwortung, an die uns manche immer wieder erinnern wollen. Denen darf man sagen: Die SPD hat staatsbürgerliche Verantwortung in diesem Lande übernommen, da gab es einige der Parteien, die uns Ratschläge erteilen, noch gar nicht!

(Lebhafter Beifall)

Am 8. Dezember haben wir mit einer breiten Mehrheit auf unserem Parteitag in Berlin entschieden, dass wir mit den anderen Parteien ausloten wollen, welche Inhalte umsetzbar sind und welche Form der Regierungsbildung möglich ist.

Nach intensiver Debatte in den Gremien der Partei, auf unserem Parteitag im Dezember, haben wir, immer auch in dem Bewusstsein, Genossinnen und

Genossen, welche Auswirkungen dies für Millionen Menschen in Deutschland hat, entschieden, Sondierungsgespräche aufzunehmen.

Auf der Basis dieser Gespräche und ihrer Ergebnisse entscheiden wir heute zusammen, ob die SPD in Verhandlungen zur Bildung einer Regierungskoalition für unser Land eintritt.

Damit setzen wir um, was wir vor sechs Wochen gemeinsam beschlossen haben. Auch heute entscheiden wir über das weitere Vorgehen gemeinsam. Nicht geheim oder in Hinterzimmern. Nein, wir machen das öffentlich, als gesamte Partei.

In allen Landes- und Bezirksverbänden, in den Unterbezirken und den Ortsvereinen, auch online wurde in den letzten Tagen und Wochen intensiv und leidenschaftlich über die Ergebnisse der Sondierungen und die Zukunft der SPD diskutiert.

Auch wenn wir in den letzten Wochen lesen und hören, dass sich die SPD das Leben mal wieder schwer macht - dazu kann ich nur sagen: Das ist Demokratie!

Auch wenn manch andere Partei ganz anders aufgestellt ist: Demokratie ist kein Schlafwagen! Sie lebt von der Debatte und sie lebt von der Beteiligung. Demokratie ist Mut und Bewegung und Energie!

(Beifall)

Und die SPD, Genossinnen und Genossen, muss wieder an der Spitze der sozialen Bewegung in Deutschland stehen. Das muss doch unser Anspruch sein!

Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die alle Schritte hin zu einer möglichen Regierungsbeteiligung an das Votum der Partei und am Ende sogar an das Votum aller ihrer mehr als 440.000 Mitglieder bindet.

So intensiv und so belastend diese Debatte auch für uns als Partei ist – wir können stolz darauf sein, dass wir diese Debatte führen!

(Beifall)

Auf unserem Parteitag im Dezember haben wir, angelehnt an unser Wahlprogramm unsere politischen Prioritäten für eine zukünftige Regierung festgelegt. Mit diesem Auftrag, mit diesen inhaltlichen Zielen, die dort definiert wurden, ist unser Sondierungsteam in die Gespräche gegangen.

Parteien sind kein Selbstzweck, sondern sie sind dafür da, das Leben der Menschen konkret zu verbessern. Jeden Tag und wenn es nur ein bisschen ist. Dafür, Genossinnen und Genossen wurde die SPD gegründet. Und wenn wir uns heute die

Ergebnisse der Sondierungen anschauen, dann können wir sagen: Wir haben eine Menge erreicht und könnten damit vieles, was wir im Wahlkampf unseren Wählerinnen und Wählern versprochen haben, einlösen:

Malu hat darauf hingewiesen: Wir haben die Rückkehr zur Parität durchgesetzt, also, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder gleich viel in die Krankenversicherung einzahlen. Besonders Malu hat diesen Punkt in den Verhandlungen erstritten. Wir können damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Beiträgen in die gesetzliche Krankenversicherung entlasten und ein Stück Gerechtigkeit in Deutschland wiederherstellen.

Wir haben aber vor allen Dingen auch dem Einsatz von Malu Dreyer zu verdanken, dass es mehr Personal in der Pflege, höhere Qualitätsstandards und eine bessere Bezahlung für Pflegeberufe geben wird. Das haben wir durchgesetzt. Das wird nicht nur einen Unterschied für die Pflegerinnen und Pfleger ausmachen, sondern auch für die vielen Menschen, die heute pflegebedürftig sind oder es morgen sein werden. Damit entlasten wir übrigens auch ihre Angehörigen.

Lasst mich, weil ich mich im Wahlkampf mit der Pflege so intensiv befasst habe, eines hinzufügen: Jeder einzelne Mann und jede einzelne Frau, der oder die in der Pflege arbeitet oder von einer guten Pflege abhängig ist, schaut sicher heute auch auf uns, ob wir diesen Fortschritt für diese Leute, in ihrem Interesse tatsächlich umsetzen können.

(Beifall)

Wir haben die Grundrente und die doppelten Haltelinien in der Rentenversicherung durchgesetzt, um das Rentenniveau und die Beiträge gesetzlich abzusichern. Dass Menschen, die ihr ganzes Leben geackert haben, im Alter nicht von Armut bedroht werden, dafür hat jemand in einer ganz außergewöhnlichen Art und Weise gerungen, dem ich an dieser Stelle einen besonderen Dank aussprechen möchte: Liebe Andrea, du hast in den Sondierungen in großer wie in kleiner Runde gekämpft wie eine Löwin, und du hast viel für die SPD erstritten. Bei der Grundrente warst du es, die den Konservativen klargemacht hat, dass wir die Ungerechtigkeit der Altersarmut nicht länger dulden werden. Ohne dich wäre das nicht möglich gewesen! Ein Riesenerfolg! Vielen Dank für deine Arbeit!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe vor kurzem einen jungen Mann getroffen, der in einem Berufsbildungszentrum in Essen in der Kantine geholfen hat;

er war Teil eines sozialen Arbeitsmarktprogramms für Langzeitarbeitslose. Durch dieses Programm hat er eine Beschäftigung gehabt, soziale Kontakte und eine sinnvolle Tätigkeit, auf die sich dieser junge Mann, der möglicherweise sonst – das konnte man spüren – kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt gehabt hätte, jeden Tag gefreut hat.

Die Finanzierung dieses Programms ist mittlerweile ausgelaufen. Ich habe, als ich mich mit dem jungen Mann unterhalten habe, den Stolz in seinen Augen gesehen, dass er nach langen Jahren der Ausgrenzung endlich integriert war. Beim Rausgehen hat mir der Leiter der Einrichtung gesagt, das Projekt läuft in 14 Tagen aus.

Wir haben den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt seit Jahrzehnten gefordert. Wir haben dafür gekämpft. Und wir haben ihn jetzt durchgesetzt für bis zu 150.000 Menschen. Genossinnen und Genossen, das müssen wir durchsetzen im Interesse derjenigen, die uns am stärksten brauchen.

(Beifall)

Wir haben dank der Arbeit von Olaf Scholz dafür gesorgt, dass Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen deutlich entlastet werden. Der Soli wird von unten abgebaut, und Geringverdiener werden bei den Sozialabgaben entlastet. Ich will diesen Punkt deshalb noch mal betonen, weil die Steuerpolitik der Union immer nur Steuerentlastungen mit der Gießkanne ist. Gerade für Geringverdiener sind aber weniger die Steuern als die Sozialabgaben das Problem. Während die Union in ihrem Wahlprogramm null Komma null für die Bezieher kleiner Einkommen hatte, haben wir in den Sondierungen unser Wahlprogramm eins zu eins durchsetzen können.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, für eine alleinerziehende Mutter, die in Teilzeit 850 Euro brutto im Monat verdient, machen diese Entlastungen bei den Sozialabgaben 340 Euro im Jahr aus. Und für jedes Kind kommen durch die Kindergelderhöhung noch mal 300 Euro hinzu. Für einen Facharbeiter und Vater von zwei Kindern sind das am Ende des Jahres inklusive der Soli-Abschaffung rund 1.150 Euro mehr. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist für diese Menschen verdammt viel Geld!

Vor kurzem habe ich in Berlin mit einer Frau, einer Mutter, geredet. Die kann es sich nicht mehr leisten, ihre 73 Quadratmeter große Wohnung zu bezahlen. Für Menschen wie sie haben wir unter der Federführung von Natascha Kohnen und Mike Groschek 2 Milliarden Euro zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau errungen. Zudem haben wir vereinbart, dass die Mietpreissteigerungen nach Modernisierungen

nicht mehr so stark wie bisher sein dürfen. Das entlastet Mieterinnen und Mieter, die mit den steigenden Wohnungskosten in den Ballungszentren in einer Art und Weise zu kämpfen haben, wie es das nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gab.

All diese Menschen, Genossinnen und Genossen, von denen ich gerade gesprochen habe, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner, die Familien und die Alleinerziehenden, die Schülerinnen und Auszubildenden, die Mieterinnen und Mieter, das sind unsere Leute. Das sind unsere Mitglieder. Das sind unsere Anhänger. Das sind die mehr als 9,5 Millionen Wählerinnen und Wähler, die ihr Kreuz bei uns gemacht haben. Das sind die Menschen, die sich auf uns verlassen.

Wir konnten spürbare Verbesserungen für Millionen von Menschen in unserem Land in diesen Sondierungsgesprächen festhalten. Hier in Bonn, in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Vereinten Nationen, will ich hinzufügen: Wir haben auch die Friedenspolitik, die für uns von so zentraler Bedeutung ist, ein Stück vorangebracht, und wir haben die Aufrüstungsfantasien derjenigen verhindert, die den deutschen Wehretat mit gewaltigen Summen aufpumpen wollten.

(Beifall)

Stattdessen haben wir erreicht – hier gilt mein besonderer Dank Lars Klingbeil –, dass es mehr Geld für den zivilen Anteil in der internationalen Politik und die Gestaltung einer gerechten Globalisierung gibt und dass die Waffenexporte weiter eingeschränkt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Dabei ist mir besonders wichtig, hier zu erwähnen, Genossinnen und Genossen – der Außenminister unseres Landes, Sigmar Gabriel ist hier; er weiß, wovon ich rede –: Wir haben hier etwas zu den Waffenexporten an Staaten, die in den Jemen-Konflikt verwickelt sind, die dort einen brutalen Stellvertreterkrieg führen, reingeschrieben. In dem Sondierungspapier steht: Waffenexporte an Staaten, die in den Jemen-Konflikt involviert sind, werden unterbunden. Genossinnen und Genossen, das ist ein weiterer Fortschritt, den wir erreicht haben.

(Beifall)

Jamaika hätte das nicht hinbekommen. Eine Einschränkung von Waffenexporten, die uns doch so wichtig ist, wird es nur mit uns geben! Wir haben doch immer gesagt,

vor allem im Wahlkampf: Statt mehr Geld für immer mehr Waffen wollen wir in unsere Gesellschaft investieren, wollen wir in unsere Zukunft investieren!

Wir können dieses Geld anders und besser einsetzen! Für den flächendeckenden Ausbau des schnellsten Internets, für den Straßenbau, für unsere Städte und Gemeinden. Für die regionale Strukturförderung in Ost und West. Das brauchen wir jetzt. Und das haben wir möglich gemacht.

Thorsten Schäfer-Gümbel und Anke Rehlinger haben in besonderer Weise vor allen Dingen auch dafür gekämpft, dass die ländlichen Räume, dass die Regionen abseits der Ballungszentren genauso gestärkt und gefördert werden wie die Ballungszentren selbst. Deutschland muss auch auf dem Land ein modernes Land sein!

Deutschland muss auch ein modernes Land als Vorreiter beim Klimaschutz sein. Auch hier können wir vorankommen.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt will ich euch mal was sagen: Glaubt doch nicht jeder durchgesteckten Nachricht. Glaubt doch nicht jeder Fake News. Was ich da oft an Diskussionen höre! Natürlich geben wir die Klimaziele nicht auf. Im Gegenteil: Zum ersten Mal wird es in Deutschland ein Klimaschutzgesetz geben, und beim Ausbau der erneuerbaren Energien legen wir noch einen obendrauf. Stephan Weil hat da ausgezeichnet verhandelt.

Genossinnen und Genossen, wir sind mit diesem Sondierungspapier auf einem guten Weg.

(Beifall)

Ich will euch sagen: Ich werde oft nach den Leuchttürmen gefragt, die wir bei den Sondierungen erreicht haben. Auch heute beim Hereinkommen haben mich die Leute wieder gefragt: Herr Schulz, was ist denn der Leuchtturm? Liebe Leute, wenn wir nur für einen Leuchtturm kämpfen würden, dann würden wir unsere Pflicht nicht tun. Man muss für jede Maßnahme kämpfen, die das Leben der Menschen besser macht.

Aber wenn es ein Projekt hervorzuheben gilt, dann ist es bei allem, was ich euch vorgetragen habe, dieser Punkt: Deutschland braucht nicht weniger als einen völligen Neuanfang, einen völligen, einen vollständigen Aufbruch in der Bildungspolitik.

(Beifall)

Und deshalb will ich euch an dieser Stelle aus unserem Parteitagsbeschluss im Dezember in Berlin zitieren. Ich zitiere jetzt, was ihr, liebe Genossinnen und Genossen, als Delegierte beschlossen habt, was wir mit in die Verhandlungen nehmen sollten:

„Wir wollen gebührenfreie Kitas, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsschulplätze, ein inklusives Schulsystem und insgesamt modernere Schulen. Deswegen muss deutlich mehr Geld in Bildung investiert werden. Dem Bund ist es bislang verfassungsrechtlich verboten, die Länder und Gemeinden dabei finanziell zu unterstützen. Das wollen wir ändern. Wir wollen eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbots im Bereich Bildung und Forschung erreichen.“

(Vereinzelt Beifall)

Das BAföG wollen wir durch eine bedarfsgerechte Erhöhung der Fördersätze und eine Erweiterung des Kreises der Geförderten stärken.

Zudem sollen Bildungsstandards angeglichen werden. Wir wollen, dass jede und jeder in Deutschland die gleiche Chance auf eine gute Ausbildung hat - von der Kita bis zur Uni oder zum Meisterbrief. Der Weg dahin soll gebührenfrei sein.

Kinder sind eigene Persönlichkeiten. Deshalb wollen wir Kinderrechte im Grundgesetz verankern.“

(Beifall)

Das, Genossinnen und Genossen, war euer Auftrag an uns. Ich kann heute feststellen: Dieser Beschluss des SPD-Parteitages vom Dezember wurde in allen Punkten eins zu eins im Sondierungspapier umgesetzt.

(Beifall)

Manuela Schwesig und Hubertus Heil, ihr habt hier eine herausragende Arbeit geleistet und untermauert, dass es die SPD mit der Revolution in der Bildungspolitik ernst meint.

Drei Punkte will ich noch hervorheben:

Wir können eine Mindestausbildungsvergütung für Auszubildende, durchsetzen, wir können das BAföG ausweiten – beides, die Mindestausbildungsvergütung und die Ausweitung des BAföGs, waren mir persönliche Anliegen; sie waren aber auch Kernforderungen der Jungsozialisten –, und wir können ein dringend notwendiges und breites Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Kinderarmut in unserem Lande bekommen. Von der Kinderarmut sind in Deutschland noch immer 2,5 Millionen Kinder betroffen.

All dies sind Punkte, über die wir in der deutschen Bildungspolitik in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gestritten und gerungen haben, ohne wirklich weiterzukommen, und jetzt, Genossinnen und Genossen, könnte das endlich Realität werden – für Schülerinnen und Schüler, für Auszubildende, für Studierende, für Lehrerinnen und Lehrer, für die Eltern. Für sie alle können wir spürbare Verbesserungen erreichen. Das liegt an uns, ob wir das wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen, in aller Gelassenheit: Die größte Bildungsoffensive in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik; das ist ein Leuchtturm, auf den wir stolz sein können.

(Beifall)

Lasst mich zu einem Punkt kommen, der mir persönlich besonders wichtig ist. Malu hat darauf hingewiesen: Ich habe darauf bestanden, dass die Parteivorsitzenden das Europa-Kapitel verhandeln – nicht nur, weil das mein persönliches Herzensanliegen ist, sondern weil es viele Millionen Menschen in Europa betreffen wird, wie sich die Bundesrepublik Deutschland positioniert, und weil es endlich Zeit ist, dass sich Deutschland klar zu einem solidarischen und zu einem mutigen Europa bekennt. Deutsche Politik – das kann man gut finden oder nicht – ist nun halt mal von entscheidendem Einfluss auf Europa.

Vor diesem Hintergrund – und das sage ich an dieser Stelle ganz bewusst – bin ich stolz auf das, was wir in den Gesprächen mit den Unionsparteien erreicht haben: eine neue Kursbestimmung für die deutsche Europapolitik, nichts weniger als einen historischen Wandel, einen neuen Aufbruch für Europa.

Das Sondierungspapier – das seht ihr, wenn ihr es lest, Genossinnen und Genossen – ist ein Manifest eines europäischen Deutschlands, das sich seiner Verantwortung für Freiheit und Demokratie, für Zusammenhalt und Solidarität in Europa bewusst ist. Es ist das Ende einer deutschen Europapolitik, die an vielen Punkten vor allem ein Wort kannte: Nein.

Es ist ein Ja zu Europa, ein Bekenntnis zur politischen Tat und zur europäischen Solidarität. Es ist ein Ja zu mehr Investitionen, zu starken Arbeitnehmerrechten, zu europäischen Mindestlöhnen. Das erwarten Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von uns, und auch die deutschen Gewerkschaften erwarten den Sozialpakt für Europa, und zwar zu Recht. Es ist ein Ja zum Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit, es ist ein Ja zur Stärkung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit einem Investitionshauhalt für die Eurozone, es ist ein Ja zu einem Europäischen Währungsfonds, der Solidarität praktiziert und nicht Austerität predigt. Der Geist des Neoliberalismus muss endlich ein Ende haben in Europa, liebe Genossinnen und Genossen, und wir können das erreichen.

(Beifall)

Es ist ein Ja zu mehr Mitteln im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit statt einer Politik der Gleichgültigkeit, die in einer einzigen Verhandlungsnacht Milliardenbeträge für die Rettung von Banken mobilisiert, aber seit mehr als einem Jahrzehnt die Jugendarbeitslosigkeit nicht in den Griff bekommt.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir das nicht tun, wenn wir uns nicht darum kümmern, dann tut das niemand.

Es ist ein Ja zu einer gerechten Besteuerung von Unternehmen, wie Google und Apple, Facebook und Amazon. Es ist ein Ja zu einer Politik, die ändert, dass die ihre Gewinne so lange in Europa hin und herschieben können, bis am Ende jeder Bäckermeister mehr Steuern bezahlen muss als die. Das muss dringend geändert werden, und das können wir. Das haben wir durchgesetzt, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn wir das erreichen, wird das ein Europa sein, das sozialdemokratischer ist, als es heute ist. Ja, ein sozialdemokratisches Europa!

Nur, Genossinnen und Genossen, die Zeit drängt. Wenn wir etwas in und für Europa bewegen können, dann können wir darauf nicht noch Jahre warten. Wichtige Entscheidungen stehen jetzt an, nicht in drei, vier oder fünf Jahren.

Wenn wir nicht jetzt Europa auf einen neuen Kurs bringen, dann wird Europa an Zustimmung verlieren. Europa wartet auf ein Deutschland, das sich seiner Verantwortung für Europa bewusst ist und entschieden handelt, und das wird ohne die SPD nicht möglich sein. Auch darum geht es in diesen Wochen.

Die Vorschläge liegen alle auf dem Tisch – ob sie jetzt von Juncker kommen oder ob sie von Macron kommen.

Wir haben in den Sondierungsgesprächen einen Paradigmenwechsel in der Europapolitik Deutschlands erreicht: weg von der Austeritätspolitik, hin zu einer gemeinsamen stärkeren Verantwortung für unseren Kontinent und für seine Institutionen. Für mich als überzeugter Europäer ist das ein Riesenerfolg.

Wenn die *FAZ* erschrocken feststellt – ich zitiere –, „Sondierer räumen Schäubles Vetos ab – Die Pläne zur Europapolitik widersprechen den Prinzipien des früheren Finanzministers fundamental“, dann haben wir alles richtig gemacht, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Ohne die SPD wird es keinen mutigen Impuls für die Zukunft Europas geben. Es liegt an uns!

Aber, Genossinnen und Genossen, gestattet mir, euch in aller Deutlichkeit und Ernsthaftigkeit zu sagen: Durch Europa schwappt eine rechte Welle. Schaut euch die Regierung in Wien an! Schaut nach Prag! Schaut nach Warschau! Schaut nach Budapest! Ich bin nicht in allen Punkten der Meinung von Emmanuel Macron. Im Gegenteil, in vielen Punkten, besonders was seine Wirtschaftspolitik angeht, bin ich explizit nicht seiner Meinung. Aber er ist ein französischer Präsident, der in der Tradition dieses Landes nicht die *nation* an die erste Stelle setzt, sondern *L'Europe*. Europa wartet auf einen Partner. Wenn er mit seiner Europapolitik scheitert, dann ist es nicht ausgeschlossen, dass auch in Paris demnächst die extreme Rechte regiert. Deshalb, Genossinnen und Genossen, ich finde, wir sind eine Partei, die für die internationale Solidarität, die internationale Demokratie und für den Kampf gegen rechts eintritt. Diese rechte Welle kann in Europa durch eine deutsche Regierung gebrochen werden, die sich zur Demokratie, zu Menschenrechten, zur Freiheit und zu Europa dadurch bekennt, dass die SPD in diese Regierung eintritt. Alleine dafür lohnt es sich zu kämpfen, Genossinnen und Genossen!

(Lebhafter Beifall)

Das alles und noch etliches mehr haben wir in nur fünf Sondierungstagen erreicht. Die Jamaika-Irrfahrt dauerte sieben Wochen: die Inszenierung und das Taktieren, diese unsägliche, unselige Dauerposiererei auf dem Balkon, die Bussi- und Zeigefingerkultur, das dauernde Twittern von Zwischenständen, ein kleinkarierter Interviewkrieg und dann das elende Ende an einem späten Sonntagabend im November, als wäre die Bundesrepublik Deutschland nicht genug gefordert mit

Problemen, als wäre Politik für unser Land pures Show-Business oder eine Marketing-Veranstaltung. Das, Genossinnen und Genossen, hat dem Ansehen der Politik in Deutschland schwer geschadet.

(Beifall)

Wir haben es anders gemacht. Wir haben die konkreten Sorgen der Menschen in den Mittelpunkt gestellt und nach Lösungen gesucht. Ich bin überzeugt: Mit einer solchen Politik gewinnen wir Vertrauen zurück. Das ist wichtig. Denn viele Menschen haben sich von den Volksparteien abgewandt und sind den Hetzern vom rechten Rand verfallen, die behaupten: „Die da oben kümmern sich doch gar nicht um dich! Denen bist du doch völlig egal!“ Das wirksamste Mittel gegen diese Demokratieverächter ist und bleibt lebensnahe Politik. Wenn wir den Menschen im Lande zeigen, dass wir ihre Alltagssorgen ernst nehmen und uns um die Alltagssorgen kümmern, dass es besser wird, dann können wir verloren gegangenes Vertrauen in die Politik, dann können wir verloren gegangenes Vertrauen in unsere Politik zurückgewinnen.

Ich weiß, manche sagen, dass eine weitere Große Koalition den rechten Rand noch weiter stärken würde.

(Beifall)

Aber wer sagt denn eigentlich, dass Neuwahlen den rechten Rand nicht auch weiter stärken würden, Genossinnen und Genossen?

(Lebhafter Beifall)

Wer sagt denn, dass dann nicht das Argument dieser Leute, dass es die Volksparteien nicht hinbekommen haben, an Stärke gewinnen würde? Das halte ich für gefährlicher als die Möglichkeit, uns durch gute Politik auszuzeichnen. Wir sind das Bollwerk gegen rechts. Ich bin überzeugt, dass wir den Rechten am besten das Wasser abgraben, indem wir uns als die Partei aufstellen, die zuhört, die nahbar ist und die die Politik so betreibt, dass sie in der Politik umsetzt, was die Menschen an Sorgen haben und die Sorgen der Menschen nicht ignoriert. Die SPD muss als linke Volkspartei verhindern, dass sich der konservative Mainstream in unserer Regierung endgültig durchsetzt. Dazu bietet sich jetzt die Chance. Es mag sein, dass andere Parteien Meister im Lautsprechen sind. Lasst uns doch Meister im Gestalten sein! Das ist besser für unser Land!

(Beifall)

Wir haben die Sondierungsgespräche in diesem Geist geführt. Wir wollen eine Politik, die Vertrauen zurückgewinnt. Das geht nur, indem wir unser Land gerechter machen, es modernisieren und es erneuern. Einer Regierung, die Stagnation und Stillstand atmet, wird kein Vertrauen geschenkt. Deshalb steht für uns klipp und klar fest: Für eine Koalition des „Weiter so!“ stehen wir nicht zur Verfügung. Für eine müde Regierung des Stillstands ohne Ambitionen, ohne den Willen und den Mut zur Veränderung reichen wir nicht die Hand. In eine Regierung, die Europa auseinanderdriften lässt, werden wir nicht eintreten. Das war vor den Sondierungen richtig, und das bleibt jetzt richtig.

Ja, Genossinnen und Genossen, wir haben in den Sondierungen sehr viel sozialdemokratische Politik durchgesetzt. Aber ja – wir müssen ehrlich sein –, wir haben nicht alles erreicht, was wir erreichen wollten. Befristete Arbeitsverhältnisse müssen die Ausnahme sein. Gerade für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger muss das unbefristete Arbeitsverhältnis wieder zur Regel werden. Deshalb werden wir bei möglichen Koalitionsverhandlungen diesen Punkt wieder aufrufen.

(Beifall)

Ja, auch bei der Bürgerversicherung haben wir uns nicht durchsetzen können. Aber wir geben das Ziel, die Zwei-Klassen-Medizin abzubauen, natürlich nicht auf. Wir werden diesen Punkt in möglichen Koalitionsverhandlungen wieder aufrufen. Wir werden konkrete Maßnahmen zum Abbau der Zwei-Klassen-Medizin verlangen, und wir werden sie durchsetzen.

(Beifall)

Ich werde bei aller Ehrlichkeit allerdings auch keine politische Legendenbildung akzeptieren. Das will ich hier auch ganz klar sagen. Ich habe in den letzten Tagen vieles lesen müssen, was angeblich im Bereich der Migration vereinbart wurde. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass das einer der schwierigsten Punkte, vielleicht sogar der schwierigste, in den Verhandlungen war.

Aber ich muss hier noch einmal sagen: Warum sind wir als Partei eigentlich bereit, ständig die Behauptungen der anderen Seite für uns zu übernehmen? Es gibt keine Obergrenze bei Flüchtlingen mit der sozialdemokratischen Partei!

(Beifall)

Dafür hat Ralf Stegner gesorgt. Lest doch das Sondierungspapier! Es bekennt sich klar zum Recht auf Asyl und zum Grundwertekatalog des Grundgesetzes, zur Genfer Flüchtlingskonvention, zu den aus den EU-Verpflichtungen resultierenden

Verpflichtungen im Asylverfahren sowie zur UN-Kinderrechtskonvention. Und Deutschland kann wieder, wenn wir es richtig durchsetzen, zu einer humanitären, auf dem Völkerrecht basierenden Flüchtlingspolitik zurückkehren. Das ist sicher noch kein ausreichender Erfolg, aber es ist ein Einstieg. Was fehlt, ist eine Härtefallregelung für den Familiennachzug. Da muss sich die Union bewegen. Und ich sage euch ganz klar: Die Härtefallregelung wird kommen!

(Beifall)

Wir werden um weitere Verbesserungen in den Koalitionsverhandlungen kämpfen, wenn wir die Gespräche fortsetzen können. Natürlich ist uns allen klar, dass wir nicht wieder von vorne anfangen können. Aber Sondierungsgespräche sind nun einmal keine Koalitionsverhandlungen. Die Verhandlungen über eine Regierungsbildung und ihre Bedingungen haben noch gar nicht begonnen.

Wir werden bis zum letzten Verhandlungstag für ein Ergebnis kämpfen, mit dem wir guten Gewissens vor unsere Mitglieder treten können. Denn auch das soll noch einmal gesagt sein: Wir haben uns dazu entschlossen, unseren Mitgliedern das letzte Wort zu lassen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben auf unserem letzten Parteitag beschlossen, dass die SPD konstruktiv und ergebnisoffen Gespräche mit den anderen Parteien aufnimmt, um die Möglichkeiten einer Regierungsbildung auszuloten. Alle möglichen Optionen haben wir sorgfältig geprüft. Es gab keine Vorfestlegungen und auch keinen Automatismus in irgendeine Richtung. Malu hat in ihrer Eingangsrede darauf hingewiesen.

Ich habe euch im Dezember auf dem Parteitag zugesagt: Wir können uns verschiedene Formen einer Regierungsbildung vorstellen. Unser Land und seine demokratische Kultur könnten davon profitieren, wenn wir ganz neue Wege gehen und andere Formen der politischen Kooperation im Deutschen Bundestag erproben.

Doch klar war auch: Dafür brauchen wir einen Partner, der sich auf eine Minderheitsregierung, eine Tolerierung oder ein Kooperationsmodell, einlässt. Wir haben als Sondierungsteam diese Varianten mit der Union mehrfach und ernsthaft besprochen. Wir haben sehr konkret Frau Merkel und Herrn Seehofer gedrängt, alternative Formen der Zusammenarbeit zu durchdenken und auch auszuprobieren. Sie sind dazu nicht bereit und nicht in der Lage. Die Union hat diese Optionen am Vorabend des letzten Sondierungstages in aller Klarheit abgelehnt. Tatsache ist: CDU und CSU akzeptieren allein eine Koalition mit einer festen und stabilen Mehrheit im Deutschen Bundestag.

Und auch das will ich erwähnen: Die Spitze von Bündnis 90/Die Grünen war ebenfalls nicht bereit, in eine sogenannte Kenia-Koalition mit uns und den Konservativen einzutreten. Das haben mir die Parteivorsitzenden der Grünen klar und deutlich mitgeteilt.

Unser Sondierungsteam stand also letzte Woche vor der Aufgabe, auszuloten, ob Koalitionsverhandlungen mit der Union möglich sind oder ob wir euch empfehlen, in Neuwahlen zu gehen. Das sind die beiden Optionen, die nun auf dem Tisch liegen. Das muss man in aller Klarheit sagen, damit jede und jeder hier im Saal weiß, worüber wir heute abstimmen. Es geht um die Frage: Koalitionsverhandlungen oder Neuwahlen. Und meine Haltung in dieser Frage ist ganz klar: Ich glaube nicht, dass Neuwahlen für uns der richtige Weg sind.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Regieren und Erneuern schließen sich nicht aus. Die Erneuerung gelingt nicht nur in der Opposition; sie kann dort genauso gut scheitern. Schaut euch unsere europäischen Schwesterparteien an: Die einen sind in der Opposition und bekommen keine Parteireform hin; andere regieren und erneuern sich gleichzeitig mit Erfolg.

Wir haben in der SPD unmittelbar nach der Bundestagswahl einen umfassenden Erneuerungsprozess beschlossen und eingeleitet – organisatorisch, inhaltlich und personell. Zusammen mit Lars Klingbeil werde ich im März unseren Fahrplan für den Erneuerungsprozess vorstellen. Die Vorbereitungen dafür laufen auf Hochtouren, trotz Sondierung und trotz Parteitag.

Zu der organisatorischen Erneuerung gehört, dass wir die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden, dass wir Frauen besser fördern und ihnen endlich mehr Raum in unserer Partei verschaffen, dass wir die Parteistrukturen in den ländlichen Räumen stärken bzw. wiederaufbauen, wo es sie gar nicht mehr gibt, dass wir die Mitglieder häufiger befragen, dass wir die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten nutzen und vieles mehr. Ihr kennt den Antrag vom Parteitag alle sehr gut.

Besonders wichtig ist mir aber, Genossinnen und Genossen, dass wir umsetzen, was wir im Dezember unter der Überschrift „Mut zur programmatischen Klarheit“ beschlossen haben. Wir werden unser Profil schärfen. Wir werden stellvertretend für die Gesellschaft die großen Debatten über die Probleme führen, die den Menschen auf den Nägeln brennen: zur Digitalisierung und zur Zukunft der Arbeit, zur Migration, zur Globalisierung, zur Gleichstellung im 21. Jahrhundert, zur Zukunft Europas und zum Zusammenhalt in unserer Demokratie.

Die Schärfung unseres Profils, die Entwicklung eines gesamtgesellschaftlichen, sozialdemokratischen Zukunftsentwurfs, der weit über die Zwänge einer Regierung hinausgeht, das wird in den nächsten Monaten und Jahren unsere Priorität sein. Ja, klar, das dürfen wir nicht schon wieder verschlafen. Denn es ist diese Frage, die über die zukünftige Stärke und Glaubwürdigkeit unserer Partei am meisten entscheidet.

Das ist ein Auftrag an uns alle, aber natürlich besonders an den Parteivorsitzenden, und ich nehme diesen Auftrag ernst.

Klären wir innerhalb unserer Partei die strittigen Punkte! Diskutieren wir mit der Gesellschaft! Werden wir wieder zum Motor einer modernen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts! Ich will nie wieder auf der Straße den Satz hören: „Ich weiß nicht mehr, wofür die SPD steht.“ Damit muss Schluss sein.

(Beifall)

Aber die Erneuerung ist ja bereits im Gange, Genossinnen und Genossen, und dabei wird es bleiben, egal ob die SPD sich an einer Regierung beteiligt oder nicht.

Ich will noch mal eines klarstellen: In der Vergangenheit wurde Regierungshandeln oft höher gestellt als berechtigte Ansprüche der Partei. Das wird nicht mehr passieren.

(Beifall)

Nicht die Partei hat sich an den Regierungsinteressen zu orientieren. Nein, das Regierungshandeln hat sich zu orientieren an der Parteiprogrammatik. Die Regierung setzt um, was Partei und Fraktion vorgeben.

(Beifall)

Es mag sein, dass andere Parteien zwischenzeitlich inhaltlich völlig entkernt sind und sich auf reine Personalpolitik reduzieren. Das wird bei uns nie der Fall sein. Ich will mit euch gemeinsam, mit der SPD einen anderen Weg gehen. Die Partei muss der Ideen- und der Taktgeber für jegliche Regierungsarbeit sein. Sollten wir uns am Ende dafür entscheiden, dass wir in eine Koalition mit der Union eintreten, dann, Genossinnen und Genossen, haben wir in dieser Koalition nicht den Anspruch, der bloße Juniorpartner oder eine Art Umsetzungsgehilfe zu sein. Die SPD muss in einer Regierung sichtbar, hörbar und erkennbar sein.

Ob wir das hinbekommen, liegt aber an uns und an unserer Haltung. Ich will keine Regierung der verschränkten Arme, keine Regierung des kleinsten gemeinsamen

Nenners oder des geringeren Übels. Ich sage mit allem Selbstbewusstsein: Jede Regierung, an der die SPD beteiligt ist, egal in welcher Koalition, muss eine SPD-Regierung sein! Das muss unsere Haltung sein, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Regieren und Erneuern sind kein Gegensatz. Beides geht, wenn wir bereit sind, vieles anders und besser zu machen. Sollten wir in eine Regierung eintreten, dann muss diese auch sichtbar anders arbeiten. Eine neue Regierung muss offener, nahbarer, transparenter und zugänglicher sein.

Eine neue deutsche Bundesregierung muss übrigens zu gleichen Teilen aus Frauen und Männern bestehen.

(Beifall)

Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass das gelingt. Das ist in einer modernen Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit.

Wir wollen die Regierung so gestalten, dass die Ministerinnen und Minister regelmäßig ins Land müssen und mit den Menschen sprechen – über das, was die Leute bedrückt und was eine Regierung besser machen muss. Wir haben im Wahlkampf erlebt, wie es ist, wenn Politikerinnen und Politiker mit den Menschen unmittelbar und auf Augenhöhe diskutieren. Ich habe das selbst unzählige Male erlebt, welcher positiven Einfluss das auf Politik und auf die demokratische Willensbildung hat. Deshalb halte ich auch selbst regelmäßig Bürgerforen ab, um mit den Menschen im Gespräch zu bleiben. Die Unmittelbarkeit in der Politik muss wieder zunehmen. Eine erneuerte deutsche Regierung unter sozialdemokratischer Beteiligung wird auch dafür sorgen müssen. Tut sie das nicht, werden wir nicht Teil einer solchen Regierung; das muss klar sein.

Wir wollen in der Arbeit der Regierung veränderte Strukturen und veränderte Maßstäbe anlegen. Was heute in der Politik aktuell ist, kann morgen völlig verändert sein. Die Welt ist in einer permanenten Bewegung, und man kann diese Bewegung nicht in einen starren Koalitionsvertrag pressen, der vielleicht im Verlauf der Jahre durch die Aktualität überholt wird.

Also muss er erneuert werden können. Deshalb wird es in diesem Koalitionsvertrag eine Klausel geben, die nach zwei Jahren – zur Halbzeit der Koalition – eine kritische Bestandsaufnahme und Änderungen ermöglicht.

Die Kontrolle der Regierung ist die tägliche Aufgabe des Parlaments. Aber dass sich die Regierungsparteien selbst verpflichten, ihre Arbeit Mitte der Wahlperiode zu bewerten, ist in dieser Form einmalig.

(Beifall)

Zeitgleich zu dieser Bestandsaufnahme haben wir unseren nächsten ordentlichen Parteitag. Damit zementieren wir auch für die Zukunft den Grundsatz: Die Partei, ihr hier im Saal, gebt die Richtung vor.

Und auch aus einem weiteren Grund ist diese Revisionsklausel wichtig: Ich werde oft gefragt, warum wir jetzt auf einmal der Union vertrauen sollten.

(Beifall)

Wir alle wissen, dass die Zusammenarbeit in den letzten Jahren nicht immer ideal gelaufen ist: Da wurden selbstverständlich Dinge gemacht, die wir nicht akzeptieren können. Da wurden vertraglich niedergelegte Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag ignoriert.

Nehmt einmal den Rechtsanspruch auf Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit als Beispiel. Den hatten wir bereits vereinbart, aber die Union hat sich verweigert. Darunter leiden vor allem, wie ihr wisst, Frauen, die für die Familie im Job kürzer getreten sind und nun wieder in Vollzeit wechseln wollen, aber nicht können.

Oder ich erinnere auch an das unsägliche Verhalten des Landwirtschaftsministers beim Thema Glyphosat. Das alles haben wir nicht vergessen.

(Beifall)

Und ich sichere euch deshalb eines zu: Solche Fälle von Vertragsbruch werden wir nicht mehr wieder tolerieren!

(Beifall)

Wir können – das muss die Union wissen – keine Koalition auf der Misstrauensvermutung aufbauen. Wir werden strenger überprüfen, wie ehrlich die Zusammenarbeit läuft und ob sie funktioniert.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr seht, wir meinen es ernst, wenn wir davon sprechen, dass diese Bundesregierung keine Regierung des „Weiter-so“ sein kann.

Unser ganzes Land, unsere Anhänger, unsere Wählerinnen und Wähler und auch die Menschen, die uns nicht gewählt haben – sie alle schauen heute auf uns hier in Bonn. Es geht heute nicht nur darum, ob wir in Koalitionsverhandlungen eintreten.

Nein, wir entscheiden heute letztlich auch darüber, welchen Weg unser Land und Europa gehen. Deshalb schauen – auch unsere europäischen Nachbarn und Freunde in der Welt heute auf uns hier in Bonn.

Wir können einen wahren Unterschied für Europa erreichen, wenn wir das wollen! Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras hat mir vor einigen Tagen geschrieben: Wenn euer Europapapier Wirklichkeit wird, dann kann auch die junge Generation in Griechenland endlich wieder Hoffnung auf Beschäftigung und Arbeit schöpfen.

Genossinnen und Genossen, wir sind – in der Tradition von Willy Brandt und Helmut Schmidt – eine internationale Partei, die eine internationale Verpflichtung hat.

Wir können viele Dinge in Deutschland verbessern, und wir haben die große Chance, Europa neu zu gestalten und damit mehr soziale Gerechtigkeit nicht nur in unserem Land, sondern auf dem ganzen Kontinent herzustellen.

Im Blick auf die letzten eineinhalb Jahrzehnte will ich euch das ganz klar sagen: In meinen Augen wäre es fahrlässig, diese Chance jetzt nicht zu ergreifen!

(Beifall)

Nach allem, was ich euch an Inhalten aus den Sondierungspapieren vorgetragen haben, und mit Blick auf all das, was wir in Koalitionsverhandlungen noch zusätzlich erreichen können, haben wir eine Entscheidung zu treffen – jede und jeder Einzelne von uns, aber ich als Vorsitzender unserer Partei in besonderer Weise.

Bei allem Respekt vor den Zweifeln, die viele von euch haben, bitte ich euch um Vertrauen. Ich bin zutiefst überzeugt, dass das, was sich in den letzten Wochen entwickelt hat, die neue Lage, für uns eine Herausforderung in jeder Hinsicht ist.

Ja, der Erneuerungsprozess muss bleiben, um unserer selbst willen. Aber ja, das Land und der Kontinent brauchen mehr sozialdemokratische Politik.

In der Abwägung zwischen Risiko und Chancen, liebe Genossinnen und Genossen, bin ich, ist die breite Mehrheit unserer Parteiführung, zu einer Entscheidung gekommen: Wir bitten euch um Zustimmung zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen.

Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass es sich lohnt, in Koalitionsverhandlungen einzutreten und dabei beharrlich für Erneuerung, Zusammenhalt und Vertrauen zu streiten und unseren 440.000 Mitgliedern dann die letzte Entscheidung zu überlassen.

Wenn wir diesen Weg mutig und nicht verzagt gehen, wenn wir daran glauben, dass wir den Unterschied machen können, wenn wir daran glauben, dass die Notwendigkeit für sozialdemokratischere Politik nie dringender war als heute, dann lasst uns dafür kämpfen, ohne Angst, ohne Scheu!

Ich bin überzeugt, dass der mutige Weg der richtige ist. Ich bin sogar fest davon überzeugt, dass uns dieser Weg nicht schaden wird, dass wir gestärkt aus dieser Situation herauskommen können!

Eine SPD, die sich erneuert, die den Draht in die Gesellschaft wieder verstärkt, die sich durch noch bessere und stets an die Partei, aber auch an die Wählerinnen und Wähler rückgebundene Regierungsarbeit auszeichnet, die wieder Vertrauen gewinnen. Eine solche SPD wird in vier Jahren stärker sein als heute. Eine solche SPD wird gewählt. Eine solche SPD kann dann auch wieder Wahlen gewinnen.

Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir das hinbekommen – mit dem Mut zur Entschlossenheit, mit der Härte unserer Verhandlerinnen und Verhandler und der Kraft und Energie der deutschen Sozialdemokratie, auf die sich die Millionen Menschen nicht nur in diesem Land, sondern in ganz Europa vertrauen und auf die sie sich verlassen können müssen.

Ich danke euch, für eure Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Martin, ganz herzlichen Dank. - Liebe Delegierte, wir treten damit jetzt in die Antragsberatung ein. Wir beginnen mit dem Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Die Sprecherin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission ist euch schon bekannt. Janne Herzog aus dem Landesverband Bremen hat diese Aufgabe wieder übernommen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Janne Herzog, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Vielen Dank. Es ist die Landesorganisation Bremen, nicht der Landesverband.

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt stehe ich schon wieder hier. Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 600 in den Landesverbänden und -bezirken gewählten Delegierten und 45 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Anwesend sind 597 Delegierte und 45 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder.

Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungs- und Zählkommission geprüft.

Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 291 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 45,33 %. Die Quote ist also erfüllt

(Beifall)

und der Parteitag damit beschlussfähig.

Der älteste Delegierte ist mit 82 Jahren Rudolf Herbers. Er kommt aus der Landesorganisation Hamburg. Der jüngste Delegierte ist mit 20 Jahren Jakob Blankenburg. Er kommt aus dem Bezirk Hannover.

(Beifall)

Ich wünsche dem Parteitag weiter einen fairen und erfolgreichen Verlauf. - Danke.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Janne, wir danken dir und den Mitgliedern der Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

Liebe Delegierte, wir machen unserem Ruf als diskussionsfreudige Partei alle Ehre, zumindest, wenn man auf die Zahl der Wortmeldungen schaut, die schon vorliegen. Das sind über 100.

Deswegen würden wir euch gerne zwei Vorschläge machen, und es wäre gut, wenn ihr mir jetzt euer Ohr schenken könntet. Der erste Vorschlag ist: Es kämen jetzt eigentlich noch zwei Berichte, nämlich der Bericht aus der Bundestagsfraktion und der Bericht aus der Antragskommission. Wir haben mit Andrea und Olaf besprochen,

dass sie bereit sind, ihre Berichte in die Debatte zu integrieren, sodass wir jetzt sehr schnell in die Debatte einsteigen können.

(Beifall)

Ich danke Olaf und Andrea für das Verständnis.

Wir haben, ich habe es gesagt, über 100 Wortmeldungen, und es ist uns wirklich ein großes Anliegen hier oben, dass möglichst viele zu Wort kommen. Wir würden euch deswegen gern den Vorschlag machen, dass wir nicht irgendwann in der Debatte auf drei Minuten umsteigen, sondern dass wir von Anfang an eine Redezeitbegrenzung auf drei Minuten vorsehen.

(Beifall)

Ich denke, alle haben gewichtige Argumente, die sie vortragen wollen. Ich glaube, das ist dann das gerechtere Verfahren.

Ich muss darüber abstimmen lassen und bitte die, die mit diesen Vorschlägen einverstanden sind, um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Nein, das scheint nicht der Fall zu sein. - Einige wenige, höre ich von dahinten. Aber ich glaube es war ganz eindeutig, dass das die Mehrheit war. Dann verfahren wir auch so.

Liebe Delegierte, wir steigen dann in die Debatte ein. Als Erste hat Annika Klose das Wort.

(Beifall)

Beratung der Aufnahme von weiteren Verhandlungen zur Regierungsbildung und Abstimmung zum weiteren Vorgehen

Annika Klose, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir alle hier tragen heute eine große Verantwortung. Ich glaube, das ist uns allen bewusst. Wir alle hier haben die Argumente abgewogen. Ich komme nach dieser Abwägung aber zu einer anderen Position als Martin; denn ich lehne die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Union ganz klar ab.

(Lebhafter Beifall)

Diese Ablehnung hat allerdings nichts mit einem Bauchgefühl zu tun oder mit Oppositionssucht, wie die Tage zu hören ist, sondern dafür gibt es einfach sehr gute Gründe.

Genossinnen und Genossen, wir sind zu dieser Bundestagswahl angetreten mit einem Politikwechsel als Ziel. Wir waren uns einig, dass es „Weiter so!“ nicht geben darf, weil wir uns im Klaren sind: Es geht ungerecht zu in diesem Land. Martin hat das in diesem Wahlkampf ja immer wieder auch sehr gut herausgestellt und betont.

Wir sind angetreten mit der Überzeugung, dass die Politik der Apathie und des Stillstands von Angela Merkel und der Union unserem Land schadet und nicht mehr die Lösungen, falls sie sie denn jemals hatten, bereithält, die wir brauchen.

(Beifall)

Wir haben in den letzten vier Jahren festgestellt, dass diese Partei, die Union, denjenigen, die diese Probleme lösen wollen, dann auch noch auf den Füßen steht uns sie blockiert, statt mit anzupacken.

Liebe Genossinnen und Genossen, eins vorweg: Ich will die Sondierungsergebnisse der SPD gar nicht kleinreden. Ich bin mir sicher, dass diejenigen, die für uns sondiert haben, alles gegeben haben und wirklich alles herausgeholt haben, was herauszuholen ging. Aber diese Ergebnisse zeigen mir doch, dass die Union ihre Verweigerungshaltung für die Politik, die wir machen müssen, immer noch nicht aufgegeben hat. Soziale Mietenpolitik, ein Ende der Zweiklassenmedizin, Beendigung von prekärer Beschäftigung, Familienarbeitszeit, eine ernstgemeinte Integration, eine humane Asylpolitik oder eben auch wirkliche Anstrengungen, um die Steuergerechtigkeit herzustellen: Sehr viele zentrale Punkte und Kernanliegen der Sozialdemokratie sind mit der Union nicht zu machen und nicht in diesem Papier.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, dieses Papier ist keine Grundlage für einen Politikwechsel. Dieses Papier ist eine Grundlage für ein „Weiter so!“ Den Politikwechsel braucht unser Land aber, und den herbeizuführen, das ist auch unsere Verantwortung.

(Beifall)

Verantwortung heißt in diesem Sinne aber auch, nein zu sagen zu einer Regierung, die eben diesen Stillstand weiterhin vorantreibt, nein zu sagen zu einer Regierung, die sich den notwendigen Weichenstellungen verweigert.

Verantwortung für Europa, liebe Genossinnen und Genossen, heißt übrigens auch, eben nicht wieder genau jenen in den Sattel zu helfen, die gerade den Schulterschluss mit Viktor Orbán proben,

(Lebhafter Beifall)

und eben auch nicht diejenigen wieder zu unterstützen, die Griechenland beispielsweise kaputtgespart haben und weiterhin zur Privatisierung treiben.

(Beifall)

Ich kann nicht unterstützen, dass die SPD weitere zwei oder gar vier Jahre mit ihren Stimmen eine solche Politik unterstützt.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, immer wieder wird gerne behauptet, oder man hört immer wieder, ein Nein heute würde Chaos bedeuten. Nein, ein Nein bedeutet nicht Chaos, sondern es bedeutet gelebte Demokratie.

(Beifall)

Wenn es Angela Merkel nicht schafft, eine Regierung zusammenzukriegen, dann ist eben auch verfassungsgemäß geregelt, wie es dann weiter abläuft. Es gibt so viele Optionen, von wechselnden Mehrheiten über Minderheitsregierung über Neuwahlen. Es gibt auch viele gute Beispiele in ganz Europa, dass Minderheitsregierungen passieren können.

Ich habe übrigens auch keine Angst vor Neuwahlen, weil ich glaube, wenn wir an der Tür von den Leuten klingeln und ihnen sagen, liebe Leute, wir haben versucht, alles rauszuholen, aber mit der Union war es nicht möglich; es geht uns nicht um Macht und Posten, sondern es geht uns um dich. Es geht uns darum, dass wir eben auch eine soziale Mietenpolitik durchsetzen können und wirklich etwas daran machen können, dass deine Miete nicht mehr steigt, und das war so nicht möglich. Wir kämpfen darum, eben genau das umzusetzen, und wir brauchen dafür deine Unterstützung. So einen Wahlkampf möchte ich führen, denn er ist glaubwürdig. So einen Wahlkampf möchte ich führen, denn er ist ehrlich.

(Beifall)

So einen Wahlkampf möchte ich führen, denn er zeigt, dass wir zu unserem Wort stehen.

(Beifall)

Also, liebe Genossinnen und Genossen: Mut zum Nein heute und Mut zum Nein zum „Weiter so!“.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Als nächsten Redner habe ich Micha Heitkamp. Ihm folgt Elke Ferner. Ich nutze mal die Zeit, die jetzt gerade verstreicht, um die Rednerinnen und Redner noch einmal darauf hinzuweisen: Ihr seht da vorne selbst, wie die Zeit läuft. Ihr habt eine Uhr am Redepult. Ihr könnt das wirklich dort mitverfolgen, und nach drei Minuten bedienen wir dann auch wirklich die Glocke. Also, guckt ein bisschen mit auf die Zeit. Dann könnt ihr es besser einteilen.

Micha!

Micha Heitkamp, Nordrhein-Westfalen: Das werde ich versuchen. Laut der Uhr habe ich von meinen drei Minuten noch vier Minuten 30. - Ah, jetzt ist es verschwunden. Jetzt habe ich gar keine Zeit mehr.

(Heiterkeit)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Weil es in den letzten Tagen offensichtlich ein paar Missverständnisse gegeben hat, ist es, glaube ich, ganz gut, wenn wir am Anfang dieser Debatte noch einmal ganz deutlich klarstellen, worum es hier heute geht. Dieser Parteitag hat von dem Parteitag im Dezember einen sehr klaren Auftrag bekommen, nämlich zu überprüfen, ob die Sondierungsergebnisse für uns ausreichen, ob wir damit in Koalitionsverhandlungen gehen oder nicht. Das ist heute keine Entscheidung darüber, ob wir lieber Mitgliederentscheide wollen oder lieber nicht.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich habe letzte Nacht ziemlich schlecht geschlafen; denn des Ernstes der Lage, in der wir sind, bin ich mir sehr wohl bewusst. Ich bin mir auch der Verantwortung bewusst, die auf mir als Delegierter auf diesem Parteitag lastet.

Genossinnen und Genossen, wer jetzt sagt, na ja, worum es geht, ist eigentlich egal, aber ich stimme mal mit Ja, damit ein Mitgliederentscheid zustande kommt, der drückt sich letztlich nur vor seiner Verantwortung.

(Beifall)

Und wer Kritik an dem Verfahren hat, dass dieser Parteitag hier heute offen und ehrlich darüber verhandelt, ob wir weitermachen oder nicht, der hätte das gefälligst auf dem Parteitag im Dezember äußern sollen und nicht erst in sozialen Netzwerken und Interviews.

(Beifall)

Es ist mir noch mal wichtig, das zu sagen, weil, egal, ob geschäftsführende Minister, ob Parteivorstandsmitglieder oder Seeheimer sprechen, Genossinnen und Genossen: Klappe halten, wenn etwas abgestimmt wird, und einfach Mitstimmen und danach rausgehen und in die Mikros und die sozialen Netzwerke einen rauslallen, das wird der Ernsthaftigkeit dieser Diskussion einfach nicht gerecht.

(Beifall)

Zur Sache. 2013 war ich sehr entschieden gegen die Große Koalition. Eigentlich bin ich auch noch der Meinung, das war richtig. Ich komme inzwischen so ein bisschen ins Überlegen: War nicht damals die Argumentation, die Sigmar hatte, nicht die richtige zu dem Zeitpunkt, als er gesagt hat: „Na ja, wir brauchen jetzt aber den Mut, in die Regierung zu gehen.“?

So ganz überzeugt bin ich noch nicht. Aber je mehr ich darüber nachdenke, desto mehr komme ich zu der Erkenntnis - das fällt mir schwer einzuräumen, weil mir so wahnsinnig viel an dieser Partei liegt -: Ich erkenne in dieser Partei im Moment keinen Mut mehr. Die Fortsetzung dieser Großen Koalition nach diesem Wahlergebnis wollten wir nicht. Das hat der Applaus am Wahlabend sehr klar gemacht, und das haben auch diverse Beschlüsse, auch einstimmige Beschlüsse im Parteivorstand, sehr klar gemacht. In dem Wechsel der Positionen erkenne ich kein Stück Gang in die Offensive, sondern ich erkenne nur ein Ergeben vor dem, was in der Berliner Blase als alternativlos gilt,

(Beifall)

was aber außerhalb dieser Blase kaum noch jemand wirklich versteht. Und ich erkenne eigentlich nur die Angst, die es vor den Konsequenzen gäbe, wenn wir uns dem jetzt mal entziehen würden.

Das ist auch keine Oppositionsromantik, die ich führe, sondern die Hoffnung darauf, dass wir es schaffen können, wenn wir jetzt Nein sagen, auch endlich mal wieder damit klar erkannt zu werden, dass wir Position beziehen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich würde gerne mit einem Zitat enden. Ihr habt alle mitbekommen, was der schlechteste Verkehrsminister aller Zeiten diese Woche über SPD-Bundesparteitage gesagt hat. Deswegen würde ich zum Ende gerne einen bekannten Zwerg zitieren: „Geringe Aussicht auf Erfolg, den Tod als Gewissheit. Worauf warten, wir Genossinnen und Genossen? Wer den Ring zerstören und das Auenland retten will, der braucht dazu auch Mut und Kampfesgeist, und das heißt jetzt, Nein zu sagen zu einer Großen Koalition. - Glück auf!

(Lebhafter Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Micha. - Das Wort hat jetzt Elke Ferner.

Elke Ferner, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen: Liebe Genossinnen und Genossen! Das, was wir hier vorliegen haben, das ist ein Sondierungspapier und eben noch kein ausverhandelter Koalitionsvertrag. Wir haben als ASF-Bundesvorstand am Freitag auch zweieinhalb Stunden darüber diskutiert: Soll man weiterverhandeln, soll man weiter austesten, was geht, oder macht man jetzt an der Stelle Schluss? Wir sind sehr einmütig mit nur einer Gegenstimme dazu gekommen, dass wir uns dafür aussprechen weiter zu verhandeln. Denn da geht noch einiges. Da muss auch noch einiges gehen. Die Union kann sich nicht so vom Acker machen, gerade wenn es um das Thema Gleichstellung geht. Da steht noch zu wenig drin. Das darf man, glaube ich, auch nicht schönreden. Aber wer wenn nicht wir kann denn da noch Verbesserungen herausholen?

(Beifall)

Wir kriegen die ganze letzte Woche auch von allen Frauenverbänden die Bitte, die ihre Hoffnung in uns setzen - in uns und nicht in Frau Merkel, weil sie wissen, was sie von ihr zu halten haben -, dass wir noch Verbesserungen erreichen. Ich möchte gerne erst mal ausverhandeln, um dann in der Summe unter dem Strich auch wirklich

bewerten zu können: Lohnt es sich, in eine weitere Große Koalition reinzugehen, oder lohnt es sich nicht, in eine Regierung reinzugehen? Wir haben in dieser Wahlperiode unglaublich viel erreicht. Wir haben die Frauen in Führungspositionen vorangebracht. Wir haben die Entgelttransparenz durchgesetzt. Wir haben für die Betreuung und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit dem Elterngeld Plus unglaublich viel gemacht, und wir haben auch gezeigt: Die SPD kämpft für Frauenrechte. Lasst uns doch in dem Jahr, in dem wir 100 Jahre Frauenwahlrecht haben, das die SPD erkämpft hat, zeigen, dass wir auch weiterhin für die Gleichstellung von Frauen und Männern kämpfen und uns einsetzen, auch in einer Regierung.

(Beifall)

Und ich sage euch: Nur in einer Regierung kann man auch etwas umsetzen.

Unter dem Strich will ich wirklich sagen: Wir haben in diesem Sondierungspapier wirklich viele Punkte, die gut sind. Ich finde, wir sollten einen Fehler nicht machen, den wir die letzten vier Jahre ständig gemacht haben. Wir haben immer über die 10 % gesprochen, die wir noch nicht erreicht haben, aber wir haben viel zu selten gesprochen über die 90 %, die wir durchgesetzt haben. Ich möchte, dass wir in einer nächsten Wahlperiode auch mehr durchsetzen können. Deshalb: Lasst uns doch erst mal verhandeln und sehen, was am Ende herauskommt, und dann durch die Mitglieder bewerten lassen, ob es für eine Regierungsbeteiligung reicht oder nicht.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Elke. - Als Nächstes hat Kevin das Wort.

(Beifall)

Kevin Kühnert, Juso-Bundesvorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Was immer heute passiert - es ist nicht das Ende der Geschichte, und es ist auch nicht das Ende der SPD, die doch schon so viel schwierigere Zeiten gemeistert hat, als es dieser Parteitag heute tun muss. Insofern: Frisch ans Werk, frohen Mutes! Wir werden das schon miteinander hinbekommen.

(Beifall)

Aber wichtig, exorbitant wichtig, ist dieser Parteitag eben doch. Das konnten wir in den letzten Wochen alle miteinander gut spüren; denn es ist emotional, kontrovers und auch sehr grundsätzlich geworden. Lag das am Sondierungspapier? Ich glaube, vordergründig nicht. Unsere Debatte hat ganz offensichtlich ja nicht zum Gegenstand gehabt, ob auf Seite 22 im dritten Spiegelstrich noch ein bisschen was gehen muss, ob eine Seite vorher noch ein Absatz fehlt und ob da genug Substanz drin ist. Und natürlich gibt es Verhandlungserfolge. Wer würde denn nicht davon reden wollen? Ich habe das in jeder - das möchte ich betonen - meiner Veranstaltungen in den letzten Tagen immer getan. Unsere Leute - ich bin mir da absolut sicher - haben gut verhandelt. Dass ich und viele andere in diesem Saal und auch außerhalb nicht mit dem Ergebnis zufrieden sind, liegt nicht daran, dass die schlampig gearbeitet haben, sondern dass nach zwölf Jahren Angela Merkel mit acht Jahren Großer Koalition wesentliche Gemeinsamkeiten aufgebraucht sind, liebe Genossinnen und Genossen. Wo keine sind, kann ich keine aufschreiben.

(Beifall)

Und trotzdem gibt es diese Verhandlungserfolge, die an dieser Stelle aufzuzählen noch andere übernehmen werden und vielleicht auch zu weit führen würde. Es tut auch mir und es tut auch uns Jusos weh, dass die Aussicht auf den Gang in die Opposition bedeutet, diese Projekte nicht umsetzen zu können. Denn natürlich machen wir dafür Politik. Na, wofür denn sonst? Aber ich bin eben überzeugt, es geht eigentlich weiterhin um etwas anderes. Auch nach den Diskussionen mit Hunderten nicht nur Mitgliedern in den letzten Tagen und Wochen bin ich sicher: Es geht weiterhin um die immense Vertrauenskrise in unserer Partei. Die wahnwitzigen Wendungen und Kehrtwenden unserer Partei seit der Bundestagswahl haben noch mal mehr Vertrauen gekostet, und es fällt nicht vom Himmel, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist nicht nur der Vertrauensverlust, auch gegenüber der Union. Das ist alles schon aufgezählt worden. Es ist auch der Vertrauensverlust unter uns, und es ist auch ein Repräsentationsproblem, das ich in diesen Tagen gemerkt habe. Wir wissen alle nicht, wie das heute ausgeht, und auch ich kann nicht sagen - auch in der Mitgliedschaft -, ob es knapp dafür, knapp dagegen ist. Dass es knapp ist, das nehmen wir, glaube ich, alle wahr. Aber in der Repräsentation, die sich ja immer auch in Gremien widerspiegelt, habe ich das anders wahrgenommen. Mein Eindruck war - häufig zumindest -: Je weiter ich vom Willy-Brandt-Haus und unseren Gremien weggekommen bin, desto unversöhnlicher wurden die Töne, desto mehr glitt die

Diskussion auch in eine Art „Wir“ und „Die“ ab, was ich nicht befeuern möchte, was wir aber wahrnehmen müssen als einen Teil der Ausgangslage unserer Diskussion. Der macht mich sehr nachdenklich, dass es so weit gekommen ist, und ich stelle mir die Frage, ob das eine belastbare Grundlage in solch einer Situation für eine erneute Große Koalition ist.

Dabei möchte ich nicht missverstanden werden. Wir Jusos, auch wenn es uns manchmal unterstellt wird, haben nie die Position vertreten, die Große Koalition mache uns klein als Automatismus. Das ist nicht unser Argument. Wir, liebe Genossinnen und Genossen, machen uns klein, und zwar durch die Art, wie wir in der Regierung auftreten, indem wir manchmal aufgetreten sind, als wären wir die Pressesprecher dieser Koalition und nicht ein selbstbewusster Koalitionspartner.

(Beifall)

Wir machen uns klein in der Art und Weise, wie wir mit uns umspringen lassen. Nicht nur, dass wir hier als „Zwergenaufstand“ bezeichnet werden. Damit kann ich umgehen mit 1,70, dass wir so bezeichnet werden; das ist kein Problem.

(Heiterkeit)

Aber auch die Art und Weise, wie unsere Projekte nicht umgesetzt werden. Wenn wir eine Kneipe wären, dann könnten wir sagen, die Union schreibt seit Jahren bei uns an. Die haben einen Zettel bei uns offen, der ist so lang. Und es geht nicht, dass wir auf der Grundlage einen neuen Vertrag abschließen.

(Lebhafter Beifall)

Und wir machen uns klein durch die Art, wie wir unsere Programme schreiben. Ich habe dazu im Dezember schon etwas gesagt. Wir denken den Kompromiss der Großen Koalition, weil wir um unsere wenigen, wenigen Bündnisoptionen ja auch wissen, mittlerweile immer schon vorweg. Wir beschneiden uns selbst in unserem Denken. Das macht uns klein, und das macht unsere politischen Antworten klein.

Jetzt sagen alle, es darf kein „Weiter so!“ geben. Kein Satz wurde in den letzten Wochen so häufig zitiert. Aber was heißt das eigentlich konkret? Womit geht es denn jetzt nicht mehr weiter? Da sind die Antworten schuldig geblieben, die doch eigentlich so wichtig gewesen wären. Deswegen ist für viele in diesem Saal das zu wenig, um das so dringend notwendige Vertrauen oder das gewünschte Vertrauen schenken zu können. Das liegt auch daran: Wenn man ein Verhandlungsergebnis als „hervorragend“ bezeichnet und es dann in den Tagen danach zum Teil auch von den

eigenen Leuten doch ganz schön zerpflückt wird, dann knabbert das an der Glaubwürdigkeit.

(Beifall)

Es ändert leider auch nichts an dieser Tatsache, dass Leute den wirklich ehrenwerten - ich sage das ohne Ironie - Versuch heute wagen, eine Brücke zu bauen in Form dieses Antrags, der nachher auch noch mal vorgestellt wird und den wir vorhin in der Antragskommission hatten. Ich bin überzeugt: Die Brücke, die diese Partei braucht, um aus ihrer Vertrauenskrise herauszukommen, muss aus Erneuerung und aus Vertrauensbeweisen gebaut werden. Sie wird nicht aus weiteren Spiegelstrichen gebaut werden, liebe Genossinnen und Genossen, denn an denen mangelt es uns nicht

(Beifall)

Es ist mir, ehrlich gesagt, nach der Vielstimmigkeit der letzten Tage auch unklar, wie viel Spielraum unsere Verhandlerinnen und Verhandler denn eigentlich in den möglicherweise anstehenden Koalitionsverhandlungen sehen. Da gab es ja unterschiedliche Aussagen, und da hätte ich persönlich eine belastbare Einschätzung gebraucht, um auch bewerten zu können, ob die Brücke, die heute gebaut werden soll, eine stabile sein kann oder ob das eine schöne Brücke ist, die gut aussieht, aber am Ende nicht trägt. Das kann ich Stand jetzt für mich nicht bewerten, und ich glaube, es geht vielen anderen im Saal auch so.

(Vereinzelt Beifall)

Wie immer wir uns heute entscheiden, liebe Genossinnen und Genossen, eines müssen wir uns klarmachen: Es wird wehtun. Wer auf den Punkt wartet, an dem wir noch eine Entscheidung treffen können, für die wir von allen Seiten Applaus bekommen: Diese Entscheidung wird es nicht mehr geben. Der Punkt ist verpasst worden. Wir werden Menschen vor den Kopf stoßen, die ja im Moment von zwei Seiten an uns ziehen - die einen, die sagen: „Geht in diese Verantwortung“, und die anderen, die sagen: „Lasst es sein; erspart uns weitere vier Jahre Hängepartie in einer Großen Koalition mit Angela Merkel“. Wir können uns jetzt nur noch dazwischen entscheiden.

Aber wir können uns entscheiden. Es ist übrigens auch legitim. Micha hat eben alles Notwendige dazu gesagt. Das Verfahren hat immer vorgesehen, dass heute die Entscheidung fallen kann.

Die Große Koalition ist vor dem Hintergrund unseres Dilemmas, was ich gerade versucht habe, zu beschreiben, allerdings keine Entscheidung, sondern sie ist das regierungsgewordene Sowohl-als-Auch. Eigentlich wollen wir ja nicht, aber wir müssen doch, und das ist die Endlosschleife, in der wir seit so vielen Jahren drin sind, liebe Genossinnen und Genossen. Diese Logik muss durchbrochen werden.

(Beifall)

Deshalb werbe ich darum: Lasst uns am heutigen Tag nicht nur das Risiko sehen, sondern lasst uns auch die Chancen sehen, die in dieser Situation liegen. Ich sehe die Chancen in den vielen Rückmeldungen, die ich persönlich - aber auch die Jusos - in den letzten Tagen und Wochen erhalten habe - von Hunderten. Nein, es waren ohne Übertreibung wirklich tausende Menschen, die geschrieben haben, die angerufen haben, die zu den Veranstaltungen gekommen sind und gesagt haben - ob Mitglieder oder nicht -: Ich Sorge mich um diese Partei, ich will sie gerne wählen, ich möchte, dass es eine starke linke Volkspartei in Deutschland gibt, aber ich habe Angst davor, dass ihr wieder die falsche Entscheidung trefft.

Mein Appell an diese Leute, die uns geschrieben haben - sicherlich sind es noch viel, viel mehr, die sich noch nicht gemeldet haben -: Egal was dieser Parteitag heute macht: Macht euch auf, kommt in diese Partei, macht sie zu eurer Partei. Die Veränderung, die wir sein wollen, müssen wir selber durchsetzen. Niemand anderes wird uns diese Entscheidung abnehmen.

(Beifall)

Macht mit bei diesem Erneuerungsprozess. Wenn ihr das Gefühl habt, die, die da sind, werden nicht ausreichen, um den Erneuerungsprozess in die richtige Richtung zu führen, dann kommt dazu und dann unterstützt uns dabei. Wir werden diese Unterstützung brauchen.

Deshalb schließe ich mit dem, was ich zu Beginn gesagt habe: Was immer heute passiert: Es ist nicht das Ende der Geschichte und erst recht nicht das Ende der SPD. Aber es kann der Beginn einer neuen Geschichte sein, die wir miteinander schreiben. Lasst uns diesen Aufbruch miteinander wagen, und das heißt, heute einmal ein Zwerg sein, um zukünftig vielleicht wieder Riesen sein zu können.

Bitte stimmt mit Nein!

(Beifall)

Doris Ahnen; Tagungspräsidium: Danke, Kevin. - Jetzt hat Gerlinde Schermer das Wort, und ihr folgt Jens Katzek. – Die Gerlinde hat jetzt das Wort, und dann kommst Du.

Jens Katzek, Sachsen: Entschuldigung.

Gerlinde Schermer, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben quотиerte Redelisten, und deshalb bin ich jetzt dran.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe mich gefragt - und sicher andere auch -, warum mir dieses Sondierungsergebnis so klein vorkommt. Wir haben doch erfahrene Genossinnen und Genossen hingeschickt, um zu verhandeln. Ich bin der Überzeugung, dass es nicht wirklich an den Personen gelegen hat, sondern die SPD will nicht mehr die großen Fragen beantworten. Aber wir müssen die großen Fragen beantworten. Wir sind nämlich in der Führung und auch zu großen Teilen in diesem Geist des Neoliberalismus gefangen. Ihr erinnert euch, wie er in den 90ern aufkam, und die Vertreter - Schröder, Scharping, Clement, Müntefering usw. - haben uns unter anderem den Verlust der Parität bei der Krankenversicherung eingebracht.

(Vereinzelt Beifall)

Zählt euch auf, dass es genau diejenigen sind, die jetzt von uns verlangen - die alten Männer -, dass wir wieder in diese Große Koalition gehen. Ich glaube nicht, dass das richtig ist. Ich finde, wir sollten hier den Zug der Zeit sehen und mit den Jusos streiten. Da werden wir Mehrheiten bekommen.

(Beifall)

Ich will euch Mut zusprechen: Weg mit den giftigen sozialdemokratischen Kompromissen! Es ist wieder Zeit. Und da ich aus dem Osten komme, sage ich euch: Es ist wieder Zeit, den aufrechten Gang zu üben. Das muss die Partei lernen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist wieder Zeit, Gemeinschaftssinn zu üben. Das kann man nicht von heute auf morgen; das muss man zurückgewinnen.

Wir brauchen keine Politik für Aufrüstung, sondern eine Politik für Abrüstung, eine Steuerpolitik für Demokratie, keine Umverteilung pur. Es geht nämlich um Rückverteilung dessen, was uns in den vergangenen Jahren weggenommen wurde. Ganze soziale Gruppen wurden durch die Politik der letzten Jahrzehnte doch quasi aussortiert. Sie gehen nicht mehr zur Wahl. Das geht so nicht weiter, und das hängt mit der Glaubwürdigkeit der SPD zusammen. Wer, wenn nicht wir, soll den Kampf anführen, Genossinnen und Genossen?

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage euch: Die GroKo wird lähmen. - Martin, ich sage Dir ganz ehrlich: Das hat man schon am Beifall auf Deine Rede gespürt. So soll es vier Jahre weitergehen? Ich bin dagegen.

(Vereinzelt Beifall)

Ja, die SPD verspricht Investitionen. Aber, um ehrlich zu sein - damit spreche ich hier Sigmar Gabriel an -, muss man sagen: Es ist nicht nur Dobrindt, der die Maut und die Privatisierung der Infrastruktursanierung will, sondern Du bist es gewesen, der die Fratzscher-Kommission beauftragt hat, und ihr, liebe Leute im Bundestag, habt vor der Wahl, obwohl es nicht in der Koalitionsvereinbarung stand, 13 Grundgesetzänderungen gemacht, damit die Privatisierung der Infrastruktur - Autobahnen, Straßen - kommt. Denkt an mich!

Das sage ich jetzt für diejenigen am Fernseher: Wenn die Maut kommt, dann ist das die größte Umverteilung seit der letzten Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent. Ihr sollt wissen, warum wir Nein sagen. Wir wollen das nicht. Und wenn ihr in die Große Koalition geht, dann werdet ihr es mitmachen. Wie sollen wir dagegen kämpfen, wenn ihr dazu Ja sagt? Das heißt: Löst diesen Widerspruch auf! Wir wollen auf die Straße!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt hat Jens das Wort. Ihm folgt Johanna Uekermann. - Ich habe jetzt wirklich noch mal die Bitte: Viele wollen reden, viele haben etwas zu sagen, und alle haben dafür drei Minuten.

Jens Katzek, Sachsen: Liebe Freunde, ich habe mir lange überlegt, wie ich meinen ersten Redebeitrag auf dem Bundesparteitag beginnen soll. Ich wollte ein Lied anstimmen, wie Du, Andrea, im Deutschen Bundestag. Aber - ich hoffe, Du siehst es mir nach - ich singe noch schlechter als Du.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Der Text dieses Liedes – so kurz nach Weihnachten darf man das, glaube ich, noch sagen - sollte beginnen mit: Hosianna, ein Heiland ist uns geboren. - Und es ging nicht um Jesus Christus und nicht um Bethlehem, sondern es ging darum, dass wir diesem Mann, Martin Schulz, unser Vertrauen gegeben haben. Wir haben ihn mit 100 Prozent zum Parteivorsitzenden gewählt. Er war der Gottkanzler. Er war derjenige, der dieses Land nach vorne führen wollte und sollte - und diese Partei auch.

Martin hat sich seitdem den Hintern aufgerissen, um diese Partei und dieses Land nach vorne zu bringen. Dafür, Martin, möchte ich Dir ganz persönlich danken; denn ich habe selber 614 Tage im Wahlkampf gesteckt, und ich weiß, wie verdammt hart das ist. Und allen, die sich hinterher mokiert haben, die Dich ausgelacht haben, als es um den „Spiegel“-Artikel und das Tagebuch ging, sage ich: Lest euch durch, was dort geschrieben steht. Dann wisst ihr, wie hart dieses Leben ist.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe die Freude gehabt, drei Stunden mit Dir auf der Leipziger Buchmesse zu verbringen. Ich habe gemerkt, was für Martin Schulz wichtig ist, und das ist auch für mich wichtig. Dafür bin ich in den Bundestagswahlkampf gegangen.

Deshalb habe ich mir draußen neun Monate den Arsch aufgerissen zusammen mit Martin Schulz, weil wir nämlich etwas für die Menschen in diesem Land bewegen wollten. Das war das, was mich getrieben hat, in die Politik zu gehen, und das ist das, wofür ich mich einsetzen will.

Ich war auch jetzt wieder in den sozialen Brennpunkten in Leipzig - ich lebe in Leipzig, in dieser wunderbaren Stadt - und habe die Menschen gefragt: Sind wir denn nun Verräter? Sind wir diejenigen, die umgefallen sind, weil wir jetzt die Gespräche geführt haben oder führen wollen? - Die Botschaft dort war ganz eindeutig: „Bewegt euren Arsch und bringt endlich Ergebnisse! Das ist es, was wir von euch sehen wollen!“

(Vereinzelt Beifall)

„Ihr seid keine Selbsterfahrungsgruppe, die sich in die Opposition zurückzieht, um dann eine neue Partei aufzubauen, sondern eure Aufgabe ist es verdammt noch einmal, etwas für uns zu tun!“

Deshalb bin ich der Meinung: Lasst uns aus diesem groben Rahmen des Sondierungspapiers einen schlagkräftigen Koalitionsvertrag machen! Denn die anderen tun es nicht.

Die Gewerkschaften sagen uns, wir sollen nach vorne gehen. Die SPD-Oberbürgermeister sagen uns, wir sollen nach vorne gehen: „Tut es!“ - Meine Mutter mit 850 Euro Rente sagt: „Tut es!“ Und genau das ist, warum ich heute hier stehe. Mein Name ist Jens Katzek, ich stamme aus Leipzig.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt hat Johanna Uekermann das Wort. Ihr folgt Marc Dietzschkau.

Johanna Uekermann, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, mir geht es wie vielen heute von euch. Normalerweise hilft es bei mir, einmal durchzuatmen, wenn man auf die Bühne geht. Dann fällt es leichter zu begründen, warum man hier steht. Aber heute hilft es nicht, einmal durchzuatmen, und es half auch nicht, fünfmal durchzuatmen, sondern das ist eine Entscheidung, die mir nicht einfach fällt. Ich glaube auch, alle von uns machen sich diese Entscheidung heute nicht leicht.

Wenn man sich anguckt, was das Sondierungsteam verhandelt hat, dann besteht, glaube ich, kein Zweifel daran, dass wir alle anerkennen, dass unser Sondierungsteam gut verhandelt hat und dass es viele Fortschritte erreicht hat.

(Vereinzelt Beifall)

Ich zähle dazu das, was für die Rente herausgehandelt wurde. Ich sehe die Verbesserungen im Bildungssystem. Ich sehe auch für mich einen Punkt, für den ich sehr lange gekämpft habe: die Mindestvergütung für Auszubildende, die mit in diesem Sondierungspapier steht.

(Vereinzelt Beifall)

Ich kann deshalb verstehen, dass es heute für viele auch eine Entscheidung ist zu sagen: Wir wollen da weitermachen! - Aber ich glaube, man kann auch zu einer anderen Einschätzung kommen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich persönlich komme zu einer anderen Einschätzung. Die möchte ich hier auch begründen.

Liebe Genossinnen und Genossen, in der Debatte, die wir in den vergangenen Tagen geführt haben, haben wir viele Gründe gesehen, warum diese Debatte so ausfällt. Wir reden viel über Vertrauen. Wir wissen auch, dass in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden. Wir sehen, dass es uns allen um die Zukunft der Sozialdemokratie geht.

Aber mir geht es nicht nur um die Zukunft der Sozialdemokratie. Mir geht es auch um die Zukunft unserer Demokratie. Deshalb bin ich der Meinung, dass eine Große Koalition immer nur die Ausnahme sein darf und dass es, wenn man in eine Große Koalition geht, eine Begründung dafür, ein großes Projekt, einen entscheidenden Schritt braucht, den man nur in einer Großen Koalition gehen kann. Wenn ich mir dieses Sondierungspapier anschau, dann sehe ich, dass das mit der Union nicht möglich ist, dann sehe ich, dass das mit der CDU/CSU und einer ideenlosen Kanzlerin Merkel nicht möglich sein wird.

(Beifall)

Die Union und Merkel sind der personifizierte Stillstand. Die Chancen und Risiken der Digitalisierung anzugehen, ist mit dieser Stillstands-Union nicht möglich. Eine Steuerreform, die die Schere zwischen Arm und Reich schließt, ist mit dieser Stillstands-Union nicht möglich. Liebe Genossinnen und Genossen, eine Einwanderungsgesellschaft zu gestalten, humanitäre Flüchtlingspolitik - auch das ist mit dieser Union nicht möglich.

(Beifall)

Denn das einzige, was die Union an Projekten hat, sind Verhindern, Blockieren und - das haben wir in den Sondierungsgesprächen gesehen - auch Sabotieren.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Ich habe Respekt für alle, die heute zu der Entscheidung kommen, dass sie einen Schritt weiter gehen wollen. Aber ich persönlich komme zu einer anderen Entscheidung. Ich glaube, mit der Union ist kein

Aufbruch, keine Vision, kein entscheidender Schritt möglich. Deshalb werde ich heute dagegen stimmen, dass wir weiter Verhandlungen aufnehmen.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Marc Dietzschkau hat jetzt das Wort. Ihm folgt Hilde Mattheis.

Marc Dietzschkau, Sachsen: Liebe Genossinnen und Genossen! „Wir sind das Bollwerk der Demokratie. Die SPD kann aus diesem Ergebnis keinen Regierungsauftrag ableiten. Eine Große Koalition kann nicht Dauerzustand sein. Das stärkt die politischen Ränder. Ich halte es für wichtig, dass die Oppositionsführung nicht Rechtspopulisten überlassen wird.“

(Vereinzelt Beifall)

„Das Wahlergebnis insgesamt ist eine Absage an die Große Koalition. Es wird keine Hintertür geben. Wenn Kanzlerin Merkel glaubt, die SPD sei die taktische Reserve für den Notfall, dann irrt sie. Die SPD ist in die Opposition geschickt worden - Punkt. Eine starke Opposition gegen die Regierung ist eine staatspolitische Verantwortung, die wir annehmen wollen. Wenn man mit einem schlechteren Ergebnis aus der Großen Koalition kommt, als man hineingegangen ist, dann kann man nicht wieder hineingehen. Unser Auftrag lautet: Oppositionsführerschaft! Für uns hat sich nichts geändert. Die Große Koalition ist abgewählt worden. Nur weil die FDP Angst vor der eigenen Courage hat, stehen wir nicht als Rückversicherung für Frau Merkel zur Verfügung.“

(Vereinzelt Beifall)

„Wir scheuen Neuwahlen unverändert nicht. Wir stehen angesichts des Wahlergebnisses vom 24. September für den Eintritt in eine Große Koalition nicht zur Verfügung.“

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt es sicher erkannt: Das waren ein paar Zitate aus den vergangenen Monaten - Zitate und Positionen unserer Parteispitze, die ich teilte, die ich teile und für die ich stehe.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich habe einen Fehler gemacht. Ich habe in dieser Zeit einen Fehler gemacht, der vielen Menschen in unserem Land schon lange nicht mehr passiert: Ich habe geglaubt, was da gesagt wurde. Ich habe geglaubt, dass die Absage an die GroKo ernst gemeint war. Ich habe diese Position intensiv in meinem Umfeld, in meiner Familie, bei Freunden und Bekannten vertreten und habe dafür sehr viel Zuspruch bekommen, aber auch sehr viele Zweifel erfahren. Oft habe ich gehört: „Das sagt ihr jetzt, aber am Ende fällt ihr doch wieder um!“ - Meine Antwort war immer: „Nein, das wird nicht passieren!“

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt stehe ich hier und sage euch: Dieser Fehler wird mir nicht noch einmal passieren!

(Vereinzelt Beifall)

Wie sollen denn die Menschen eure Aussagen, die ihr jetzt im Zusammenhang mit dem Sondierungsergebnis macht, noch ernst nehmen? Es tut mir leid, ich glaube vieles davon einfach nicht mehr. Ich glaube auch, dass viele von euch nicht daran glauben. Das sieht man ja schon daran, was in der letzten Woche los war: Erst war es hervorragend, dann Nachverhandlungen, und heute gibt es vermeintliche Brücken.

Liebe Genossinnen und Genossen, das politische Kompromissgeschäft verstehe ich schon. Es funktioniert aber nur, wenn man auch etwas auf dem Glaubwürdigkeitskonto hat. Doch da war leider am 24. September schon Ebbe, und jetzt sind wir ganz tief im Dispo.

Mein grundsätzliches Problem ist: Ich habe kein Vertrauen mehr. Viele Menschen, die ich kenne, haben kein Vertrauen mehr: „Sagt ihr, was ihr tut, und tut ihr, was ihr sagt?“

Liebe Genossinnen und Genossen, ich werde gegen die Koalitionsverhandlungen stimmen und bitte euch, das auch zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Hilde Mattheis! Ihr folgt Stephan Weil.

Hilde Mattheis, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Ja, Martin hat recht, wenn er sagt, es geht um unseren zukünftigen Auftrag und unsere Stärke. Aber weder das eine noch das andere fällt vom Himmel, sondern das muss man sich glaubwürdig mit Positionen nachhaltig erkämpfen und erstreiten, und man muss dafür stehen. Keiner weiß, wie wir aus einer weiteren Großen Koalition herausgehen. Keiner weiß, mit welchem Ergebnis wir nach einer Oppositionszeit dastehen, von Wählerinnen und Wählern unterstützt werden.

Aber wir können den Rückblick wagen. Und der Rückblick hat uns gezeigt: Wir gehen aus jeder Großen Koalition schwächer raus.

(Beifall)

Das heißt doch nichts Anderes, als dass wir nicht noch mal in eine Große Koalition gehen dürfen.

Wir haben Verantwortung für dieses Land, ja. Wir sind große linke Volkspartei. Und wir sind Mitgliederpartei. Das eine zeigen wir jetzt. Wir sind linke Volkspartei und müssen das in unserem Profil zeigen. Die letzten vier Jahre haben es uns nicht möglich gemacht, wir haben es nicht geschafft, dieses Profil zu zeigen. Was ist mit der Finanztransaktionsteuer? Vereinbart - nicht hingekriegt. Ich könnte Beispiele aufzählen wie Perlen an einer Schnur. Wir haben uns gehangelt von Kompromiss zu Kompromiss und waren letztendlich nicht sichtbar. Ich möchte, dass diese starke, gute Partei wieder sichtbar wird.

(Beifall)

Und ich möchte, dass wir unseren Auftrag erfüllen, dass es nämlich den Menschen in diesem Land besser geht durch unsere Politik. Wir stellen fest: Die Schere geht weiter auseinander, trotz Mitregierens in der letzten Großen Koalition und den Großen Koalitionen davor. Wir haben es nicht hingekriegt, eine Erbschaftsteuer durchzusetzen, die die größten Erben für das Gemeinwesen heranzieht. Wir haben es nicht hingekriegt, die Idee der Vermögensteuer umzusetzen. Wir haben es nicht hingekriegt, eine Rente für alle so zu garantieren, dass niemand mehr am Bahnhof Flaschen sammeln muss. Das haben wir nicht hingekriegt.

Wenn ich mir jetzt das Sondierungsergebnis angucke, liebe Genossinnen und Genossen, glaube ich: Wir werden wieder abgeschliffen vom Kompromiss zum Kompromiss zum Kompromiss.

Lasst uns Erneuerung wirklich als Erneuerung begreifen, sichtbar für die Leute. Es gibt eine starke Bewegung und eine Mehrheit in diesem Land, die mehr Gerechtigkeit will. Deshalb sage ich: NoGroKo.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Stephan Weil; ihm folgt Luisa Boos.

Stephan Weil, Landesvorsitzender Niedersachsen: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich kämpfe in diesen Tagen aus einer tiefen persönlichen Überzeugung heraus; das kann ich sagen.

(Beifall)

Diese Überzeugung kreist immer wieder um einen einzigen Begriff, und dieser Begriff heißt Verantwortung. Ich mache Politik nicht zur Selbstverwirklichung. Ich mache Politik auch nicht in erster Linie, damit es der SPD gutgeht. Ich mache Politik, damit Leute, die auf mein und unser Engagement setzen, einen Fortschritt sehen, damit es denen besser geht. Dafür mache ich Politik!

(Beifall)

Welche Verantwortung haben wir gegenüber diesen Menschen? Stellt euch mal eine alleinerziehende Mutter vor, Teilzeit, relativ kleines Einkommen. Die hätte nach den Sondierungsergebnissen eine Entlastung beim Soli und bei der Sozialversicherung; sie hätte mehr Kindergeld, sie hätte die Aussicht auf einen Ganztagsanspruch, und sie hätte die Aussicht auf Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit. Das ist bezogen auf diese eine junge Frau das Ergebnis der Sondierungsgespräche. Können wir verantworten, dieser Frau zu sagen: „Es ist schon gut, was wir da verhandelt haben; aber es nicht so gut, dass wir es tatsächlich auch umsetzen“?

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte das nicht verantworten. Ich möchte, dass wir dieser und Millionen anderen Frauen tatsächlich ganz konkret zeigen, warum und wie wir Politik machen.

(Beifall)

Ich sage mit allem gebotenen Respekt den Kritikerinnen und Kritikern: Wenn ihr euch durchsetzt, dann kommt beides nicht - nicht die Fortschritte, die wir erzielt haben,

und erst recht nicht das, was wir hätten darüber hinaus machen können, liebe Genossinnen und Genossen; beides wird nicht kommen.

(Beifall)

Wir haben eine Verantwortung für die Leute, die ihre Hoffnungen auf uns setzen; aber unsere Verantwortung geht ehrlich gesagt auch noch darüber hinaus. Wenn wir heute Nein sagen, ist völlig klar: Es wird in dieser Legislaturperiode keine Mehrheitsregierung geben. Und die Wahrscheinlichkeit, dass die Parteien, die bis jetzt diesen Staat getragen haben, vor die Bürgerinnen und Bürger treten und sagen: „Wir haben es nicht geregelt gekriegt“, diese Wahrscheinlichkeit ist außerordentlich hoch, einschließlich der Neuwahlen, die dann anstehen.

Was - diese Perspektive ist hier noch nicht behandelt worden - mag denn eigentlich wohl die Reaktion bei vielen Menschen sein, die das mitbekommen? Wir haben normalerweise eine Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft: Die Bürgerinnen und Bürger werden von uns gebeten, zur Wahl zu gehen, und die Politiker machen anschließend etwas daraus und bilden zum Beispiel auch eine Regierung. Was sollen denn diese Menschen denken, wenn wir, die Politiker, sagen: „Sorry, ihr müsst noch mal wählen“? Und wie oft wollen wir das noch machen? Und ab wann wollen wir als SPD wieder sagen: „Ja, wir sind wieder dabei“? Wenn wir 40 Prozent haben oder ab wann?

Nein, liebe Freundinnen und liebe Freunde, an der Stelle ist nichts schönzureden. Wir haben eine Verantwortung auch dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sich gut regiert fühlen. Das ist wichtig nicht nur für uns, das ist wichtig für die Demokratie in Deutschland. Auch dafür müssen wir einstehen als SPD.

(Beifall)

Letzte Bemerkung. Überall in Europa erleben wir eine Rechtsentwicklung. Wir erleben sie auch in Deutschland. Da haben sich die politischen Koordinaten verschoben. Es gibt eine Neue Rechte. Manchen von denen haben wir in den Berliner Sondierungsnächten kennengelernt. Ich sage euch: Diesen Leuten möchte ich keinen Fußbreit unseres Staates freiwillig überlassen, keinen Zentimeter, keinen Millimeter, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Wer nicht auf dem Platz steht, der kann keine Tore schießen. Ich wünsche mir eine SPD, die mutig und zuversichtlich sich selbst erneuert, aber auch bereit ist,

Verantwortung zu übernehmen. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns Hammer sein, nicht Amboss! - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt hat Luisa Boos aus Baden-Württemberg das Wort. Danach, liebe Delegierte, würden wir, wie angekündigt, den ersten Bericht einschieben, nämlich den Bericht der Antragskommission von Olaf Scholz.

Luisa Boos, Baden-Württemberg: Wisst ihr eigentlich noch, was ihr in eurer Kindheit gemacht habt, wenn eure Eltern euch ins Bett gebracht haben? Ich kann mich noch gut daran erinnern, nicht nur, weil es liebevoll war. Ich war gerade sieben Jahre alt, als ich mich gewundert habe, dass auf einmal Verwandte bei uns lebten, die ich vorher noch nie gesehen hatte. Ich sollte sie kennen; aber ich konnte mich nicht mehr an sie erinnern. Sie waren auf der Flucht vor dem Krieg in Jugoslawien. Als Kind habe ich die Bilder im Fernsehen gesehen. Begreifen und einordnen konnte ich sie nicht. Real wurde für uns, für mich und meinen Bruder, der Schrecken immer abends: wenn die Erwachsenen sich vor dem Telefon versammelten und versuchten, unsere Familienangehörigen zu erreichen. Es gab dabei zwei Szenarien, aber immer dasselbe Ergebnis. Das eine Szenario war, dass jemand dranging; dann weinten alle, zum Teil aus Freude, aber auch, weil man hörte, was unten so los ist, und weil die Situation so schrecklich war. Das andere Szenario war, dass niemand dranging; dann weinte man erst recht.

Ich weiß, wie es sich anfühlt, wenn Familien auseinandergerissen werden und wenn du den Menschen ansiehst, wie Angst und Sorge sie langsam zerfressen.

Wenn wir diese Gefühlsebene einmal komplett weglassen und uns nur die Zahlen, Daten und Fakten anschauen, sieht man, dass das Ergebnis ebenso eindeutig ist: Alle Zahlen, Daten und Fakten sagen uns, wie entscheidend die Familie für die Integration aus. Mit Werten und Familie verhält es sich am Ende ähnlich: Man braucht sie in den schwierigsten Zeiten immer am meisten. Dann geben sie Halt, motivieren, voranzugehen, und müssen sich auch beweisen.

Die CSU zeigt seit langer, langer Zeit, dass sie weder christliche Werte noch die Familie schätzt.

(Beifall)

Ihnen geht es nur um rechtspopulistische Symbole gegen jegliche Vernunft. Mich widert die Scheinheiligkeit dieser Sonntagschristen dermaßen an, ihr könnt es euch gar nicht vorstellen.

(Beifall)

Ihr politisches Programm ist es, sich wie starke Männer zu fühlen, während sie sich gleichzeitig zwischen Familien stellen.

Das ist so erbärmlich.

Liebe Genossinnen und Genossen, die kürzesten Wörter, nämlich Ja und Nein, erfordern manchmal das meiste Nachdenken. Wie recht Pythagoras mit dieser Aussage hatte.

Für keinen von uns ist die Union und vor allen Dingen nicht die CSU ein Wunschpartner. Ich bin aber lange genug dabei, um zwischen einem rhetorischen Erfolg und einem faktischen Sieg unterscheiden zu können. Die angebliche Begrenzung des Zuzugs für Flüchtlinge ist ein bitterer, aber ein rhetorischer Sieg der CSU, einer ohne Folgen.

(Beifall)

Die tatsächliche Begrenzung findet aber beim Familiennachzug statt. Ich finde, wir als Sozialdemokraten und Sozialdemokraten sollten diese Begrenzung auf 1.000 Personen nicht mittragen.

(Beifall)

Ich will aber auch eine Situation verhindern, in der eine rechtskonservative Mehrheit im Bundestag den Familiennachzug komplett aussetzt.

(Beifall)

Also setze ich auf Koalitionsverhandlungen und unterstütze den Antrag, der vorliegt. Ich weiß und ich freue mich über das klare Signal von Malu Dreyer, die gesagt hat, dass sie nicht die Butter vom Brot nehmen lassen will. Ja, unsere Werte lassen wir uns nicht wie Butter vom Brot nehmen.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, ihr wisst, dass auch im Vorfeld dieses Parteitages die Antragskommission getagt hat, nicht nur gestern, sondern auch heute Morgen. Ich sage auch noch einmal, die Antragskommission setzt sich zusammen aus acht Vertreterinnen und Vertretern des Parteivorstandes, 22 Vertreterinnen und Vertretern aus den Bezirken und Landesverbänden. Olaf ist ihr Sprecher.

Erst einmal herzlichen Dank an die Antragskommission für die Arbeit, die ihr euch gemacht habt für den ganzen Parteitag. - Jetzt hast du das Wort, Olaf.

Bericht der Antragskommission

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich zunächst einmal Danke sagen für die bisherige Debatte. Ich finde, das ist ein guter Ton, den wir miteinander haben, obwohl wir eine sehr ernste Angelegenheit verhandeln. Das ist gut für unsere Partei, auch ein gutes Zeichen an das Land.

(Beifall)

Ich will ausdrücklich sagen, dass das auch gilt für den Beitrag des Juso-Vorsitzenden. Lieber Kevin, es ist sehr gut, dass du bei dieser Gelegenheit auch einen weiteren Aufruf gestartet hast, der lautet: Auch diejenigen, die der einen oder der Meinung der Jusos sind, sollen unabhängig davon, wie das hier ausgeht, sich in der SPD engagieren: Neue Mitglieder können wir in der SPD gebrauchen. Das ist eine gute Sache. Wir brauchen sie auch, wenn wir uns hinterher nicht immer in allen Fragen einig sind.

(Beifall)

Ich will ausdrücklich sagen, dass ich deinen Beiträgen so und so mit großer Sympathie folge. Denn wenn hier jemand redet und darauf hinweist, dass er 1,70 m groß ist, dann ist das eine Größenordnung, mit der ich persönlich gut anfangen kann.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Ich will aber sagen: Als ich in den 20er Jahren war, war das noch normal groß. Da hat sich wohl darum herum etwas verändert, und man darf sich nicht klein fühlen, sondern muss das durchsetzen, was wir wollen. Ich glaube, da müssen wir den Jusos nichts vormachen, das können sie schon.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir beraten heute über die Anträge. Die Antragskommission hat sich bemüht, dem Parteitag zu helfen, indem wir gesagt

haben, eigentlich wollen wir nur eine Frage miteinander entscheiden, nämlich nehmen wir jetzt Koalitionsgespräche auf oder gehen wir den Weg, der dann zu Neuwahlen führt.

Diese Frage ist am besten dadurch vorzubereiten, dass wir die vielen einzelnen Anträge mit Voten versehen, die es möglich machen, dass wir darüber nicht im Einzelnen debattieren müssen, und indem wir dafür sorgen, dass der Antrag, der für Koalitionsgespräche ist, viele Fragen, die hier gestellt worden sind, so aufnimmt, dass diejenigen, die das wollen, mit allen möglichen Bedingungen das können, und dass diejenigen, die davon nicht überzeugt sind, dagegen stimmen. Das ist die Hauptleistung, die wir zustande bringen wollten, und dazu will ich gerne eine paar Punkte sagen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir heute eine Entscheidung treffen und wenn diese Entscheidung wäre, dass es zu Neuwahlen kommen soll, dann müssen wir natürlich das bisherige Sondierungsergebnis den Wählerinnen und Wählern erläutern mit der Aussage, das hat uns nicht gereicht, um Koalitionsgespräche aufzunehmen. Und wir müssen an jeder Stelle sagen, dass es nicht genug war mit gebührenfreien Kitas, mit Ganztagschulen, dass es nicht richtig war, die Erwerbsminderungsrente zu verbessern, dass es nicht ausreichend war, dafür zu sorgen, dass wir eine Stabilisierung des Rentenniveaus bekommen und dass es Grundrente gibt, dass es nicht gereicht hat, die Rückkehr von Teilzeit zu Vollzeit wieder möglich zu machen, dass es nicht genug ist, dass es Verbesserungen beim BAföG gegeben hat, dass der soziale Wohnungsbau in Deutschland nicht 2019 endet, sondern auch in den 20er Jahren fortgesetzt wird mit 1 Milliarde Euro in jedem Jahr. Wir müssten erläutern, dass wir das, was wir hinbekommen haben mit der Parität bei der Krankenversicherung, nicht als ausreichenden Grund für die Aufnahmen von Koalitionsgesprächen begriffen haben, obwohl es Milliarden sind, die die Arbeitgeber mehr zahlen müssen statt heute die Arbeitnehmer. Wir müssen erklären, dass es nicht gereicht hat mit dem sozialen Arbeitsmarkt und mit einem neuen Einwanderungsgesetz, für das wir so lange gekämpft haben, um nur einige Punkte zu nennen.

Ich glaube, das ist die Situation, in der wir heute darüber reden. Um es einmal mit einem Satz zu sagen: Wir haben so viel erreicht, auch wenn es nicht genug ist aus unserer Sicht. Wie kann das sein? Wir haben so viel erreicht, dass man nicht sagen kann, dass wir nicht in Koalitionsgespräche gehen.

(Beifall)

Oder einmal andersherum formuliert: Wir haben nicht genug nicht erreicht, um nicht in Koalitionsverhandlungen zu gehen. Das sind die Dinge, die hier eine Grundlage sind. Das ist ja auch wichtig. Denn die Perspektive, aus der wir die Frage, die wir zu entscheiden haben, beurteilen müssen, ist nicht die von uns, sondern es ist die der Bürgerinnen und Bürgern. Denen müssen wir erläutern, ob es eine plausible Idee ist, jetzt zu sagen, wir brechen an dieser Stelle ab und gehen den Weg zu Neuwahlen.

Ich glaube, jeder und jede in diesem Raum, egal wo man im Einzelnen steht, kann sich gut vorstellen, wie schwer es werden wäre, angesichts dieser Liste zu sagen, jetzt ist Schluss mit weiteren Gesprächen, jetzt versuchen wir nicht, noch mehr herauszuholen, sondern wir brechen hier ab.

Aus meiner Sicht ist aber damit auch angesagt worden, worum es für die Zukunft geht. Wir wollen weiteren Fortschritt in vielen Fragen, die hier gar nicht diskutiert werden, richtigerweise. Denn wir wir etwa über den Dieselpfand und dessen Konsequenzen reden, müssen da noch viele Punkte kommen. Beim Wohnungsbau kommen noch viele Punkte, die gar nicht jetzt bei den Sondierungen eine Rolle gespielt haben und auch nicht sollten. Aber es gibt natürlich auch Frage, die uns alle bewegen. Zum Beispiel, wie wir endlich wegkommen von dem Missstand, der mit dem Kohl-Blümschen Gesetz - Beschäftigungsförderungsgesetz hieß das 1985 - nach Deutschland gekommen ist, dass man seitdem in Deutschland Arbeitsverhältnisse ohne Grund befristen kann.

Ja, wir wollen darüber in den Koalitionsgesprächen weiter hart verhandeln. Das ist ein Antrag, den wir euch vorlegen.

(Beifall)

Wir wollen darüber diskutieren, wie wir weitere Schritte herauskriegen aus der Zweiklassenmedizin. Und wir wollen natürlich auch im Hinblick auf die Flüchtlinge noch mehr erreichen, als bisher vereinbart ist.

Das muss am Ende bewertet werden. Aber darüber müssen wir jetzt verhandeln. Deshalb ist der Vorschlag, den die Antragskommission euch vorlegt, dass wir den Antrag, den der Parteivorstand, ergänzt um die Vorschläge aus Nordrhein-Westfalen, aus Hessen und vielen anderen Ländern, beschließen, um den Weg dafür freizumachen, um das herauszuholen, was wir für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes herausholen können.

(Beifall)

Einen Punkt will ich auch nennen. Der hat mit dem weiteren Teil dieses Antrages zu tun. Die SPD ist eine selbstbewusste Partei. Wir haben in diesem Land schon regiert, von 1966 bis 1982, von 1998 bis 2009 und seit 2013. Wir haben Kanzler und Vizekanzler gestellt. Wir regieren in vielen Ländern in diesem Land. Die SPD darf niemals den Eindruck erwecken, als ob sie sich vor dem Regieren fürchtete, als ob sie es schwierig fände mit anderen.

Wir müssen uns was zutrauen, und dieses Zutrauen müssen wir auch ausstrahlen. Nur dann können wir die Bürgerinnen und Bürger auf unsere Seite ziehen.

(Beifall)

Und die Sozialdemokratische Partei muss sich erneuern. Alles das, was hier gesagt worden ist, ob von Kevin, ob vom Parteivorsitzenden oder von vielen anderen, das ist wahr. Es kann auch nicht so sein, dass man so seine Strichlisten macht, wie oft das Wort Erneuerung gefallen ist.

Wir brauchen eine Veränderung. Wir müssen uns neu aufstellen. Es hat sich was geändert. In der Welt, in den wirtschaftlich erfolgreichen Staaten, auch in Deutschland gibt es Zukunftsängste. In einer Zeit, in der wir einen der höchsten Beschäftigungsstände seit Ewigkeiten haben, gibt es Existenzängste von Bürgerinnen und Bürgern für sich oder ihre Kinder oder ihresgleichen.

Das hat was zu tun mit diesen ausgelutschten Stichwörtern von Globalisierung und Digitalisierung im technischen Wandel, die ganz konkret bedeuten, dass jemand, der eben noch eine gut bezahlte Facharbeit hat, Angst hat, dass er zu Mindestlohnbedingungen beschäftigt wird.

Wir müssen darauf eine Antwort geben. Das ist der inhaltliche Teil der Erneuerung.

(Beifall)

Es ist im Übrigen der Teil, den wir nicht nur für uns, sondern für die sozialdemokratischen Parteien dieser Länder mitformulieren müssen, weil es eine Zukunftsfrage ist, die sich neu stellt.

Und es ist eine Antwort - auch das wissen wir, und auch das steht da -, die wir nur geben können in dem Zusammenhang der Europäischen Union. Wir sind nicht deshalb für Europa, weil das eine gute Sache ist, wenn man darüber redet, sondern weil es für jeden Arbeitnehmer, für jeden Bürger, jede Bürgerin dieses Landes wichtig ist, dass wir die Europäische Union auf einen richtigen Pfad bringen, in der sie in der

Lage ist, Politik zu machen und die Sorgen, die wir haben, in Angriff zu nehmen. Das ist die Aufgabe.

(Beifall)

Also dürfen wir unseren Erneuerungsprozess nicht aus dem Verhältnis zur Union bestimmen. Was hat die Union mit unserer Erneuerung zu tun? Die Antwort auf diese Frage ist: rein gar nichts!

(Beifall)

Ob wir in der Regierung sind oder in der Opposition, ob wir uns in Wahlkämpfen befinden, diese Fragen zu beantworten, uns organisatorisch neu aufzustellen, dafür zu sorgen, dass junge Leute sich für uns begeistern, dafür zu sorgen, dass wir die Fragen der Zukunft, die sich jetzt stellen, beantworten können, das ist etwas, was wir hinkriegen müssen.

Und wir müssen es übrigens im Hinblick auf eines tun, mit einem Ausblick für die Zukunft, der für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ganz, ganz zentral ist: Wir sind eine optimistische Partei. Wir glauben, dass demokratische Politik das Leben besser machen kann. Wir dürfen es nicht dazu kommen lassen, dass die Vorstellung existiert, dass man nur noch die besseren alten Zeiten verteidigen kann. Unsere Aufgabe ist aber keine Zukunftsapologetik à la FDP. Unsere Aufgabe ist zu sagen: Es könnte auch klappen, weil wir die richtigen Vorstellungen dazu haben, wie trotz all dieser Veränderungen ein besseres Leben möglich ist. Das ist unsere Aufgabe. Mit uns zieht die neue Zeit. Und Optimismus, das muss uns ausdrücken, und das soll dieser Antrag tun.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Olaf, vielen Dank für diesen Bericht der Antragskommission. Wir steigen wieder in die Debatte ein. Als nächster Redner hat das Wort Karl Lauterbach. Ihm folgt Sylvia Kunze.

Fortsetzung der Beratung der Aufnahme von weiteren Verhandlungen zur Regierungsbildung und Abstimmung zum weiteren Vorgehen

Karl Lauterbach, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen!
Zunächst einmal mein Kompliment an Kevin, der eine sehr gute Rede gehalten hat.

(Vereinzelt Beifall)

- Kann man ruhig klatschen. - Ich bin trotzdem anderer Meinung. Ich will das auch begründen. Zunächst einmal: Jeder, der hier sitzt, weiß, seit Jahren kämpfe ich für rot-rot-grün. Für mich ist eine Große Koalition ein politischer Alptraum. Ich habe über Jahre hinweg für die Bürgerversicherung gekämpft. Wir haben bei den Sondierungsergebnissen in diesem Punkt nichts erreicht.

(Vereinzelt Beifall)

Trotzdem bin ich der Meinung, wir sollten weiterverhandeln. Das will ich begründen. Mich überzeugen die Argumente der Gegenseite nicht.

Ich fange mal an: Es wird gesagt, wir haben zu wenig erreicht, keine Bürgerversicherung, kein Verbot der sachgrundlosen Befristung. Wir haben keine höhere Steuer für Reiche erreicht. Ja, glaubt denn irgendjemand im Raum, wir würden das erreichen, wenn wir nicht mitregieren? Das wird doch dann erst recht nicht kommen.

(Beifall)

Das wird nicht bei Jamaika kommen. Das wird selbst bei einer Minderheitsregierung, die es nicht geben wird, niemals kommen, weil im Parlament die Mehrheiten dafür nicht sitzen. Das wird nicht kommen, wenn wir in der Opposition sind. Das wird nicht kommen.

Mich nervt es auch, dass das, was wir erreicht haben, kleingeredet wird. Es wird zum Teil gar nicht erreicht. Es sind aber keine Kleinigkeiten. Ich habe zwölf Jahre für die Wiedererlangung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung gekämpft, zwölf Jahre!

(Beifall)

Das wird reduziert, indem man sagt: Das haben wir doch selbst abgeschafft. Das stimmt. Ich habe damals, 2006, dagegen gestimmt. Ich habe gegen den Gesundheitsfonds gestimmt. Da hat Struck gesagt, ich soll mal die Schnauze halten. Aber gerade weil wir es abgeschafft haben, sind wir in der Pflicht, es wieder einzuführen, wenn wir können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir können 8.000 Fachpflegekräfte sofort einstellen, wenn wir hier mitregieren. Diese 8.000 Fachkräfte, das sind die einzigen ausgebildeten Kräfte, die überhaupt derzeit auf dem Markt sind. Mehr bekommen wir nur, wenn dort besser bezahlt wird. Dafür müssen wir die Tarife umsetzen. Das haben wir im Sondierungsergebnis erreicht. Das käme sonst niemals!

(Beifall)

Ich danke daher ausdrücklich Frank Bsirske, der das unterstützt, mit dem ich noch vor zwei Tagen lange darüber gesprochen habe. Ein Gewerkschafter ist wie ein Arzt. Wir können niemanden mit einer Geschichte, mit einem Narrativ heilen. Das kann kein Arzt. Wir brauchen konkrete Ergebnisse. Was sage ich denn den Pflegekräften, wenn sie die Unterstützung nicht bekommen? Was sage ich den Angehörigen? Was sage ich zu den Pflegenden? Wir arbeiten an unserem Narrativ. Darum können wir euch derzeit noch nicht helfen. Das kann ich nicht vermitteln, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben es geschafft, dass auf allen bettenführenden Abteilungen Mindeststandards für das Personal eingeführt werden und dass die damit einhergehenden Tarifsteigerungen zu 100 Prozent refinanziert werden. Das sind Durchbrüche. Das würde ohne uns niemals kommen. Auch das müssen wir sehen.

Ich komme zum Schluss; meine Zeit ist abgelaufen. Noch einmal zurück zu Kevins Rede, die mir gut gefallen hat. Ich sage: Wir machen uns selbst zu Zwergen, wenn wir uns einreden, wir können nur glaubwürdig sein in der Opposition. Es ist die Kunst, in der Regierung glaubwürdig zu sein.

Vielen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt hat Sylvia Kunze aus Hessen-Süd das Wort. Ihr folgt Rudolf Scharping.

Sylvia Kunze, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde es nicht in Ordnung, dass hier nahezu von jedem Genossen und jeder Genossin des Parteivorstands das Bild gestellt wird, das Narrativ aufgemacht wird, wir haben nur zwei Optionen, nämlich entweder das Kleinbegeben in der dritten Großen Koalition oder den Gang in Neuwahlen.

(Beifall)

Ehrlich gesagt, als wir beim letzten Parteitag gesagt haben, wir können uns demokratischen Gesprächen nicht verweigern, wir müssen doch mal reden, und wir reden ergebnisoffen in alle Richtungen, da hatte ich mir etwas anderes vorgestellt, als dass wir dann am Ende sagen, liebe Malu: Angela Merkel will keine Minderheitsregierung. Deswegen müssen wir jetzt in die Große Koalition.

(Beifall)

Das war doch klar, dass Angela Merkel keine Minderheitsregierung will.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir reden heute auch darüber: Womit befördern wir den Rechtsruck in Deutschland mehr, mit einer neuen Großen Koalition oder mit Neuwahlen? Ich habe das Gefühl, als reden wir die ganze Zeit über irgendwas, was in der Zukunft stattfindet. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, der Rechtsruck in Deutschland ist doch längst da. Bei der letzten Bundestagswahl hat die AfD doch nahezu komplett das Themenspektrum dominiert. Und wir haben es nicht geschafft, dem etwas entgegenzusetzen mit einer klaren sozialdemokratischen Alternative, weil wir es eben nicht schaffen, klarzumachen, dass es in diesem demokratischen Spektrum zwei große Blöcke gibt, die man alternativ wählen kann und die dann am Ende auch unterschiedliche Politik machen.

(Beifall)

Die AfD hat die Themen der Bundestagswahl dominiert. Die Themensetzung und die politische öffentliche Debatte zur Begleitung der Sondierungen hat nicht die AfD, aber die CSU mit den gleichen Thesen dominiert.

(Beifall)

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist aus meiner Sicht unser Politikversagen.

Dass die AfD jetzt mit 12,5 Prozent im Deutschen Bundestag sitzt, ist das Ergebnis der zweiten Großen Koalition.

(Beifall)

Und das war eine Große Koalition, in der die SPD hart für ihre politischen Inhalte und für ihre Leuchtturmprojekte gekämpft hat und den Mindestlohn durchgesetzt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Was mich noch mehr umtreibt als das Grundsätzliche, ist die Frage, wie wir es jetzt tatsächlich und real schaffen wollen, in einer erneuten Großen Koalition, in der wir nicht so viele sozialdemokratische Leuchtturmprojekte haben und in der das sozialdemokratische Profil nicht so erkennbar sein wird wie 2013, durchsetzen, dass wir wirklich eine andere, wahrnehmbare Partei sind und diese Erneuerung schaffen.

Genossinnen und Genossen, wir dürfen nicht nur von Erneuerung reden. Geredet haben wir genug. Wir müssen sie auch machen, und deswegen müssen wir diese dritte Große Koalition ablehnen.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt kommt Rudolf Scharping. Ihm folgt Manuela Schwesig.

Rudolf Scharping, ehemaliger Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! In meinen 70 Jahren habe ich 52 in der SPD verbracht. Als ich eintrat, redete noch niemand von einer Großen Koalition. Die kam dann 1966. Der Bundestagswahlkampf war 1969. Zu dieser Zeit war ich aus der SPD ausgeschlossen: Wegen Protest mit den falschen Leuten gemeinsam gegen den Vietnam-Krieg. Wegen Protest gegen die Notstandsgesetze.

Das hat sich dann geändert mit der Mitgliedschaft. Man kann in der SPD viel erleben.

(Heiterkeit)

Eines sollte man nicht verändern: Die Gewissheit, dass die Sozialdemokratie in Deutschland die einzige politische Kraft ist, die die Interessen und Fähigkeiten der Leistungsstarken mit den Interessen und Notwendigkeiten der Schutzbedürftigen verbindet.

(Beifall)

Die einzige Partei, die in der Lage ist, Herausforderungen der Gegenwart im Lichte der Zukunft zu beantworten. Die einzige Partei, die nicht Menschen gegeneinander treibt, wie es Rechtspopulisten und andere Dummköpfe tun.

(Beifall)

Wenn das so ist, dann gibt es ein paar Fragen, und das war meine Absicht, euch ein paar Fragen zu stellen. Liegt es an Frau Merkel und ihrem ruhigen, scheinbar geschickten Stil von Politik, oder liegt es an uns, wenn die Erfolge sozialdemokratischer Politik nicht sichtbar werden und im Bewusstsein sind?

(Beifall)

Machen wir nicht denselben Fehler wieder, wenn wir sagen - und ich komme ein bisschen in der Welt herum, in China, in den USA -, dass eine Stärkung Europas die einzige Chance ist, für ein bestimmtes Modell menschlichen Zusammenlebens einen ganzen Kontinent zu einen? Wenn man dann sagt, das sei kein Leuchtturm, dann wird genau das wiederholt, was uns so große Schwierigkeiten gemacht hat, die Erfolge von großen Koalitionen im Bewusstsein der Menschen zu halten.

(Beifall)

Wenn der soziale Kitt, der Menschen zusammenhalten soll - und hier sind viele Beispiele genannt worden -, dargestellt wird, liebe Genossinnen und Genossen, als vernachlässigbarer Kleinkram, und tatsächlich ist es ein Leuchtturm des Zusammenhalts und der Befestigung der Gesellschaft - ja, Gott im Himmel, wenn wir das untereinander nicht können, wer soll es uns dann glauben?

(Beifall)

Ist uns bewusst, dass wegen dieser Schwierigkeiten die SPD in der letzten Bundestagswahl die meisten Stimmen an die AfD verloren hat? Ist uns bewusst, dass wir 1969 - damit habe ich begonnen - auch schon einmal die Erfahrung gemacht haben des ruchlosen Übergangs tausender und abertausender Wählerinnen und Wähler von der Sozialdemokratie direkt zur NPD und heute zur AfD?

Fragen wir uns selbst: Ist es nicht so, dass wir neben dem Mangel an Stolz auch noch etwas anderes zu verantworten haben? In der Zeit, in der ich Mitglied der SPD bin, hat die SPD 31 Jahre regiert. Wir können nicht sagen, wir hätten mit dem Zustand des Landes nichts zu tun. Wir können auch nicht sagen, wir seien nicht stolz auf den Zustand des Landes. Wenn wir aber - und das ist dann mein letzter Hinweis -

so weitermachen wie bisher, nämlich in der Zeit seit 1990 in 28 Jahren elf Parteivorsitzende zu haben, bei jeder Bundestagswahl einen neuen Kanzlerkandidaten, dann wirft das eine andere Frage auf. Sorgt dafür, dass der seinen Job als Parteivorsitzender glaubwürdig machen kann! Andere können dann in der Regierung umsetzen, was die SPD will. Wenn wir diesen Weg nicht gehen, wie wollt ihr denn dann verhindern, dass wir da landen, wo die französischen Sozialisten und die niederländischen Sozialdemokraten schon sind? Wir haben doch gar nicht mehr so viel, als dass wir das verlieren könnten, was die Niederländer in einer einzigen Wahl vergeigt haben. Hört auf mit dem Unsinn! Sorgt dafür, dass wir die Fragen der Zukunft im Interesse der Menschen beantworten, anstatt hier auf Parteitag ein Hochamt der Demokratie aufzuführen, von dem die Mehrheit der Menschen allerdings glaubt, das sei der Ausweis besonderer Zerrissenheit.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Nun Manuela Schwesig. Ihr folgt Christian Reinke.

Manuela Schwesig, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir führen heute eine schwierige Debatte, und jeder und jede von uns weiß, dass „Ja“ oder „Nein“ heute ganz besonders bedeutend ist. Ich weiß aus den vielen Gesprächen, die ich in den letzten Wochen hatte, dass es viele gibt unter uns hier, aber auch an der Basis, die darauf vertraut haben, dass wir, wenn wir am Wahlabend sagen, wir gehen nicht in eine erneute Große Koalition, das dann auch so machen. Ich selbst habe das so vertreten - es gab jetzt nicht so viele, die am Wahlabend alle ihre Köpfe rausgehalten haben - in dem Glauben, dass wir das auch so machen. Deshalb kann ich jede und jeden verstehen, der jetzt unheimliche Bauchschmerzen hat und sich fragt: Können wir denn jetzt wieder einen anderen Weg gehen?

Ich glaube, zu einer ehrlichen Debatte gehört auch Selbstkritik. Dass wir, obwohl wir es so gesagt haben, uns dann mehr als acht Wochen lang nicht auf den Fall eines Scheiterns von Jamaika vorbereitet haben, nicht in der Führung mit der Fraktion überlegt haben, was das dann bedeutet und welchen wir Weg dann gehen würden, das war ein Fehler.

(Beifall)

Den Fehler haben wir in der Parteiführung gemacht. Den haben weder die Basis noch die Delegierten gemacht.

(Beifall)

Ich spreche das so klar aus, weil ich ja weiß, dass wir hier auch eine Vertrauensdebatte führen, dass viele sagen: „Ja, das sind gute Ergebnisse. Aber können wir denn wirklich darauf vertrauen, dass das diesmal auch so umgesetzt wird, dass wir dabei auch unser Profil zeigen und dass wir am Ende etwas für die Menschen erreichen, aber selber nicht dabei unter die Räder kommen? Das ist doch das, was viele dabei umtreibt. Deshalb will ich ganz klar sagen: Ich selber habe erlebt, dass man in einer großen Koalition ein Themenfeld wieder zurückerobern kann, weil wir gemeinsam gestanden haben, weil wir gute Ideen hatten und weil wir uns gerieben und gestritten haben mit den anderen.

Jetzt, vier Monate nach der Wahl, interessiert, ehrlich gesagt, viele Bürgerinnen und Bürger gar nicht mehr, was wir in den einzelnen Wochen debattiert haben, sondern mich sprechen viele an und sagen: „Mensch, Frau Schwesig, in einer Zeit, wo die Welt so unruhig ist, kann es doch nicht sein, dass unser Land keine Regierung hat. Machen Sie was daraus!“ Diesen Wunsch der Bürgerinnen und Bürger können wir nicht einfach ignorieren.

Deshalb habe ich mich nach dem Auftrag vom letzten Parteitag mit anderen - zum Beispiel mit Hubi - auf den Weg gemacht und gesagt: „Okay, dann wollen wir mal sehen, ob diesmal mehr geht mit der Union.“ Und ich will euch sagen: Im bildungs- und familienpolitischen Bereich können wir einen Durchbruch erzielen. Denn eines gehört auch zur Ehrlichkeit: Seit Jahren sprechen wir in der Sozialdemokratie davon, dass wir endlich die Kinderarmut bekämpfen müssen. Seit Jahren sprechen wir davon, dass es endlich mehr Bildungschancen für Kinder geben muss. Wir haben oft in den Ländern und da, wo wir auch im Bund regiert haben, Dinge unternommen, zum Beispiel den Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende. Aber es waren immer kleine Schrauben. Und diesmal präsentieren wir euch eine Megainvestition in die Bildungskette, gebührenfreie Kita, Ausbau von Ganztagschulen, Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, Stärkung der beruflichen Bildung, die bisher irgendwie immer das fünfte Rad in Bildungspolitik ist, Verstärkung der Gelder in den Hochschulen, Erhöhung des BAföG, bis hin zur Weiterbildung.

Es ist der sozialdemokratische Weg der Bildungskette und ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Kinderarmut.

1 Milliarde Euro! Ich habe mit dem Schäuble um 80 Millionen für den Kinderzuschlag gestritten. Wir hätten jetzt 1 Milliarde, um richtig was für 2 Millionen Kinder zu machen. Und da sage ich euch, liebe Genossinnen und Genossen: Da kann man nicht einfach so sagen, da verhandele ich nicht weiter. Das ist ein Paket, mit dem wir in der Republik wirklich etwas verändern könnten. Das wird niemand anderes außer uns machen. Es ist ein Paket, mit dem unsere Leute, wenn wir zu einem Koalitionsvertrag und zu einer Mehrheit im Mitgliedervotum kommen, tatsächlich etwas bewegen könnten, und zwar vor allem für die Kinder, die ansonsten oft gar keinen haben, der sich um sie kümmert - und keine Lobby haben.

Verbunden mit dem sozialen Arbeitsmarkt - das ist mein letzter Punkt - könnten wir Kindern, die jetzt die Perspektive haben, dass ihre Eltern hart arbeiten, aber am Ende trotzdem Sozialhilfe bekommen, weil es nicht ausreicht, oder Kindern, die nicht einmal diese Perspektive haben, weil ihre Eltern schon immer langzeitarbeitslos sind, endlich Perspektiven geben. Und dann muss es das Mindeste sein, dass wir versuchen, in Koalitionsverhandlungen das dingfest zu machen und andere Punkte, die uns noch wichtig sind, auszubauen.

Für diesen Weg werbe ich - gerade bei denen, die große Bauchschmerzen haben, weil ich sie verstehen kann. Ich habe die auch. Aber am Ende zählt auch, dass wir vor die Menschen treten und sagen: Da können wir ganz konkret etwas verbessern - für euch und vor allem für die, an die sonst keiner denkt.

Für diesen Weg werbe ich, und ich bitte gerade die, die Bauchschmerzen haben und noch nachdenken, den Weg für weitere Verhandlungen freizumachen.

(Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Das Wort hat gleich Halice Kreß-Vannahme, und ihr folgt Reinhard Brüggemann.

Christian Reinke, Mecklenburg-Vorpommern: Liebe Genossinnen und Genossen, ich hatte die Ehre - ich betrachte das als eine solche -, Bundestageskandidat unserer Partei in Rostock und Umgebung zu sein. Ich hatte einen prominenten Gegenkandidaten; das war Dietmar Bartsch. Aus diesem Wahlkampf möchte ich euch von ein, zwei, Erfahrungen berichten.

Eine der Erfahrungen war immer, dass die Leute gesagt haben: Ja, schön, dass das mit der sachgrundlosen Befristung fallen soll, schön, dass ihr euch für soziale Gerechtigkeit engagieren wollt - bei der Rente, bei der Familie -, aber wir glauben euch das nicht mehr. Als ich dann meine eigene persönliche Situation in die Waagschale warf, konnte ich persönliches Vertrauen gewinnen, aber die Leute haben gesagt: Aber eurer Partei glaube ich das trotzdem nicht mehr.

Als ich dann gesagt habe: Na ja, wir wollen aber die Merkel ablösen, um die Politik in diesem Land zu verändern, dann haben die gesagt: Nein, ihr wollt doch sowieso wieder nur auf Muttis Schoß. - Ich konnte das ganz, ganz vielen Leute nicht ausreden, liebe Genossinnen und Genossen.

Es ist ja heute gesagt worden: Man muss in der Großen Koalition ja nicht unbedingt klein werden. Als Beleg dafür wird immer der sogenannte Schulz-Hype hervorgezogen, bei dem man ja gesehen hätte, dass man in Umfragen kurzfristig auch mal bei 30 Prozent landen könne.

Was ist denn dieser Schulz-Hype eigentlich? Der Schulz-Hype war die Projektion darauf, dass die SPD für einen kurzen Moment als Alternative zur CDU dastand. Die Menschen in diesem Land wollen die SPD als Alternative zur CDU.

(Beifall)

Martin hat heute davon gesprochen, dass wir den Neoliberalismus eindämmen müssen. Ja, Genossinnen und Genossen, das Scheitern von Jamaika wäre die Chance gewesen, die neoliberale Spielordnung zu durchbrechen und die SPD als Alternative zur Union zu positionieren, und wir haben die Chance verbockt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wohin das führt, kann man ja wunderbar in unserem Nachbarland erleben. Ich bin auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Wo ewige Große Koalitionen landen, haben wir heute ja schon mehrfach gehört.

Das Sondierungsergebnis ist gerade nicht der Bruch mit dem Neoliberalismus. Ich denke nur daran, dass wir auf dem Arbeitsmarkt teilweise noch Altlasten aus der letzten Koalition erledigen und dass wir sonst nicht sehr viel gegen Teilzeit und befristete Beschäftigungsverhältnisse tun. Das Thema „Sachgrundlose Befristung“ steht nicht drin, und - das haben die meisten noch gar nicht gelesen - die Ausweitung

der Minijobs steht darin. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist nicht das, was ich mir unter dem Bruch mit dem Neoliberalismus vorstelle.

(Beifall)

Die Partei ist ja immer sehr stolz auf ihre Geschichte. Ich muss sagen: Ich verstehe nicht, dass dem Parteivorstand einer Partei, die einen Parteivorsitzenden wie Willy Brandt hatte, nicht die Schamesröte ins Gesicht kommt, wenn sie ein Papier unterschreibt, in dem „Aufnahmezentren für Flüchtlinge“, „Obergrenzen“ und „Familiennachzug“ stehen.

(Beifall)

Selbst wenn hier gesagt wurde, liebe Genossinnen und Genossen, das seien keine Obergrenzen, dann darf man der Union nicht durchgehen lassen, dass die das aber öffentlich behaupten und dass die sich dafür feiern, dass die Obergrenzen in dem Papier veranschlagt haben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin dafür, dass wir uns ehrlich machen. Das ist hier auch mehrfach gefordert worden. Zu diesem Ehrlich-Machen gehört, dass wir heute darüber entscheiden, ob wir die Große Koalition eingehen oder nicht. Wenn man ehrlich ist: Der Mitgliederentscheid hat am Ende nur die Chance, Ja zu sagen oder den Spuk am Ende abzublasen. Ich bin dafür, dass wir heute den Spuk abblasen, und ich möchte mit Erich Kästner schließen: „Nie dürft ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken“.

Lasst uns deshalb heute Nein zur Großen Koalition sagen!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Als Nächstes hat Halice Kreß-Vannahme das Wort, dann kommt Reinhard Brüggemann.

Halice Debora Kreß-Vannahme, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, das passt sehr gut, weil ich jetzt noch einige Punkte genauer ausführen kann.

Ich arbeite und engagiere mich im Bereich der Flüchtlingsberatung. Dazu habe ich natürlich auch ein paar Anmerkungen.

Beim Thema Familiennachzug hat mich beim ersten Lesen vor allem die Formulierung gestört, dass man so tut, als würden Eltern ihre Kinder vorschicken, um selbst in Sicherheit nachzureisen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich finde, einen solchen Vorwurf an Eltern zu erheben, ist sehr, sehr schwierig, weil das sind Menschen, die versuchen, ihre Kinder zu schützen. Die versuchen nicht, ihr Kind in ein Boot zu schicken, um dann selber nachzureisen.

(Beifall)

Es mag natürlich Ausnahmen davon geben, aber ich glaube, die Regel ist, dass Eltern mit allen Mitteln versuchen, Ihre Kinder zu schützen.

Genau zu dem Punkt auch: Ich finde, die Beschränkung des Familiennachzugs widerspricht einem anderen Punkt im Sondierungspapier, nämlich der Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz.

(Beifall)

Die Kinderrechtskonvention - Artikel 7 und 22 etwa - formuliert das Recht auf Eltern und das Recht auf Unterstützung beim Finden der Eltern. Das würden wir dadurch aushebeln.

Dann auch natürlich zu dem Antrag meines eigenen Landesverbandes: Er ist für mich in diesem Fall eine Schönheitskorrektur, weil eine Härtefallregelung wirklich nur einen Minimalanteil an positiven Aspekten birgt. Deswegen finde ich das eigentlich nicht der Rede wert.

Zum Thema Ankereinrichtung habe ich zwei Fragen:

Wie verhindern wir, dass die CDU und die CSU, die nun einmal auch Teil dieses Sondierungspapiers waren, ein Sachleistungsprinzip vor Ort in diesen Ankereinrichtungen einführen? Ein Sachleistungsprinzip bedeutet, dass es eher eine Bevormundung ist. Wird das auch verhindern, dass Leute einen frei wählbaren Anwalt benutzen können?

Dann: Zu Familien ohne Bleibereichtsperspektiven steht dort auch nicht geklärt, wie ein Schulrecht umsetzbar ist, ob Kinder also innerhalb der ersten sechs Monate, die

sie dort vielleicht verbringen, zur Schule gehen dürfen oder ab wann sie es dürfen. Das ist für mich, finde ich, elementar, und das sollte es auch für uns sein, wenn wir hier die ganze Zeit davon reden, dass wir für Familien und Kinder so viel tun.

(Beifall)

Zum Thema „Sichere Herkunftsstaaten“: Hier steht: „eine regelmäßige Anerkennungsquote von unter 5 Prozent“. Das finde ich interessant, weil die Anerkennungsquoten laut BAMF im letzten Jahr - Januar bis November 2017 – betragen: für Marokko 10,2 Prozent, für Tunesien 6,1 Prozent, für Algerien 5,2 Prozent. Ich bin mir relativ sicher, dass Ausländerbehörden nicht umsonst da mehr Leute anerkennen.

Deswegen würde ich gerne wissen, was da eine Regelmäßigkeit ist und ob ich mir das aussuchen kann. Ist es so: „Die letzten fünf Jahre gucken wir mal, ob es unter 5 Prozent sind, damit wir sie dann zu sicheren Herkunftsstaaten erklären können“?

Dann noch eine inhaltliche Frage, bevor ich zum Schluss komme: Was bedeutet eine dauerhafte Bleiberechtsperspektive? Laut humanitärem Aufenthaltsrecht sind es circa fünf Jahre. Sind also Integrationsmaßnahmen, die für Leute mit dauerhafter Bleiberechtsperspektive vorgesehen sind, erst nach fünf Jahren möglich? Oder wie beschreibe ich Menschen, dass sie etwas dürfen oder dass sie keine Sprachkurse machen dürfen?

Zum Abschluss tatsächlich ein Dank an den Parteivorstand. Ich habe es durch eine Nachricht an den Generalsekretär hinbekommen, dass Boris Pistorius zumindest versucht, mir zu erklären, wo ich dafür stimmen soll. Es hat tatsächlich in Teilen, wie man sieht, auch geklappt. Es ist wesentlich kürzer als die halbe Stunde, die wir telefoniert haben, trotzdem ist es nicht so weit, dass ich jetzt einer Großen Koalition oder dem Sondierungspapier zustimmen könnte. - Danke.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Reinhard Brüggemann! Ihm folgt Ilse Brusis.

Reinhard Brüggemann, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! In Sondierungs- und Koalitionsgesprächen zeigt sich Politik als Kunst des Möglichen.

Wer diese Kunst nicht versteht und nach dem Unmöglichen greift, muss gehen, ohne irgendetwas erreicht zu haben. Neudeutsch nennt man das neuerdings „Lindnern“.

Ich bin mir sicher, dass unsere Verhandlungsdelegation, angeführt von Martin und Andrea, gerne noch mehr an sozialen und sozialdemokratischen Themen und Punkten durchgesetzt hätte - all jene Punkte, die nun nicht im Sondierungspapier enthalten sind und die wir alle dort allzu gern gelesen hätten.

Wir sind angetreten, uns für mehr Gerechtigkeit einzusetzen. Ich finde es gerecht, dass die Menschen, die 35 Jahre und mehr gearbeitet haben, jetzt eine Grundrente bekommen sollen, die 10 % oberhalb der Grundsicherung liegt.

(Vereinzelt Beifall)

Ja, ich finde es auch gerecht, dass Menschen, die ihr Leben lang für ihr kleines Häuschen oder ihre eigene Wohnung geackert und gerackert haben, nun nicht mehr mit der Angst leben müssen, das alles zu verlieren, nur weil sie einen Antrag beim Amt stellen, um ihre Existenz zu sichern.

Ich finde es gut, dass die Beiträge zur Krankenversicherung künftig wieder im gleichen Maße von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden. Auch die Abschaffung des Solis für kleine und mittlere Einkommen ist eine gute Sache, weil sie sich direkt auf das Nettoeinkommen auswirkt.

Wir alle werden älter und damit nicht unbedingt mobiler. Daher müssen wir uns darum kümmern, dass auch in ländlichen Regionen die ärztliche und pflegerische Versorgung erhalten bleibt. Das steht im Sondierungspapier. Ich habe hohe Achtung vor den Menschen, die in der Pflege arbeiten. Wenn ich aber sehe, zu welchen Bedingungen und für welchen Lohn, dann schäme ich mich manchmal dafür, dass dies in unserem so hoch gelobten Sozialstaat Realität ist. Daher finde ich es gut, dass auch hier klare Verbesserungen vereinbart worden sind - für die Betroffenen, die derzeit Pflege benötigen, für all jene, die in der Pflege arbeiten, und auch für uns alle und all jene von uns, die später einmal Pflege beanspruchen werden.

Es gibt so vieles, was jetzt möglich ist, wenn wir in weitere Verhandlungen eintreten: vom Aufbruch in ein demokratisches und solidarisches Europa über die Kinderbetreuung im Grundschulalter, einen sozialen Arbeitsmarkt bis zur Eindämmung rechter und radikaler Strömungen. Wir können dafür sorgen, dass Europa eine starke Stimme für Freiheit und Demokratie bleibt. Wollen wir alle das gegen die Möglichkeit eintauschen, vier Jahre lang über unsoziales Handeln einer anderen Politik meckern zu dürfen? Wir wollen den Menschen draußen erklären,

dass wir als Sozialdemokraten auf all das verzichten? Wollen wir sagen, wir sind zu sehr mit uns selbst beschäftigt?

Ich erzähle den Menschen gerne, was sich alles verbessern wird, und ich kann euch alle dazu auffordern, das auch zu tun.

Ich komme zum Schluss. Lieber Martin, im März 2017 haben wir dich zu unserem Parteivorsitzenden gewählt. Damals herrschte eine Euphorie, die manchen Christen an den biblischen Einzug des Erlösers am Palmsonntag erinnert hat. Nun, nicht einmal zehn Monate später, müssen wir alle, die damals Hosianna gerufen haben, fragen, ob sie dem biblischen Vorbild folgen und nun zur Kreuzigung aufrufen wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns weiter schreiten Seit' an Seit'! Denn nur so kann es gelingen! - Danke schön.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ilse Brusis! Ihr folgt Ruppert Stüwe. Dann, liebe Andrea, würden wir den Bericht aus der Bundestagsfraktion hören.

Ilse Brusis, Seniorenrat: Liebe Genossinnen und Genossen! Man sieht es mir wahrscheinlich an: Ich spreche hier für den Seniorenrat der SPD. Für alle, die nicht so ganz genau wissen, was der Seniorenrat ist: Das sind einige erfahrene Kolleginnen und Kollegen, frühere Ministerinnen und Minister, Abgeordnete. In allen möglichen Funktionen haben sie gearbeitet. Aufgrund ihrer Erfahrungen sind sie jetzt berufen worden, den Parteivorsitzenden, den Parteivorstand, die Partei zu beraten.

Wir haben gestern lange zusammen gesessen, haben über das Sondierungspapier gesprochen und haben uns gesagt: Wenn, wann nicht jetzt, ist der Zeitpunkt gekommen, zu dem wir auf dem Parteitag auch einmal etwas aus der Sicht des Seniorenrates sagen müssen und einen Rat geben müssen?

Unser Rat ist ganz eindeutig: Setzt die Verhandlungen fort! Es sollte zu Koalitionsverhandlungen auf der Grundlage des Sondierungspapiers, auf der Grundlage unseres Wahlprogramms kommen. Wir sind sicher, dass an der einen oder anderen Stelle auch noch Präzisierungen kommen, die wir begrüßen werden, und möglicherweise auch noch neue Punkte in die Diskussion kommen. Über diese Punkte brauchen wir jetzt nicht zu sprechen und zu sagen: „Nur dann, wenn das

kommt - - -!“ Nein, man sollte aufgrund dieser Verhandlungen noch versuchen, das herauszuholen, was herauszuholen ist.

Ich sage euch: Selbst wenn wir dann in einer Regierung sind, wird nicht alles im Koalitionsvertrag stehen, was unsere Minister und Ministerinnen machen. Ich habe mich in den letzten Tagen gefragt: Was von der neuen Ostpolitik Willy Brandts, die bis heute hoch gelobt wird, für die wir bis heute dankbar sein können, hat eigentlich je in einem Koalitionsvertrag gestanden?

(Vereinzelt Beifall)

Dann muss man doch einmal fragen: Ist es nicht gut, sozialdemokratische Ministerinnen und Minister im Amt zu haben, die aufgrund dessen, was sie in diesem Amt selbst bewirken können, dann noch sozialdemokratische Politik machen? - Ich war in der letzten Legislaturperiode froh, dass Manuela Schwesig im Jugend- und Familienministerium saß und die Mittel für die Vereine und Initiativen für den Kampf gegen rechts erhöht hat.

(Beifall)

So etwas machen Sozialdemokraten, die in der Regierung sind! Sollen wir diese Chance aus der Hand geben? Sollen wir sagen: „Es interessiert uns nicht, dass in dem Sondierungspapier auch Verbesserungen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen stecken, es interessiert uns nicht, dass die Gewerkschaften - unsere Partner! - sagen, da stehen positive Dinge drin, die sollte man umsetzen, das interessiert uns alles nicht, leider ist die Partei gerade in einer Vertrauenskrise und kann es leider nicht umsetzen, wir wollen es nicht umsetzen, weil wir eine ideenlose Kanzlerin haben“? - Teufel noch einmal, wenn die Kanzlerin ideenlos ist, dann lasst uns doch voller Ideen sein

(Beifall)

und voller Selbstvertrauen in eine solche Regierung gehen und sozialdemokratische Politik dort verwirklichen, wo sie verwirklicht werden kann! - Ich danke euch.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ruppert Stüwe! Dann hat Andrea das Wort.

Ruppert Stüwe, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin relativ froh, dass wir hier nicht mehr darüber diskutieren, ob der Parteitag eigentlich das Recht hat, hier mit Ja oder Nein zu entscheiden. Das hat mich in den letzten Wochen extrem geärgert. Denn ich war es, der den Antrag formuliert hat, dass wir schon unsere Mitglieder über das Ergebnis der Sondierungsverhandlungen abstimmen lassen. Wer jetzt sagt, dass wir hier mit Ja stimmen sollen, um den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, über den Koalitionsvertrag abzustimmen, dem sage ich: Ich beuge mich nur dem Verfahren, das der Parteitag beschlossen hat, und natürlich nehme ich mein Recht wahr, hier das Ergebnis der Sondierungsverhandlungen zu bewerten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben beschlossen, ergebnisoffen zu sondieren. Dann verwundert es mich jetzt schon, dass einige sagen: „Es gibt eigentlich gar keine gute Alternative“ oder „Alle anderen Alternativen wären schlechter als die Große Koalition“. Denn von dieser Ausgangsbasis - das hätte man doch vorher wissen können - kann man gar nicht in ergebnisoffene Sondierungen gehen, sondern dann hätten wir sagen müssen: Verdammt noch einmal, wir wollen Verantwortung übernehmen, und wir gehen in Verhandlungen mit dem Ziel, in der Regierung so viel einzubringen, wie wir als Sozialdemokratie gerade in die Waagschale zu werfen haben! - Aber ich finde, diese schrittweise Salamtaktik, in die Sondierungen und in die Große Koalition zu gehen, ist der falsche Weg für eine stolze Sozialdemokratie.

(Beifall)

Dann haben wir viel über Verantwortung geredet. Wir sollten wenigstens so ehrlich, offen zueinander und so mutig und stolz auf uns sein zu sagen: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten übernehmen Verantwortung im Bund, in den Ländern, in den Kommunen, und viele von denen, die hier sitzen, übernehmen ganz konkret Verantwortung für die Politik in diesem Land!

Das schließen wir nicht mit einer Entscheidung aus oder stimmen dem zu. Das entscheidet sich nicht an einer Entscheidung, sondern an dem, wie wir Sozialdemokratie und Politik leben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen lasst uns mit diesem Argument verantwortlich umgehen.

Übrigens: Diejenigen, die sagen, Verantwortung für dieses Land kann man nur in der Regierung übernehmen, hatten schon einige Gelegenheit, das zu sagen:

(Beifall)

schon am Wahlabend, schon auf dem letzten Parteitag und schon auf mehreren Parteivorstandssitzungen. Dann versteckt euch doch nicht immer hinter uns, sondern sagt das klar und offen, dass ihr in eine Regierung eintreten wollt, um sozialdemokratische Projekte umzusetzen, und dass ihr keinen anderen Weg seht, sozialdemokratische Projekte umzusetzen. Aber sich jetzt hinter der Veranstaltung zu verstecken und zu sagen: „Wir wollten schon immer in die Regierung, wir haben es euch bloß nicht gesagt“, das geht nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Eins treibt mich noch um - ganz kurz -: Uns fehlt ein bisschen der Mut. Ich glaube, wir haben gute Ergebnisse in dem Sondierungspapier, und wir haben ein gutes Wahlprogramm gehabt. Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin mutig genug, jederzeit aufzustehen und für die Sozialdemokratie in den Wahlkampf zu ziehen. Niemals sollten wir in eine Regierung gehen, weil wir Schiss vor einem Wahlkampf haben.

(Beifall)

Deswegen lasst und geradlinig, verantwortlich und mutig sein und selbstbewusst in die Opposition gehen.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt hat Andrea das Wort für den Bericht aus der Bundestagsfraktion. - Nur zur Vorbereitung: Ihr folgt dann Stephan Grüger.

Andrea Nahles, Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen, ich höre hier sehr aufmerksam zu. Heute einmal Zwerg sein, damit morgen wieder etwas Großes rauskommt, hat Kevin gesagt. Ich vermisse etwas an Erläuterung dazu. Was ist das „etwas“, was ist das „etwas Großes“? Darauf fehlt hier jede Antwort von den Kritikern am Weiterverhandeln. Was ist das „Große“? Ich habe

gestern - Sebastian Hartmann war dabei und kann es bezeugen - am Flughafen gesessen, da kam eine ältere Frau auf mich zu und sagte zu mir: Frau Nahles, wie geht denn das aus am Sonntag? Ich bin selber betroffen. Ich habe 35 Jahre gearbeitet und wenig verdient. Ich setze auf Sie. Ich möchte unbedingt, dass die Grundrente kommt. - Wir - Sebastian wird es bestätigen können - haben mit der Frau geredet und gesagt: Wir kämpfen dafür.

Das ist vielleicht in den Augen von vielen hier zu klein. Aber für diese Frau ist es was Großes, was wir erreichen können, ganz konkret.

(Beifall)

Ich bin in dieser Partei, weil ich immer was Großes im Kleinen gesehen habe, im Fortschritt ganz konkret für Millionen von Menschen. Deswegen habe ich den Mindestlohn durchgesetzt wie verrückt!

(Beifall)

Auch wenn die 4 Millionen Leute, die vom Mindestlohn profitieren, am Ende nicht alle SPD gewählt haben, habe ich trotzdem gedacht: Es war richtig.

Dafür bin ich in dieser Partei. Und ich frage euch: Was ist denn „etwas Großes“? Ich habe ganz klar an dieser Stelle - mir blutet das Herz; der Karl weiß das und die Malu; wir haben darüber stundenlang gerungen - nichts davon zurückzunehmen. Es gibt keine Begründung, warum ein Arzt für einen Privatversicherten das 2,5-Fache abrechnen kann wie für mich als AOK-Mitglied. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Wir können mit den Konservativen nicht alles durchsetzen. Deswegen sind wir doch eine eigenständige Partei!

(Beifall)

Deswegen heißen wir doch SPD! Und deswegen kämpfen wir auch morgen dafür, dass die Bürgerversicherung kommt!

(Beifall)

Wir geben doch die SPD nicht auf in dem Moment, wo wir uns entscheiden, mit den anderen zu regieren.

Und wenn ihr sagt, dass wir das in der Vergangenheit nicht gut genug gemacht haben, unsere eigene Position nicht deutlich genug gemacht haben - das haben hier viele vorgetragen -, dann habt ihr recht. Ich sage das für mich selbst. Ich war sehr ehrgeizig im Abarbeiten der Verhandlungsergebnisse, weil ich gedacht habe, das

bringt uns am Ende genug Profil. Das ist nicht so. Das ist die eine Wahrheit. Wir haben tatsächlich nicht genug eigenes Profil gehabt. Wir haben möglicherweise auch kommunikative Fehler gemacht; ja. Es ist aber genauso richtig, dass wir erfolgreich waren in vielem, was wir umgesetzt haben; auch das ist richtig.

Die dritte Wahrheit ist aber - damit müssen wir uns auseinandersetzen -, dass es tatsächlich so ist, dass wir auch in der letzten Opposition nur von 23 auf 25,7 Prozent gekommen sind. Da kann man nicht von einer blühenden Erholung in der Opposition reden. Die Wahrheit ist auch, dass viele sozialdemokratische Parteien bei unseren europäischen Nachbarn, ob sie nun regiert haben oder nicht, in derselben Malaise hängen. Denn offensichtlich - das ist das, was wir an Erneuerung brauchen - ist es uns bisher nicht gelungen, genügend Antworten für die Zukunft zu geben, den Leuten die Ängste zu nehmen und mehr Vertrauen zu generieren. Aber was um alles in der Welt hat das mit der Merkel, mit dem blöden Dobrindt und den anderen zu tun?

(Beifall)

Das ist ausschließlich unser Problem, das wir lösen müssen, und zwar jetzt! Jetzt müssen wir das lösen!

(Beifall)

Ich will und möchte keine Neuwahlen. Hier haben viele gesagt, gerade der Vorredner: Habt ihr Angst vor Neuwahlen? - Ich habe nicht Angst vor Neuwahlen, aber ich habe Angst vor den Fragen der Bürgerinnen und Bürger, wenn wir in Neuwahlen reingehen.

(Beifall)

Ganz einfache Fragen der Bürgerinnen und Bürger werden das sein. In drei Monaten, wenn die Neuwahlen kommen - darum brauchen wir nicht heruzureden; genau so kommt es -, werden wir mit demselben Programm dastehen. Wir werden noch die Bürgerversicherung und die sachgrundlose Befristung draufpacken; klar. Und dann sagen wir: Das ist unser Programm. - Und dann sagen die Bürger: Aber davon hättet ihr das meiste doch machen können. - Und dann sagen wir: Aber nicht 100 Prozent. - Und soll ich euch mal sagen, was ich glaube, was die Bürgerinnen und Bürger dann machen? Die zeigen uns einen Vogel.

(Beifall)

Und wisst ihr auch, warum? Die Bürgerinnen und Bürger werden dann sagen: Ach, die SPD macht jetzt nur noch Politik, wenn sie die absolute Mehrheit bekommt. -

Oder: Die SPD setzt auf ein wackliges Linksbündnis. - Wir alle hier im Raum wissen, dass ein solches Linksbündnis momentan keine gesellschaftliche und keine parlamentarische Mehrheit hat. Das ist doch Blödsinn, verdammt noch mal!

(Beifall)

Und an dieser Stelle sage ich euch: Das Einzige, was ich euch allen hier versprechen kann, ist: Wir werden die Koalitionsverhandlungen ernst nehmen. Verhandeln heißt auch, über sachgrundlose Befristung, über Härtefallklausel, heißt für mich, über Bürgerversicherung zu sprechen. Wir werden verhandeln, bis es quietscht auf der anderen Seite. Alles andere kann ich euch nicht versprechen. Ich weiß auch nicht, ob wir dann 100 Prozent von dem, was wir gerne wollen, nach Hause holen. Nein, das werden wir wahrscheinlich auch dann nicht. Aber wir werden verhandeln, und wir werden weitere gute Sachen rausholen. Dafür lohnt es sich, heute mit Ja zu stimmen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andrea. - Jetzt hat als Nächstes das Wort Stephan Grüger; ihm folgt Delara Burkhardt.

Stephan Grüger, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe in den letzten Wochen wie viele andere auch in meinem Wahlkreis und meinem Unterbezirk viele Gespräche geführt und viele Parteiveranstaltungen besucht. Und ich muss euch sagen: Unter den Genossinnen und Genossen, die ich da getroffen habe, habe ich nirgends eine Mehrheit für die Fortsetzung der Großen Koalition gesehen.

(Beifall)

Übrigens sagen mir auch viele Gewerkschaftsmitglieder, dass die Fortsetzung der Großen Koalition schlecht fürs Land sei. Da scheint es wohl auch Diskussionsbedarf innerhalb der Gewerkschaften zu geben,

(Vereinzelt Beifall)

wie ich feststelle, wenn ich mir die Statements der Gewerkschaftsspitzen anhöre. Und viele Parteimitglieder wiederum fragen sich, warum die Gewerkschaften jetzt die SPD in eine Große Koalition hineintrommeln, aber vor der Wahl nicht für die SPD getrommelt haben, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Auch die Frage stellt sich mir. Denn ich kann mich noch gut daran erinnern, dass ich die letzten vier Jahre regelmäßig die Hucke voll bekommen habe für die Politik, die wir gemacht oder nicht gemacht haben, wie auch immer. Es gab immer irgendwie Unmut darüber, dass das alles nicht so ist, wie die Gewerkschaften haben wollen. Ich würde mich freuen, wenn, egal was wir hier beschließen, wir in Zukunft wesentlich freundlichere Begleitung durch die Gewerkschaften nicht nur vor der Frage „Aufnahme von Koalitionsverhandlungen haben.

(Beifall)

Was also ist die Verantwortung der SPD, meinerwegen auch die staatspolitische Verantwortung? Besteht sie nicht darin, als linke Volkspartei die linken Ränder in die Mitte zu integrieren, wie es die Aufgabe der CDU/CSU ist, die rechten Ränder in die Mitte zu integrieren? Besteht unsere staatspolitische Verantwortung nicht darin, der Gegenpart von CDU/CSU zu sein?

(Beifall)

Aber wie kriegen wir es rüber, der Gegenpart von CDU/CSU zu sein, wenn wir erneut in die Ausnahmesituation einer Große Koalition hineingehen?

Das ist eine Frage, die nicht ohne Weiteres auflösbar ist, Genossinnen und Genossen. Die Menschen, die uns im März, April mit Umfrageergebnissen von über 30 % zugestimmt haben, die haben auch genau diese andere Rolle der SPD, diese Rolle als Gegenpart zu CDU/CSU, als eine Partei, die mit der neoliberalen Logik in der Republik, die mit der Kanzlerin bricht, die sagt, wir wollen das alles ganz anders machen - ich denke, das ist Grundlage dafür gewesen, dass wir da wir so gute Umfrageergebnisse hatten.

(Beifall)

Das sage ich auch denen, die jetzt sagen, bei Neuwahlen sind wir bei 15 % oder weniger. Der Appell an den Mut, den wir haben sollten, der sollte eher an die gehen, die jetzt die Partei kleinreden, so wie der Seeheimer Kreis, der sagt, 15 % werden wir bei Neuwahlen bekommen. - Nein, 30 % werden wir bekommen, wenn wir es richtig angehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall und Johlen)

Es ist doch nicht mutig, wenn man aus Angst vor Neuwahlen die SPD kleinredet, um das Ergebnis zu bekommen, das man gerne hätte. Wir kämpfen doch gemeinsam

dafür, 30 %, 40 % zu bekommen. Wir kämpfen um den Weg dahin. Aber wir müssen uns darüber einig sein: Das Ziel muss sei, stärkste Partei in unserem Land zu sein.

(Beifall)

Ich gehöre zu denen, die der Meinung sind, das Ziel erreichen wir nicht, indem wir uns weiterhin zum Wurmfortsatz von CDU/CSU machen.

Ich gehöre zu denen, die der Meinung sind, dass wir nur klarmachen können, was Sozialdemokratie ist, wenn wir keine Große Koalition fortsetzen. Ich akzeptiere, dass andere das anders sehen. Aber lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, diese Partei zur stärksten Partei in unserem Land zu machen und wieder den Kanzler zu stellen. Denn das ist die Zielsetzung, die wir alle haben, Genossinnen und Genossen.

Glück auf!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Delara Burkhardt. Ihr folgt Bernhard Daldrup.

Delara Burkhardt, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen, ich stand schon im Dezember hier und habe gesagt, warum wir Jusos, warum ich es für falsch halte, eine Große Koalition fortzuführen.

Da gibt es die offensichtlichen Gründe. Niemand bestreitet, dass eine Koalition, die 14 Prozentpunkte verloren hat, abgewählt ist, und zwar krachend. Genauso offensichtlich ist, dass wir uns mit der GroKo niemals irgendwo einrichten wollten, dass sie niemals ein Zukunftsprojekt war.

Aber mich bewegen noch viel mehr Gründe, für die man über das Jetzt und auch über das Morgen ein bisschen hinausdenken muss. Zwei Große Koalitionen haben nicht nur die Unterschiede in der politischen Landschaft bis zur Unkenntlichkeit verwischt, sie haben uns auch mutlos gemacht. Ich habe nämlich eine andere Definition von Mut. Ich finde es nicht mutig, immer den gleichen ausgetretenen Weg zu gehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und von der Mutlosigkeit ist es nur ein kleiner Schritt zur Angst. Den habe ich in dieser Debatte auch schon oft gehört. Oft spukt da das Schreckgespenst Neuwahlen

herum, weil sie die AfD zur zweitstärksten Kraft machen könnten und weil sie einen katastrophalen Einbruch der Sozialdemokratie zur Folge hätten.

Denken wir da doch einmal vier Jahre zurück. Wir hatten ein schlechtes Wahlergebnis. Die AfD ist mit 4,7 % knapp am Deutschen Bundestag vorbei gezogen. Und was war unsere größte Angst? Dass Neuwahlen kommen und wir abstürzen und die AfD ist dann doch im Bundestag. Es war damals die Angst, die uns in die Große Koalition getrieben hat, und es ist sie auch heute.

Wir können uns vier weitere Jahre klein machen. Wir können versuchen, mit dem Kompromiss die kleine Verbesserung zu suchen. Wir können versuchen zu verhindern, dass es mit den anderen noch schlechter wird. Das ist für mich schon der Geist, der in diesem Sondierungspapier steht.

Natürlich kann man nicht davon ausgehen, dass wir mit 20,5 % 100 % sozialdemokratische Politik bekommen. Niemand in diesem Raum, der auch vielleicht kritisch war, hat erwartet, dass sich ein Dutzend Sozis an einen Tisch setzen mit der Union und nichts mit nach Hause bringen. Was mich wundert, ist die Art der Kommunikation.

(Beifall)

Wenn man die Facebook-Seite der SPD anschaut, könnte man meinen, bei dem Sondierungsergebnis handelt es sich um eine Kopie unseres Wahlprogramms, liebe Genossinnen und Genossen. Da kann ich ein bisschen verstehen, warum Olaf Scholz Sorge hat, dass wir mit dem Sondierungspapier in den Wahlkampf ziehen müssen.

(Beifall)

Warum feiern wir denn beispielsweise die Sicherung der Rentenniveaus bis 2025, obwohl Expertinnen und Experten sagen, es erhält nur den Status Quo. Wieso hören wir denn nur in Delegationsbesprechungen von dem Ringen, von den schmerzlichen Kompromissen? In deiner Rede, lieber Martin, kam das heute viel zu kurz.

Zukunftsfragen werden mit Merkel ausgesessen. Am Beispiel Rente möchte ich sagen, dass es mit der Union keine Rentenreform geben wird, die meine Rente sichern wird. Eine Sozialdemokratie, die sich an den Erfolgen messen will, verliert den Blick auf das große Ganze und findet sich mit dem Status als Juniorpartner aber.

Sie ist eben auch die Sozialdemokratie, die rein gar nichts an ihrer Krise in Europa ändern möchte.

Lieber Martin, wir bekommen nicht Anrufe von Macron, wir bekommen Anrufe von Genossinnen und Genossen, von Clemence aus Frankreich, von Tuli aus Finnland,

(Beifall)

von Philipp aus Österreich, weil eben nicht nur in Deutschland darum gerungen wird, zwischen vermeintlicher Stabilität zu entscheiden und sozialdemokratischen Antworten die Zukunftsfragen beantworten zu lassen.

Es gibt noch einen Weg, einen Weg, von dem wir noch nicht genau wissen, wohin er führen wird. Wir hatten im letzten Frühjahr ein kleines Fenster, in dem wir sehen konnten, wohin er führen könnte. Das war nämlich nicht nur der Schulz-Hype, das war echte Begeisterung für große Ziele, für klare Kante, für Glaubwürdigkeit.

Es war eine Aufbruchstimmung, die gerade junge Leute in unsere Partei getrieben hat. Ich möchte, dass wir dahin wieder zurückkommen. Das wird nicht mit einer Große Koalition passieren.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Bernhard Daldrup. Ihm folgt Katarina Barley.

Bernhard Daldrup, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin Bundestagabgeordneter. Aber ich will trotzdem ein paar Bemerkungen machen aus dem Kellergeschoss der Sozialdemokratie, aus dem Maschinenraum, wenn ich mal so sagen darf, von denjenigen, die meistens auch in dieser Arena sind, aber in größerer Zahl nicht in dieser, sondern in der Arena der Wirklichkeit, und das jeden Tag, nämlich die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker.

Und die, Genossinnen und Genossen, verstehen manche Debatte nicht, weil sie sich jeden Tag darum bemühen, ein Stück weit das Leben der Menschen besser zu machen. Sie haben eine große Besorgnis. Sie haben die Sorge um die SPD auch. Denn, Genossinnen und Genossen, die Frage, wie sich die SPD aufstellt, hat auch mit der Kommunalpolitik zu tun. Denn für die Menschen draußen gibt es in Wirklichkeit nur eine SPD.

Die Art und Weise, wie wir mit den Kommunen umgehen, hat viel mit der Mehrheitsfähigkeit der SPD zu tun. Denn die Kommunen sind mehr als nur ein Ort für Finanztransfers oder von Sachzwängen. Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik. An

der einen oder anderen Stelle - das hat mich schon überrascht - wird hier von kritischen Leuten die Frage gestellt: Wo ist denn eigentlich die Offensive? Wo ist denn die Idee des Fortschritts beispielsweise? Und einige - Olaf, Andrea, Manuela - haben dazu etwas gesagt.

Ich will daran erinnern, Genossinnen und Genossen, als Renate Schmidt seinerzeit verkündete, den Rechtsanspruch auf eine Kita-Platz, da waren wir stolz, erleichtert. Und zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben wir einen Rechtsanspruch auf den Ganztags in der Grundschule stehen. Wir haben den Einstieg in die Gebührenfreiheit stehen, die Bekämpfung der Kinderarmut, Kooperationsverbot, Bildungskette. All diese Dinge, Genossinnen und Genossen, sie sind der praktische Ausdruck unseres Grundwertes von Gerechtigkeit. Da meine ich jedenfalls, zu sagen, die Idee wäre nicht da, das verstehe ich nicht.

Ich bin 1975 in die SPD unter Helmut Schmidt eingetreten. Wir hatten zum ersten Mal eine Million Arbeitslose. Danach wurden es immer mehr. Eine Million Sozialhilfeempfänger hatten wir auch. Wir sind jetzt auf einem Weg, wo wir in einem Programm sagen, wir wollen das Ziel der Vollbeschäftigung praktisch machen. Und wir wollen uns dabei auch um diejenigen kümmern, die keine Chance haben. Deswegen wollen wir einen sozialen Arbeitsmarkt, Genossinnen und Genossen. Das ist praktische Solidarität, genauso wie der Kampf um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland.

All dieses sind Punkte, von denen ich auch glaube, dass es total falsch ist, wenn wir anfangen, sie kleinzureden.

Letzter Punkt, auf den ich hinweisen will. Ich verstehe schon, dass es an der einen oder anderen Stelle Unzufriedenheiten gibt. Aber es sind Sondierungen, keine Koalitionsvereinbarungen. Wenn wir aber Anwältinnen und Anwälte der Kommunen bleiben wollen - das ist wichtig, Genossinnen und Genossen, für die Mehrheitsfähigkeit der SPD -, dann wird es noch ein paar Punkte mehr geben, über die wir in diesen Koalitionsverhandlungen reden müssen, wenn sie denn zustande kommen, über den Altschuldenfonds, über KdU, Personenbeförderungsgesetz, Eingliederungshilfe, alles Punkte, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht drinstehen, die es aber wert sind, konkretisiert zu werden, Genossinnen und Genossen.

Deswegen möchte ich sehr, sehr gerne, dass wir dieses zu Ende verhandeln, Genossinnen und Genossen, und dann unseren Mitgliedern, so wie Carlo Schmid es seinerzeit mal formuliert hat, sagen: Sozialdemokratische Partei, das bedeutet,

selbstständiges politisches Denken und auf der Grundlage dann auch zu entscheiden.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Katarina, warte mal gerade einen Moment. Bernhard hat in seinem Engagement das Mikrofon irgendwie aus der Verankerung gerissen. - So, jetzt hat Katarina das Wort. Ihr folgt Ralf Stegner.

Katarina Barley, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich als Allererstes mal für die tollen Debatten und Diskussionen bedanken, die ich mit euch überall schon führen durfte, vor allen Dingen auch in den sozialen Netzwerken. Ich finde, das ist auch schon mal ein Zeichen von Erneuerung der Partei, dass wir da miteinander, die Befürworter wie die Gegner, sehr intensiv unterwegs sind.

Wir gehen ehrlich miteinander um, und es ist schon ab und zu angeklungen: Das eigentliche Problem, das wir haben, ist nicht diese Koalition. Das eigentliche Problem, das wir haben, ist, dass die Menschen, für die wir Politik machen, nicht mehr das Gefühl haben, dass wir für sie da sind. Da sollten wir uns fragen: Warum ist das so?

Ich will zwei Gründe dafür benennen. Das eine ist, dass viele von uns nicht mehr aus dem traditionellen Arbeitermilieu kommen, dass viele von uns selbst Akademiker sind. Das ist so, und daran können wir nichts ändern, wollen wir auch nicht; das ist auch nicht schlimm. Dafür muss sich auch keiner schämen.

Das ist bei dem zweiten Punkt ein bisschen anders, denn wir vermitteln den Menschen nicht, dass es uns wirklich um sie geht. Deswegen, muss ich ganz ehrlich sagen, habe ich für diese ganzen Diskussionen echt ein Bauchschmerzgefühl. Wenn es immer heißt, dieses Sondierungsergebnis ist nicht mal das Papier wert, auf dem es steht, das ist es nicht wert, weiter zu verhandeln, das ist - die Lara hat es eben auch noch mal gesagt -, na ja, eine Kleinigkeit; das ist es nicht wert, weiter zu verhandeln.

Es ist jetzt schon ein paarmal gesagt worden: der öffentlich geförderte soziale Arbeitsmarkt. Gerade für diejenigen von uns - ich gehöre dazu -, die immer wieder sagen, wir müssen die Fehler der Agendapolitik korrigieren: voilà, auf geht's! Ein öffentlich geförderter sozialer Arbeitsmarkt kümmert sich um die Menschen, die wir derzeit von Maßnahme zu Maßnahme schieben, von Computerkurs zu Gabelstaplerführerschein zu Bewerbertraining. Und alle wissen, vor allen Dingen diese Menschen selber wissen, dass sie keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Das ist entwürdigend.

(Beifall)

Das ist volkswirtschaftlich totaler Wahnsinn, und es ist auch politisch idiotisch. Das wollen wir ändern. Es ist eine Mindestausbildungsvergütung da drin. Leute, das ist der Mindestlohn für Auszubildende. Ist das nichts? Ist das ein Fliegenschiss? Hallo?

(Beifall)

Ich kann auch noch nicht sagen, welche Höhe das hat. Nein, aber um das sagen zu können, müssen wir weiter verhandeln, und um diese Frage geht es jetzt.

Was die Rente betrifft, so will ich da mal mit ein paar Mythen aufräumen. Die Lara hat es auch eben wieder gesagt. 48 Prozent Sicherung des Rentenniveaus. Ja, das steht im aktuellen Rentenbericht, dass das sowieso bis 2024 so sein wird - voraussichtlich. Aber dann schaut bitte mal in den Vorjahresbericht. Da steht es schon nicht mehr. Da steht, 48 Prozent noch bis 2020, und danach geht es runter. Solche Prognosen sind Schwankungen unterworfen, weil es Prognosen sind. Was hier gemacht werden soll, ist, das festzuschreiben bis 2025. Ist das nichts?

(Beifall)

Und nur noch mal als Ergänzung: Selbst wenn es jetzt alles so weiterginge, würde es nicht bei 48 Prozent bleiben, weil wir große Leistungsausweitungen planen: die Erwerbsminderungsrente, die Grundrente. Auch bei der Grundrente wird wieder gesagt, na ja, aber da kommt jetzt diese Bedürftigkeitsprüfung dazu. Aber dann sagt doch bitte dazu, erstens stimmt es nur bedingt. Es ist nur bedingt anders als beim letzten Mal. Aber dann sagt bitte dazu, dass das jetzt auch für Bestandsrentnerinnen und -rentner gelten soll, also für Menschen, die jetzt schon eine zu geringe Rente haben. Das ist eine Revolution in der Rentenpolitik. Das gibt es sonst nicht, dass solche Dinge rückwirkend eingeführt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Noch etwas, was für uns hier vielleicht eine Kleinigkeit und nur eine halbe Zeile ist. Die Menschen müssen dann nur noch eine Rente beantragen. Sie müssen nicht mehr zum Sozialamt. Und da, wo ich wohne, gibt es ganz viele, vor allen Dingen ältere Frauen, die nicht zum Sozialamt gehen wollen, weil sie zu stolz sind dafür. So. Und all diesen Leuten wollen wir jetzt sagen, das ist es uns nicht mal wert, weiter zu verhandeln. Nur darüber reden wir heute. In meinem Bereich, im Bereich Familie, haben wir nur über Familie und Gleichstellung gesprochen. Das über Jugend, Senioren, Behinderung, Diversität lag noch nicht mal auf dem Tisch, liebe Leute. Wir können doch jetzt nicht einfach sagen, das interessiert uns alles nicht mehr, wenn wir in irgendeiner Weise verantwortlich handeln wollen. Deswegen bitte ich euch herzlich, der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ralf Stegner; ihm folgt Natascha Kohnen.

Ralf Stegner, stellvertretender Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Viele haben es gesagt, es ist heute eine wichtige Entscheidung für unser Land, für Europa und auch für unsere Partei. Ich habe den Bereich Migration verhandelt. Das ist der einzige, wo die Union wirklich etwas wollte, nämlich die Verhältnisse für die Menschen verschlechtern. Ich habe gelesen, dass der Scheuer und der Dobrindt gesagt haben, wir haben eine Obergrenze. Ich habe gehört, dass manche von euch das glauben. Glaubt ihr allen Ernstes so einem Typen wie dem Scheuer mehr als mir? Wir würden so etwas mit einer Obergrenze für Deutschland niemals zulassen.

(Beifall)

Die Partei von Willy Brandt, der selber Flüchtling war, macht so etwas nicht mit. In dem Vertrag steht etwas ganz anderes, nämlich dass wir die Genfer Flüchtlingskonvention, das Asylrecht, die Kinderrechtskonvention und die Grundwerte unseres Grundgesetzes strikt einhalten wollen. Das können wir auch und das werden wir auch.

Und ja, die wollen auch noch andere Sachen. Die erzählen euch, dass in diesen Zentren die Menschen schikaniert werden sollen, dass es einen Sachleistungsbezug

gibt und dass sie da bleiben müssen. Das stimmt nicht. Das haben sie hereingemogelt. Das ist falsch. Das haben wir nicht verabredet. Das kommt auch nicht.

Und ja, der Familiennachzug war ausgesetzt. Die Grünen wollten übrigens gemeinsam mit Schwarzen und Gelben das um ein Jahr verlängern. Das wollen wir nicht. Wir wollen den Menschen helfen. Wir wollen übrigens mehr Menschen helfen, als die Union das macht. Ich frage mich manchmal, was das für eine C-Partei ist. Das ist eine christliche Partei, die nicht will, dass Kinder aus Kriegsgebieten zu ihren Eltern kommen dürfen. Was ist das eigentlich für eine Partei?

(Beifall)

Deswegen muss die Härtefallklausel kommen, und sie wird auch kommen. Ich sage euch zu: Sie wird kommen, ganz bestimmt.

Ich habe am Anfang zugehört, als hier vorgetragen worden ist, was wir erreicht haben, und die Stimmung im Saal war gedrückt. Ich gebe zu, auch so eine Frohnatur wie ich schafft es nicht, die Stimmung hier zu verbessern. Das ist wahr.

(Heiterkeit)

Aber ich will euch eines sagen: Große Koalition heißt entweder braver Juniorpartner - das taugt nichts - oder Opposition in der Regierung - das taugt auch nichts - oder aber starkes Gegengewicht, wie Andrea Nahles es gesagt hat, sodass wir das nächste Mal selbst wieder die Regierung führen. Das ist das Ziel, wenn man in eine Regierung hineingeht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wo ist eigentlich unser Selbstbewusstsein geblieben? Seit wann definieren wir uns über andere Parteien oder andere Koalitionen? Wo ist unser Selbstbewusstsein, Genossinnen und Genossen? Wenn wir uns selbst nicht trauen, dann können wir mit anderen auch nicht verhandeln, liebe Genossinnen und Genossen. Warum trauen wir uns das eigentlich nicht?

Ich will euch eines sagen: Wollen wir diesen Leuten, den Dobrindts, den Spahns, den Lindners, ernsthaft das Land überlassen, dass sie eine Regierung machen wie in Österreich, unsozial, gegen die Menschen gerichtet, national für Aufrüstung? Niemals! Das dürfen wir nicht zulassen, Genossinnen und Genossen. Das ist die Alternative.

(Beifall)

Deswegen will ich noch etwas ganz anderes sagen wie ihr alle auch. Ich ehre manchmal Mitglieder, die 60, 70 Jahre in der Partei sind. Die erzählen uns von richtigen Problemen, die unsere Urgroßmütter und Urgroßväter in der Partei hatten. Im Vergleich dazu ist das Problem, dass wir mit der Union regieren müssen, wirklich keines, über das wir klagen und jammern sollten, sondern wir sollten die Ärmel aufkrepeln und etwas für unseren Laden tun, dass es wieder besser wird bei den Menschen. Das ist unsere Aufgabe und nicht, zu jammern und zu klagen.

Deswegen glaube ich, dass es richtig ist, dass wir versuchen was rauszuhandeln, übrigens hart zu verhandeln. Nennt das doch nicht „nachverhandeln“. Das ist doch Quatsch. Das beginnt doch mit den Verhandlungen erst, und am Ende entscheiden unsere 460.000 Mitglieder. Und ich habe Vertrauen in unsere Mitglieder, dass die nicht zustimmen, wenn wir nichts Ordentliches dabei holen.

Und ja, wir verhandeln nicht zwischen den Flügeln der Partei, das ist wahr. Wir verhandeln mit anderen Parteien. Das wünschen wir uns nicht. Aber das Leben ist nicht „wünsch dir was“, sondern kämpfen, was tun und für Verbesserungen sorgen. Das ist unser Job. Stimmt zu, dass wir das machen können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Danke Ralf. Jetzt hat Natascha das Wort. Ihr folgt Jens Peick.

Natascha Kohnen, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe einen meiner Vorredner gehört, der gesagt hat: „Lasst uns stolz in die Opposition gehen.“ Ich sage euch als bayerische Sozialdemokratin - und das meine ich todernst -: Geht mit solch einem Satz differenziert um. Das kann ich euch sagen.

(Beifall)

Ich bin skeptisch in diese Sondierungsverhandlungen hineingegangen. Ich bin nicht als Freund der Großen Koalition da hineingegangen, und ich bin auch nicht als Freund der Großen Koalitionen da wieder herausgekommen. Dieses

Sondierungsergebnis - ich glaube, so ehrlich muss man zu jedem sein - hat Licht und Schatten. Wer aber behauptet, wir hätten nicht die großen Dinge durchgesetzt, die großen Themen, den großen Wurf, dem antworte ich: Das nehme ich nicht an. Das Leben von vielen Menschen hängt von den kleinen Dingen ab, die wir da drinnen erreicht haben.

Und ich nehme Kevin auch etwas anderes nicht ab: Hier in diesem Saal sind keine Zwerge, und jetzt nehmt diese Mützen ab! Nehmt doch nicht von der CSU der Begrifflichkeit an, dass wir hier lächerlich sind! Das ist eine Auseinandersetzung.

(Beifall)

Wenn ich jetzt in den Medien wieder lese, dass wir gespalten sind: Nein, wir sind nicht gespalten als Sozialdemokratie in unserer Haltung, sondern wir debattieren, und das sollte die Union auch mal tun. Die sollten mal die Ergebnisse debattieren,

(Beifall - Zurufe: Bravo!)

und dann sollen sie uns mal Antworten geben. Ich will von denen wissen: Was ist denn deren christliches Menschenbild, Familienbild? Sind das Kinder, da dort im Krieg stehen? Die sollen uns mal Antworten geben oder ihr „C“ aus dem Namen streichen.

(Beifall - Zurufe: Bravo!)

Und die Unionisten sollen noch eine andere Antwort geben, sage ich euch. Mehr als 40 % der jungen Menschen in unserem Land stolpern von einem befristeten Job in den nächsten. Die geben keine Antwort da drüben auf der anderen Seite, und deswegen finde ich den Antrag von NRW und Hessen gut. Da ist genau beschrieben, wie die sachgrundlose Befristung in den ersten Schritten eingeschränkt werden kann. Leute, die Debatte muss in die Union übergehen. Die sollen sagen, was sie wollen, denn die sagen die ganze Zeit nur, was sie nicht wollen.

Und ich sage euch auch noch etwas: Ich will in eine tiefere Debatte mit denen gehen. Die sind uns Antworten schuldig. Leute, die müssen mal was sagen! Nehmt nicht immer nur den Ball hier rüber zu uns. Die sind andere Reihe! Und ich sage euch eines: Wenn wir in tiefere Verhandlungen hineingehen, dann kämpfen wir; denn die Umgangsformen von den Dobrindts und Scheuers dieser Welt akzeptiere ich nicht, und die werde ich nie akzeptieren.

(Beifall - Zurufe: Bravo!)

Wenn mir eines deutlich geworden ist in diesen Sondierungen, wenn mir eines noch mal ganz deutlich geworden ist - das meine ich auch ganz ernst; das meine ich auch ganz ernst als bayerische Sozialdemokratin -: Denen werde ich unser Land nicht überlassen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Natascha. - Jetzt kommt Jens Peick. Ihm folgt Jana Herrmann.

Jens Peick, Nordrhein-Westfalen: Liebe Natascha, herzlichen Dank für deinen Wortbeitrag. Es war ja beinahe wirklich fast schon ein Plädoyer, nicht mit der CSU zu koalieren, auch wenn du sagst, du möchtest noch mit ihnen besprechen. Aber es hat die Probleme ja sehr deutlich gemacht. Ich kann dir nur sagen: Ich finde auch, man muss mit Opposition und Oppositionsromantik sehr vorsichtig sein; denn wir wollen das Leben verändern, aber auch da kann man mit Stolz hingehen. Als Dortmunder Sozialdemokrat gehe ich überall mit Stolz hin. Wichtig ist, dass wir uns überlegt haben, wo wir hinwollen, und ich dachte, das hätten wir gut getan am 25.09., als wir uns alle sehr einig waren. Auch damals galt schon das Argument: Ein bisschen Sozialdemokratie in der Regierung ist besser als gar keine Sozialdemokratie in der Regierung. Martin hat selbst gesagt, es wäre eine unterirdische Regierung geworden, was Jamaika da auf die Beine gestellt hätte. Aber ich habe doch gehofft, mein Bundesvorstand und der Parteivorsitzende haben sich gut überlegt, was sie wollen; denn es gab auch damals gute Gründe, zu sagen: Wir gehen nicht in Koalitionsverhandlungen.

Der Punkt ist: Diese Linie hat man verlassen. Jetzt haben wir ein Sondierungspapier auf dem Tisch liegen. Ich kenne jemanden, der hat vorher immer gesagt - der ist nicht Parteimitglied -: „Ich habe euch doch nicht gewählt, damit ihr nicht regiert.“ Dann hat der den Teil zur Asylpolitik gelesen - Sondierungspapier - und war zutiefst entsetzt. Er hat mir gesagt: „Das ist doch ein verdammter Kniefall vor den Rechtspopulisten. Wie könnt ihr so etwas machen?“

(Beifall)

Und ob das in der juristischen Bewertung am Ende eine Obergrenze ist oder nicht, lasse ich mal dahingestellt sein. Die Frage ist doch: Welchen Geist atmet solch ein Papier? Welche Außendarstellung hat es, und welche Wirkung entfaltet es bei den Menschen?

(Beifall)

Zum einen ist das eine Formulierung, die die Rechtspopulisten immer verwenden. Wir haben in anderen europäischen Ländern erlebt, was passiert, wenn man ihren Argumenten nachrennt: Wir verlieren nämlich. Ihre Argumente werden gesellschaftsfähig. Stattdessen brauchen wir ein Gegenargument.

Auch beim anderen wäre die Frage: Wem glauben wir denn mehr, Herrn Söder, Herrn Dobrindt oder sonst wem, oder unserem Parteivorsitzenden? Natürlich unserem Parteivorsitzenden. Aber die Debatte zeigt doch: Bereits am Freitag haben wir die Deutungshoheit über diesen Punkt verloren,

(Beifall)

und jetzt wollen wir mit diesen Menschen zusammen in eine Koalition gehen.

Außerdem glaube ich wirklich, wenn wir gesagt haben, es darf kein „Weiter so!“ geben - das war die tragende Meinung, warum wir am 25. September gesagt haben, wir möchten nicht in Koalitionsverhandlungen eintreten -, dann muss solch ein Papier auch mehr hergeben. Ich sehe nicht, dass es eine wirkliche Umverteilung des Reichtums in unserer Gesellschaft mit diesem Papier gibt. Wir haben wieder eine Reichtumsungerechtigkeit, eine Vermögensungerechtigkeit in diesem Land, die wir zuletzt 1918 hatten. Ich finde, das sollte uns zu denken geben, und dabei muss wirklich mehr herauskommen. Ich glaube, das geht mit der Union nicht.

Dann noch mal die Frage: Wie erneuert man sich? Wir haben jetzt gute Punkte in dem Papier, die noch mal zur Nachbesserung empfohlen sind. Aber auch da glaube ich nicht, dass das funktionieren kann. Wir hatten schon beim Parteitag im Dezember ein Papier mit sechs Punkten beschlossen, die auch nicht alle erfüllt wurden und wo wir jetzt sagen, wir gucken noch mal weiter. Wir müssen eine Perspektive entwickeln. Das ist in der Opposition auch schwierig - das ist immer schwierig -, aber es gibt ganz viele junge Menschen in diesem Land, die uns nur noch als Mehrheitsbeschaffer für die CDU kennen. Davon müssen wir wegkommen, und dann gehen wir auch stolz in Neuwahlen, wenn es denn sein muss.

(Beifall)

Wenn wir da heute einen klaren inhaltlichen Punkt setzen, dann garantiere ich euch: Aus Dortmund holen wir sowieso 38 %, und wenn es wir es hier ordentlich machen, dann auch 40 %. Wir müssen halt mal gucken, dass wir ordentliche Politik machen, die bei den Menschen ankommt. - Freundschaft!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Nun Jana Herrmann, und dann hat Reiner Hoffmann das Wort.

Jana Herrmann, Bundesvorsitzende der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken: Liebe Genossinnen und Genossen! Auch wir bei den Falken haben die Ergebnisse der Sondierungsgespräche mit großer Skepsis zur Kenntnis genommen. Nicht nur die fehlende Bürgerversicherung, sondern gerade auch die Vereinbarung einer Flüchtlingsobergrenze - und wir lesen sie als Flüchtlingsobergrenze - haben bei uns im Verband für großen Unmut gesorgt.

Ich möchte aber an dieser Stelle gerne auf einen anderen Punkt hinaus, den ich für ebenso fatal halte. Zur Stärkung der Demokratie und Zivilgesellschaft hält das Papier fest, es sollen Programme gegen Rechts- und Linksextremismus gefördert werden. Liebe Genossinnen und Genossen in der Parteispitze, diese Gleichsetzung können wir nicht akzeptieren.

(Beifall)

Wir haben es noch immer mit einer massiven Welle rassistischer Gewalt in Deutschland zu tun. Berichte über Beschimpfungen, gewalttätige Angriffe, öffentliche Demütigungen und sogar Brandanschläge scheinen in den letzten Jahren bereits zu einer Art vertrautem Hintergrundrauschen für den Alltag in Deutschland geworden zu sein. Erst Ende letzter Wochen haben 30 Neonazis in Wurzen in Sachsen ein Haus angegriffen, in dem Geflüchtete leben. Die Liste solcher Übergriffe ist lang, und sie wird auch nach wie vor beständig länger. Es lohnt sich, an dieser Stelle daran zu erinnern, dass sich der feige Mord an Oury Jalloh durch Dessauer Polizisten vor zwei Wochen bereits zum 13. Mal gejhrt hat und dass sich die Justiz immer noch der Verfolgung der Täter verweigert.

(Beifall)

Währenddessen scheint es das momentane Hauptziel der staatlichen Behörden zu sein, gegen vermeintliche Linksextremisten vorzugehen. Das haben die massive Repression und anschließende Verfolgung linker Aktivisten während und im Nachgang des G20-Gipfels letztes Jahr gezeigt. Wie viele von euch wissen, wurden auch wir Falken von der Polizei rechtswidrig drangsaliert. Das waren junge Genossinnen und Genossen, die sich ehrenamtlich bei uns engagieren, die sich

kritisch mit politischen Geschehnissen auseinandersetzen, und dafür sind sie erst mal in der Zelle gelandet.

Ich muss euch ehrlicherweise sagen, dass ich es als persönlichen Angriff empfinde, wenn ich mir gemeinsam mit unzähligen Genossinnen und Genossen den Arsch gegen Nazis aufreiße, wir dafür von der AfD aufs Übelste diffamiert werden und das von meiner Partei unterzeichnete Sondierungspapier nun nahelegt, die G20-Proteste seien am Ende mit dem NSU auf eine starre Stufe zu stellen.

(Beifall)

Wir verlangen von euch als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass ihr euch konsequent gegen den Rechtsruck in dieser Gesellschaft stellt und euch nicht von der CDU eine Gleichsetzung von Linkssein und Rechtsextremismus aufdrücken lasst, von der am Ende nur einer profitiert: Die Neonazis, Rassisten und Rechtspopulisten. - Freundschaft!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Nun Reiner Hoffmann. Ihm folgt Sebastian Schecker.

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB: Liebe Genossinnen und Genossen! Zunächst erst mal Glückwunsch für eure Debattenkultur. Glückwunsch zu den couragierten Beiträgen, zu dem Ringen um den richtigen Weg. Ich kann euch sagen: Wir haben diese Woche im DGB-Bundesvorstand darüber gesprochen: Was ist in dem Sondierungspapier für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer enthalten, und wie bewerten wir das?

Natürlich ist es auch bei Gewerkschaften so, dass wir - gerade als Einheitsgewerkschaft - einen unterschiedlichen Blick darauf haben. Aber insgesamt kann ich euch hier, liebe Genossinnen und Genossen, ganz klar und deutlich das sagen, was Du, liebe Malu, in Deiner Begrüßung schon deutlich gemacht hast, dass dieses Sondierungspapier nämlich mehr Substanz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande enthält als das, was Jamaika jemals hinbekommen hätte, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will die einzelnen Punkte gar nicht vertiefen. Sie sind hier alle angesprochen und genannt worden.

Malu, wir haben natürlich über die Parität gesprochen. Du hast mir gesagt: Ohne die Herstellung der Parität gehe ich aus der Sondierung nicht raus. - Das hast Du gehalten. Es ist ein toller Erfolg, dass es endlich gelingt, dass die Arbeitnehmer für die Gesundheit nicht mehr zahlen müssen als die Arbeitgeber, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Auch die Rente ist enthalten. Das Rentenniveau soll stabilisiert werden, und auch andere Punkte sind drin. Das waren doch die Punkte, die wir, der DGB und seine acht Mitgliedsgewerkschaften, in unseren Anforderungen an die Parteien zur Bundestagswahl gefordert haben, und jetzt stehen sie in dem Sondierungspapier drin. Das werden wir doch nicht einfach liegen lassen können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Liebe Johanna, lieber Kevin, ich war vor ein paar Monaten bei den Jusos. Da war ich selber ganz skeptisch, aber die Mindestausbildungsvergütung in dem Sondierungspapier ist ja ein regelrechter Kracher. Es hat doch kein Mensch damit gerechnet, dass so was da reinkommt. Das war eine zentrale Forderung der Jusos, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich finde schon, dass zwei Dinge notwendig sind, nämlich, selbstbewusst mit diesem Ergebnis umzugehen und natürlich auch über Vertrauen zu sprechen.

Ich habe bei der Diskussion heute den Eindruck bekommen, dass es da nicht nur um eine inhaltliche Abwägung darüber geht, was gut für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land ist, sondern dass es da auch um Vertrauen und manchmal offensichtlich um Misstrauen geht. Dazu kann ich nur ganz klar und deutlich sagen, Genossinnen und Genossen: Es gab Zeiten, da war das Vertrauen zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften mehr als angespannt. Wenn ich mir heute anschau, was ihr an sozialdemokratischer Politik in der Großen Koalition durchgesetzt habt, was ihr versprochen und was ihr gehalten habt und was jetzt in dem Sondierungspapier festgeschrieben ist, dann ist das schon eine belastbare Grundlage, um das Vertrauensverhältnis zwischen den deutschen

Gewerkschaften und der deutschen Sozialdemokratie zu stabilisieren und gemeinsam Politik für die Menschen in diesem Lande zu machen. Das können und wollen wir nicht ignorieren.

(Beifall)

Über zwei, drei Dinge ist überhaupt noch gar nicht geredet worden. Wir als Gewerkschaften haben uns das genau angesehen. Was hat denn die CDU, die Union, versucht, in dieses Sondierungspapier mit reinzudrücken? Das Schreddern des Arbeitszeitgesetzes, die Durchlöcherung des Mindestlohns und das Aufpumpen des Wehretats! Alles das findet sich in dem Sondierungspapier nicht. Auch das ist euer Erfolg. Auch das erkennen wir als Gewerkschaften an, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die meisten von euch wissen: Ich habe 16 Jahre für den Europäischen Gewerkschaftsbund in Brüssel gearbeitet. Und ich denke, es ist höchste Zeit, dass wir in Europa den Geist des Neoliberalismus endgültig überwinden.

(Vereinzelt Beifall)

Genau: Den Geist des Neoliberalismus in Europa müssen wir gemeinsam überwinden!

Dann schaue ich mir an, welches Potenzial für einen Politikwechsel in Europa in dem Sondierungspapier aufgeschrieben wurde. Ich sage euch ganz ehrlich: Das hat mich verdammt erstaunt, weil ich nicht geglaubt habe, das es euch gelingt, die Union in den Sondierungen wirklich in die Pflicht zu nehmen.

Ich will an dieser Stelle nur vier Punkte ganz kurz ansprechen:

Erstens heißt es in dem Papier: Wir wollen ein Europa der Demokratie mit einem gestärkten Europäischen Parlament. - Liebe Genossinnen und Genossen, damit wäre Schluss mit der intergouvernementalen Zusammenarbeit à la Merkel und à la Schäuble. Schaut es euch an!

Zweitens soll die Investitionskraft in Europa gestärkt werden. Der Europäische Investitionsfonds soll nicht nur fortgeführt, sondern ausgebaut werden. Das ist es, was Schäuble in den letzten Jahren ständig verhindert hat. Damit muss Schluss sein. Wir brauchen Investitionen in Europa, nicht nur in Deutschland. Das steht in dem Papier drin.

Mein dritter Punkt. Soziale Grundrechte, gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Wir wollen einen Sozialpakt stärken in Europa. Das ist nichts anders als das, was die Staats- und Regierungschefs am 17. November in Göteborg beschlossen haben, nämlich, die europäische Säule sozialer Rechte zu konkretisieren und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umzusetzen. Auch das steht darin.

Mein letzter Punkt in Sachen Europa: Wir bekämpfen Steuerdumping, Steuerbetrug, Steuervermeidung und Geldwäsche gleichermaßen international und in der EU, und wir unterstützen eine gerechte Besteuerung großer Konzerne. Damit ist die Grundlage gegeben, auch die Quellensteuer hier einzuführen. Das sind doch alles richtige Orientierungen, die umgesetzt werden müssen.

Ich finde, wir müssen die Verantwortung, die wir haben, jetzt auch gemeinsam angehen. Auch dies habe ich in den letzten Wochen oft genug gesagt, und ich sage dies nicht nur als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes: Bei den ganzen Diskussionen, die ich in den letzten Wochen seit dem 24. September mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Gewerkschaftsbund geführt habe, wurde mir, nachdem Jamaika gescheitert war, immer wieder die Frage gestellt: Reiner, gelingt es euch, dass die Sozialdemokratie europäische Politik in einer Großen Koalition mitverantwortet und mitprägt?

Das Zeitfenster, das wir haben, um zu einer stabilen Beziehung beispielsweise mit unseren französischen Partnern zu kommen ist verdammt klein. Im Mai/Juni nächsten Jahres wird das Europäische Parlament gewählt. Alles, was wir bis Ende des Jahres an Reformvorhaben nicht auf europäischer Ebene vorangetrieben haben, wird es dann nicht geben.

Ich sage euch auch, wenn ich über den Tellerrand hinausschaue: Wir brauchen nach dem Brexit keinen Frexit, weil das wäre eine bittere Konsequenz, wenn Europa scheitert, wenn wir Europa nicht auf den Weg der Solidarität und des sozialen Zusammenhalt zurückbringen - gemeinsam mit unseren französischen Partnern, sowohl mit den Gewerkschaften als auch mit den Parteien.

Das ist eine gemeinsame Aufgabe. Ich bitte euch, auch hierauf den Blick zu richten.

Herzlichen Dank, gute Debatte, eine vernünftige Entscheidung! Unsere Unterstützung für den Weg zu Koalitionsverhandlungen habt ihr. Wir werden euch kritisch begleiten, und die Mitglieder werden dann entscheiden, wie es in diesem Land weitergehen wird. - Glück auf!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt hat als Nächster Sebastian Schecker das Wort, und ihm folgt Daniela Kolbe.

Sebastian Schecker, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Das Motto des heutigen Parteitags steht dort hinten: „Eine neue Zeit braucht eine neue Politik!“ Lasst uns dafür sorgen, dass das nicht nur ein Slogan bleibt, sondern dass wir das auch mit unseren Worten, mit unseren Taten füllen! Denn nur dann bekommen wir auch eine neue Politik hin, die uns die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land glaubwürdig abnehmen. Dafür müssen wir auch konsistent in dem sein, was wir sagen und was wir tun. Auf dieser Basis bewerte ich auch dieses Sondierungspapier.

Liebe Andrea, wenn du erst sagst „Die Union bekommt von nun in die Fresse“ und dann noch sagst „Es wird richtig teuer, wenn wir verhandeln“ und jetzt deine Fraktion dahin führen willst, mit dieser Union zusammenzuarbeiten, dann habe ich da gewisse Glaubwürdigkeitsprobleme. Deswegen ist mein Vertrauen zu dir momentan schwer erschüttert. Das tut mir leid.

(Beifall)

Deswegen fällt es mir auch sehr schwer, diesem Antrag zu folgen, der vorsieht, dass wir in gewissen Punkten noch einmal nachverhandeln, weil ich leider momentan euch allen nicht folgen kann, dass wir die Verhandlungen wirklich stoppen würden, wenn wir das nicht erreichen können.

(Beifall)

Meines Erachtens ist das Papier momentan noch nicht gut genug, dass wir in eine Koalition eintreten können. Ich bin kein grundsätzlicher Gegner von Großen Koalitionen. Ganz im Gegenteil, ich habe vor fünf Jahren, 2013, gerne zugestimmt. Das war ein schöner Kompromiss mit guten Punkten für die SPD. Nachher haben wir sie nicht so gut verkauft. Aber das könnten wir in einer anderen Koalition ja besser machen.

Aber auch dieses Papier reicht mir noch nicht aus. Ich habe eben gesagt, ich habe momentan nicht das Vertrauen, dass ihr das gescheit nachverhandelt. Deswegen bin ich heute bei einem Nein. Ihr könnt mich aber, wenn ihr gut nachverhandelt, eventuell noch überzeugen.

(Beifall)

Dieses Papier bewerte ich auf der Basis des Antrages B 1, den wir auf dem Parteitag im Dezember mit breiter Mehrheit beschlossen haben. Dabei haben wir nur in der Europapolitik alles das erreicht, was wir uns vorgenommen haben. Aber das kann für mich hier nicht der Schwerpunkt in meiner Bewertung sein, weil wir in der Europapolitik leider Regierungen haben, die uns diametral gegenüberstehen. Wir werden im Moment die Polen und die Ungarn nicht von unserem europäischen Projekt überzeugen. Zumindest können wir nicht dafür garantieren und den Wählern in vier Jahren gegenüberzutreten und sicher sagen, das haben wir da erreicht.

Deswegen schaue ich auf das, was wir für die Menschen in Deutschland gemacht haben: Wie schaffen wir es, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen? - In der Arbeitsmarktpolitik haben wir die Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen und eine stärkere Regulierung von Leih- und Werkarbeit gefordert. Herausgekommen ist lediglich, wir wollen das Arbeitnehmergesetz evaluieren, ohne eine konkrete Forderung, in welche Richtung das gehen soll. Das kann alles und nichts heißen. Dem kann ich nicht zustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

In der Rentenpolitik haben wir in etwa das stehen, was auch schon im letzten Koalitionsvertrag stand und teilweise nicht umgesetzt wurde, und die Stabilisierung des Rentenniveaus auf einem Niveau, das wir - momentan prognostiziert - bis 2025 ohnehin in dieser Größenordnung auch ohne Festschreibungen hätten. In der Steuerpolitik haben wir ein bisschen getan - das ist schön -, aber die große Reform ist da auch nicht dabei. Dem stehen die Zugeständnisse gegenüber, die wir im Bereich der Migration an die CSU gemacht haben: Wir schränken den Familiennachzug weiter ein. - Das kann nicht sozialdemokratisch sein, und wir können nicht dafür helfen, dass die Zwergen-Partei CSU, die bei der Bundestagswahl nur etwa 6 % hatte, ihre Landtagswahl gewinnt. Das ist nicht sozialdemokratische Politik. Wir brauchen eine neue Politik und einen Politikwechsel. - Glück auf!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Jetzt kommt Daniela Kolbe. Ihr folgt Christian Haß.

Daniela Kolbe, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist ja mit Händen zu greifen, dass ganz viele mit sich ringen, auch weil sie in sich unterschiedliche Stimmen haben. Das Herz sagt das eine, der Kopf sagt etwas ganz anderes, und der Bauch sagt womöglich noch etwas Drittes.

Ein kurzer Einblick in mein Innenleben: Ich fahre ganz gut mit der Haltung, dass mir mein Herz sagt, wohin ich will, das Ziel vorgibt. Mein Kopf sagt mir, wie ich dorthin komme, und mein Bauch sagt mir, ob ich auf dem richtigen Dampfer bin.

Mein Herz sagt mir, dass ich diese Partei echt lieb habe. Ich will eine starke Partei nicht nur heute, nicht nur bei den nächsten Wahlen, sondern auch in der fernen Zukunft. Ich komme aus Leipzig. Ich will euch alle - nicht alle, aber sehr viele, insbesondere die Jusos hier im Raum - zum 200. Geburtstag sehen. Dann werde ich 83 Jahre alt sein. Kevin Kühnert wird dann 74 Jahre alt sein. - Zugegeben, vielleicht träumen wir davon, dass wir dann in der Reihe der Ehrengäste sitzen und das erleben dürfen. Aber es zeigt doch vielleicht auch, warum gerade die Jusos jetzt sagen: Leute, Vorsicht an der Bahnsteigkante bei dieser Entscheidung!

(Beifall)

Mein Kopf sagt, dass wir eine schwere Entscheidung vor uns haben, eine Entscheidung, die Auswirkungen auf das hat, was am 23. Mai 2063 sein wird, und eine Entscheidung, die keines unserer Probleme wirklich löst.

Ich will, dass wir heute so abstimmen und miteinander umgehen, dass wir, egal wie die Entscheidung ausfällt, gut damit leben können. Ich will, dass wir aufhören, das Geschäft der anderen zu machen. Da adressiere ich an diejenigen, die sagen: Das war doch alles nichts, was das Sondierungsteam ausgehandelt hat! - Das ist mitnichten der Fall. Dort ist richtig viel verhandelt worden. Liebe No-GroKos, wir müssen auch miteinander klarkommen, wenn es heute mit Ja ausgeht. Dann müssen wir mit Selbstbewusstsein für das streiten, was wir dort erreicht haben.

Ich will aber auch, dass wir gut miteinander klarkommen, wenn es heute mit einem Nein ausgeht. Da gefällt mir manches, was ich in der Boulevardpresse lese, mehr als das, was ich hier höre. Da wird zum Beispiel getitelt - man kann aber darüber reden, wie hier über junge Menschen geredet wird -: „Dieser 28-jährige Student könnte Angela Merkel stürzen“.

(Beifall)

Liebe Leute, warum schaffen wir es eigentlich gerade nicht, den Ball ins andere Feld zu spielen? - Egal, wie wir heute entscheiden, darüber müssen wir miteinander reden, darin stecken einige tiefer liegende Probleme.

Wir haben gute Sachen verhandelt. Aber lasst mich auch sagen: Mein Kopf sagt mir, im Flüchtlingsbereich widersprechen wir fundamental all dem, was wir in den letzten vier Jahren gemacht haben,

(Beifall)

obwohl wir unseren Kampf-Verhandler Ralf Stegner dort hineingeschickt haben.

Wenn ich mir die Brücke angucke, die hier von NRW und anderen gebaut wird: Darin steht die Härtefallregelung! - Vorsicht an der Bahnsteigkante, das war schon einmal eine Brücke! Als wir über das Asylpaket II im Bundestag abgestimmt haben, wurde auch von einer Härtefallregelung gesprochen. Über diese Härtefallregelung sind nur 66 junge Menschen ins Land gekommen. Also Vorsicht an der Bahnsteigkante, was diese Brücke angeht!

(Vereinzelt Beifall)

Was sagt nun mein Bauch? - Mein Bauch kommt zu dem gleichen Schluss wie mein Kopf und mein Herz, dass ich heute hier mit Nein stimmen werde.

(Beifall)

Und alle tollen Politikerinnen und Politiker, die ich kenne, sagen, dass man im Zweifel auf den Bauch hören sollte.

Insofern: Hört auf euer Herz, schaltet unbedingt den Kopf ein und überprüft, ob ihr auf dem richtigen Dampfer seid! - Glück auf!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Christian Haß! Ihm folgt Heiko Maas.

Christian Haß, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist schon eigenartig. Ich bin ja nicht nur AfA-Landesvorsitzender in Berlin, sondern auch Gewerkschafter. Aber wenn Reiner Hoffmann hier für die Gewerkschaften sagt: „Das, was dort sondiert wurde, ist hervorragend“, dann frage ich mich: Wir haben knapp unter

6 Millionen DGB-Mitglieder. Wo sind eigentlich einmal die DGB-Mitglieder befragt worden?

(Beifall)

Ich kenne eine Menge DGB-Mitglieder, Genossinnen und Genossen, Reiner Hoffmann, die gegen eine Große Koalition sind, weil es eben nicht reicht. Klar, es ist zwar etwas hineinverhandelt worden, aber es reicht eben nicht!

Andrea, für mich war dein Redebeitrag das „Projekt 15“ in vier Jahren.

(Vereinzelt Beifall)

Denn wir sind bei den Großen Koalitionen regelmäßig heruntergegangen. Du glaubst doch nicht, dass der Reformprozess in der SPD weiterhin organisiert wird und wir dann weiterhin sechs oder sieben Ministerien haben? - Es war hervorragend, als Martin damals gesagt hat, wir gehen in die Opposition, und dann kamen die ganzen Regionalkonferenzen. Ich war auch bei der Regionalkonferenz in Berlin. Dort gab es tolle Ideen. Aber wo bleiben die dann? - Die sind aufgeschrieben worden. Sie werden vielleicht auf Parteitagen beschlossen, aber in das Regierungshandeln wird das nicht gehen. Da habe ich kein Vertrauen.

Die Themen sind alle angesprochen worden, Genossinnen und Genossen: Bürgerversicherung, Besteuerung von Spitzenverdienern, kein deutlicher Anstieg der Investitionen, keine Abschaffung des Kooperationsverbotes in der Bildung, soziales Mietrecht. - Wir haben gerade in den Städten dieses Problem. Da bin ich gespannt, wenn die Mehrheit hier sagt: „Nun verhandelt mal!“ Ich behaupte: Wenn hier heute beschlossen wird, dann wird morgen die Union sagen: „Schön, dass ihr das alles beschlossen habt, aber für uns ist der Deckel zu!“ So wird es kommen. Dann stehen wir wieder vor der Situation.

Ich sage euch auch: Ich kenne auch eine Menge Menschen, auch dort, wo ich wohne, die sind gar nicht in einer schlechten sozialen Situation. Aber sie sagen trotzdem: Bleibt draußen! Bleibt konsequent! Das bringt nichts! Wir lassen uns nicht vermerken!

Deswegen, denke ich, steht auch die Existenz unserer Partei auf dem Spiel. Die dürfen wir nicht verspielen.

(Beifall)

Wenn ich zu den europäischen Schwesterparteien schaue, sehe ich: In Warschau gibt es keine Partei mehr, in Paris sind sie in der Nationalversammlung bei 45 Mandaten. Nur - komischerweise - in Großbritannien gibt es einen Oppositionsführer namens Jeremy Corbyn, wie ich ihn mir hier immer gewünscht hätte. Aber die Parteiführung hat wahrscheinlich Angst; denn er ist konsequent und hat in Großbritannien 40 Prozent geholt. Die sind auf einem richtigen Kurs,

(Beifall)

und das müssten wir hier auch mal durchsetzen. - Schönen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Heiko Maas; ihm folgt Natalie Pawlik.

Heiko Maas, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde gerne zu einem Argument etwas sagen, das mir in den letzten Wochen des Öfteren untergekommen ist, und das auch heute hier genannt worden ist, nämlich dass die SPD schon deshalb in die Opposition gehen muss, um zu verhindern, dass die AfD die Oppositionsführung im Bundestag bekommt. Nun kann man mir, glaube ich, nicht vorwerfen, dass ich mich in den letzten Jahren nicht ausreichend mit der AfD beschäftigt hätte. Aber das Argument verstehe ich nicht. Es ist ein hohes Maß an Selbstlosigkeit. Aber ich frage mal: Würden wir das auch tun, wenn wir den Kanzler stellen würden? - Nein, würden wir nicht, und auch zu Recht nicht.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, kann das für mich auch kein Argument sein. Denn die parlamentarische Antwort auf die AfD kann doch nicht darin bestehen, dass wir uns erst mal aus der Regierung zurückziehen. Wenn wir etwas gegen Rassismus und Antisemitismus in diesem Land machen wollen, dann wäre es mir lieber, dass wir nicht nur dagegen anreden, sondern dass wir etwas dagegen tun können. Und das kann man besser, wenn man regiert in einem Land.

(Beifall)

Alles andere ist für mich der Einstieg in die Selbstverzwergung der SPD. Und ich bin auch nicht der Auffassung, dass man sich erst zum Zwerg machen muss, um anschließend ein Riese zu werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, dann wird immer gesagt: Ein Weiter-so darf es nicht geben. Diese Frage haben uns die Wählerinnen und Wähler doch schon längst abgenommen. Im Deutschen Bundestag gibt es eine rechte Mehrheit: CDU, CSU, FDP und die AfD. Es wird keine Minderheitsregierung geben. Aber selbst wenn es eine geben würde, dann würde es auch diese rechten Zufallsmehrheiten geben. Es kann doch nicht in unserem Interesse sein, so etwas zuzulassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Lage wird eine völlig andere sein. Sie wird nicht mehr so sein wie früher. Damals ist die SPD in der Regierung immer von der Linkspartei und von den Grünen angegriffen worden, die Union von niemandem, weil keiner da war. Die werden in Zukunft genauso angegriffen werden von der FDP und von der AfD. Das ist eine völlig andere Ausgangslage. Frau Merkel ist nicht mehr die Über-Merkel, selbst in der CDU/CSU. Die CDU/CSU ringt um ihre strategische Zukunft.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn in einer solchen Situation, wenn die Dinge sich für uns sogar verbessern, unsere Partei nicht bereit ist, diese Herausforderung anzunehmen, fehlt mir bei ihr auch der Glaube, dass sie sich in der Opposition erneuern würde, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir sitzen doch hier, weil wir alle der Auffassung sind, dass wir Mitglieder der großartigsten Partei in diesem Land sind. Dann lasst uns mal anfangen, auch das passende Gesicht dazu zu machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Als Nächste hat das Wort Natalie Pawlik; ihr folgt Boris Pistorius.

Natalie Pawlik, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Martin, du hast vorhin gesagt, dass der mutige Weg der richtige Weg ist. Ich unterschreibe das. Ich denke, viele unserer Mitglieder unterschreiben das, und alle Jusos in diesem Raum unterschreiben das. Doch der mutige Weg bedeutet in diesem Fall ein Nein zur Großen Koalition.

(Beifall)

„Zeit für mehr Gerechtigkeit“, mit diesem Slogan sind wir zur Bundestagswahl angetreten. Wir stritten für eine gerechte Steuerpolitik und eine faire Umverteilung von Reichtum. Wir wollten die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, um mittlere und untere Einkommen zu entlasten, weil starke Schultern mehr tragen können und müssen, Genossinnen und Genossen. Mit unserem Wahlprogramm wollten wir den Wert der Arbeit wiederherstellen, durch höhere Löhne Maßnahmen gegen den Missbrauch von Leiharbeit und gegen prekäre Beschäftigung ergreifen und durch gleiche Bezahlung für Männer und Frauen sowie durch die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung der arbeitenden Bevölkerung endlich wieder mehr Respekt verschaffen.

Tausende Unterstützerinnen und Unterstützer kämpften monatelang voller Hoffnung auf Veränderung und unter größtem persönlichem Einsatz für eine starke Sozialdemokratie. Grundlegende Reformen für mehr Gerechtigkeit und ein modernes Deutschland müssen weiterhin unser Anspruch sein. Sie sind seit dem 24. September und dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen nicht weniger wichtig geworden.

Ich selbst habe beim letzten Parteitag für Sondierungsgespräche gestimmt. Nun liegen die Ergebnisse vor, und ich muss enttäuscht feststellen: Eine Große Koalition wird keine großen Reformen umsetzen.

(Beifall)

Ja, in einigen wichtigen Punkten wurden wichtige Kompromisse erreicht. Jedoch steht das vorliegende Papier mehr für ein Weiter-so als für eine Kehrtwende. Bei diesen Ergebnissen fehlt der Reformwille hin zu einer gerechten Steuerpolitik. Es fehlt eine Positionierung zur Abschaffung der Zweiklassenmedizin. Es fehlen Ansätze zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung. Es fehlen die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, eine wirkliche Entlastung von Familien und mehr Unterstützung für Alleinerziehende. Gerade vor dem Hintergrund der Wahlergebnisse und des Scheiterns der Jamaika-Verhandlungen habe ich mehr Erfolg erhofft.

Doch ist mit der Union wohl nicht mehr zu machen. Und genau deshalb gibt es nicht ausreichend Schnittmengen für eine weitere Koalition. Deswegen stimme ich heute mit Nein.

(Beifall)

Die SPD hat immer Verantwortung übernommen, wenn es auf uns ankam. Wir sind aber nicht der Mehrheitsbeschaffer für Angela Merkel und die Union. Die Sozialdemokratie darf sich nicht darauf reduzieren lassen, die Politik von CDU und CSU ein bisschen besser machen zu wollen.

(Beifall)

Die Angst vor Neuwahlen darf nicht der Grund für eine Regierungsbildung sein. Wir sind da, um zu führen, im besten Fall die Regierung, sonst eben die Opposition. Alles andere ist auf Dauer Mist.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Als Nächstes hat das Wort Boris Pistorius; ihm folgt Anja Niedenzu.

Boris Pistorius, Parteivorstand: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, viele von euch haben das Sondierungspapier mit kritischem Blick gelesen, und in vielen Beiträgen von heute und in den letzten Tagen ist eine Sorge deutlich geworden, nämlich die Sorge, dass wir als Sozialdemokratie unseren Markenkern einer sozial gerechten und menschlichen Politik ein Stück weit aufgeben, wenn wir dieses Sondierungspapier als Grundlage für Koalitionsverhandlungen akzeptieren.

Diese Sorge zu haben, liebe Genossinnen und Genossen, ehrt uns und zeichnet uns aus. Deswegen will ich auch gar nicht erst versuchen, etwas strahlender dastehen zu lassen, als es ist. Auch ich hätte mir wie viele andere an der einen oder anderen Stelle mehr gewünscht. Aber fest steht auch: Bei einem fairen Blick auf das Papier, bei einer realistischen Betrachtung zeigt sich, dass wir in unendlich vielen Bereichen viele Verbesserungen erreicht haben, die es in einen Koalitionsvertrag zu gießen gilt.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, die Menschen, die uns gewählt haben, fordern uns auf, wieder einmal Verantwortung zu übernehmen, Verantwortung unter anderem dafür, dass wir dieses Land nicht den Populisten überlassen, nicht denjenigen, die aus diesem Land ein ganz anderes machen werden als das, was wir wollen.

Deswegen sage ich sehr deutlich: Auch wenn wir uns die Situation nicht ausgesucht haben: Wir stehen jetzt in der Verantwortung, ob es uns gefällt oder nicht. Es geht

nicht zuvörderst um unsere Befindlichkeit. Es geht darum, dieses Land besser zu machen, als es heute ist.

(Beifall)

Wenn uns knapp 10 Millionen Menschen ihre Stimme gegeben haben, 10 Millionen Menschen uns auffordern, Politik für sie zu machen, weil sie uns vertrauen, dann sage ich: Diesen Menschen fühle ich mich zuallererst verpflichtet,

(Beifall)

genauso wie übrigens den Menschen, die aus Not oder lebensbedrohlicher Situation heraus zu uns nach Deutschland kommen. Auch diese wollen und dürfen wir nicht im Regen stehen lassen. Es war immer die SPD und wird es auch in Zukunft sein, deren Politik von Menschlichkeit geprägt ist.

Darauf konnten sich die Menschen immer verlassen.

Deswegen sage ich sehr deutlich, auch an alle Kritiker des Papiers: Ich bin sehr froh, dass wir in den Sondierungen gerade in dem Bereich, den ich mit Ralf Stegner zu vertreten habe, Migration und Integration, sehenswerte Erfolge erreicht haben. Die lasse ich mir von niemandem kaputtreden, liebe Genossinnen und Genossen.

Erstens. Wir beenden die Aussetzung des Familiennachzugs. Ja, in diesem Jahr werden pro Monat noch 1.000 Menschen zu ihren Familien kommen können. Wenn das nichts ist, weiß ich nicht. Ich sage auch, das sind 12.000 pro Jahr. Das ist ein Ergebnis der zähen, bis in die Nacht dauernden Verhandlungen, die wir geführt haben. Ja, 12.000 Menschen - das gebe ich zu - ist weniger, als ich angestrebt habe, aber deutlich mehr, als wir bisher hatten. Das wird die Grundlage sein. Ich füge hinzu, ja, wir müssen über eine Härtefallregelung reden. Die war bis zum Schluss enthalten und ist dann herausgekegelt worden.

Zweitens. Das habe ich leider in dieser so wichtigen Debatte zu selten gehört: Es wird keine Deckelung des Asylrechts und der Rechte der Kriegsflüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention geben - nicht mit der Sozialdemokratie in Deutschland.

(Beifall)

Drittens. Wir bekommen endlich ein Zuwanderungsrecht. Und, meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, wir erreichen auch endlich, dass die Bleiberechtsregelungen verbessert werden.

Ja, ich weiß, wir haben nicht alles umsetzen können. Und ja, es ist bedauerlich, aber wir haben 20% einzubringen und nicht 51%. Deswegen sage ich, der Vertrag ist bei Weitem nicht so schlecht, wie alle behaupten.

Ein letzter Satz zur Obergrenze, zur sogenannten Obergrenze. Ich bin wirklich erschüttert, immer wieder damit konfrontiert zu werden, dass die Lesart von Scheuer, Dobrindt und Co. mehr Aufmerksamkeit und mehr Akzeptanz findet als das, was wir hier sagen, die wir die Verhandlungen geführt haben. Wir wissen genau, was wir aufgeschrieben haben. Es gibt keine Obergrenze, nicht mit uns und nicht in Zukunft.

(Beifall)

Und, liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen, dass Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland ihre Hoffnung auf die Sozialdemokratie setzen als diejenige Kraft, die seit 150 Jahren für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit kämpft. Wir sollten für dieses Vertrauen dankbar sein, liebe Genossinnen und Genossen, und wir sollten uns davor hüten, es zu enttäuschen. Wir werden unseren Job machen und dieses Land besser und menschlicher machen.

Ich, liebe Genossinnen, erreiche lieber mit 20% in einer Koalition einige wichtige Verbesserungen für die Menschen, als zuzuschauen, wie ohne uns nichts davon kommen wird. Eines steht fest, liebe Genossinnen und Genossen: Dieses Land wird ein besserer Ort, wenn wir mitregieren. Es wird ein schlechterer, wenn wir uns verweigern. - Danke.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Anja Niedenzu. Ihr folgt Lars Klingbeil.

Anja Niedenzu, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen, klagen wir hier nicht in der derzeitigen Situation auf sehr hohem Niveau? Wir diskutieren über das Sondierungspapier in jedem einzelnen Punkt. Vielleicht haben wir dabei vergessen, dass es gar keine Diskussion gäbe, wenn die Jamaikakoalition zustande gekommen wäre. Nichts aus unserem Programm hätten wir dann umsetzen können. Das sollte uns dabei klar sein. Mit jedem Punkt, den wir erreicht haben, haben wir auch die Chance, einzelne unserer Wähler zurückzugewinnen.

Denn anstatt uns um die über 9 Millionen zu kümmern, die uns bei der letzten Wahl gewählt haben, das sicherlich auch in dem Bewusstsein, dass wir vielleicht eine Große Koalition anstreben, suchen wir nach Gründen, warum uns ein Teil der Bürger, nämlich 1,7 Millionen, nicht mehr gewählt haben, und wollen uns aus diesem Grund unserer Verantwortung entziehen.

Zeit, einmal über unsere Wähler nachzudenken. Vielleicht liegt es einfach daran, dass es unser ehemaliges Wählerpotenzial nicht mehr in dem Maße gibt. Der Arbeitnehmer am Band oder im Bergbau beispielsweise - diese Berufe sterben aus und mit ihnen auch viele sozialpolitisch Interessierte. Aber Bürger haben wir ja noch genug. Wir müssen sie nur mit unseren Schwerpunkten erreichen. Dabei gilt es, in der Regierung auf unsere Themenschwerpunkte zu setzen und diese immer wieder neu herauszustellen. Ich finde, im letzten Wahlkampf haben wir das mit dem Mindestlohn, den Andrea Nahles erreicht hat, viel zu wenig getan. Da gilt es, auf jeden Fall besser zu werden.

Deshalb, Genossinnen und Genossen, stimmt für die Koalitionsverhandlungen, stimmt dafür, dass wir die Chance haben, besser zu werden, und lasst uns Verantwortung übernehmen. Seien wir nicht verantwortungslos wie andere Parteien. Vielen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, bevor ich Lars das Wort gebe: Wir bekommen hier oben sehr viele unterschiedliche Signale, die einen, dass sie unbedingt noch reden wollen - deswegen wird die Redeliste immer länger -, und die anderen, die uns signalisieren, dass ihre Delegation fest mit einem Ende dieses Parteitags gegen 16 Uhr gerechnet hat. Da gibt es für uns nur eine Möglichkeit: Wir müssen mit diesen Dingen so umgehen, wie wir es vorher vereinbart haben. Das heißt tatsächlich, dass wir gegen 16 Uhr zur Abstimmung kommen müssen.

(Beifall)

Ich sage das jetzt einfach einmal vorweg. Insofern ist es auch ein Appell an die, die jetzt noch reden. Wenn ihr kürzer reden, können noch andere reden.

Lars Klingbeil, Generalsekretär: Liebe Genossinnen und Genossen, ich gehörte mit zu denen, die sondiert haben, an fünf Tagen, die versucht haben, das Beste aus dem Antrag, den wir auf dem Bundesparteitag im Dezember verabschiedet haben,

herauszuholen. Wenn ich hier heute stehe und sage, ich kann mit Überzeugung sagen, dass es sich lohnt, in den kommenden Wochen weiter zu verhandeln, dann tue ich es nicht, weil ich glaube, das ist das kleinere Übel, sondern weil ich wirklich glaube, wir können aus Koalitionsverhandlungen etwas herausholen.

Ich wäre als Generalsekretär auf eine Neuwahlsituation vorbereitet. Ich habe auch keine Angst davor. Aber ich glaube, viele Menschen außerhalb dieser Partei würden nicht verstehen, wenn wir jetzt sagen, wir brechen die Verhandlungen ab und gehen mit großer Wahrscheinlichkeit in eine Neuwahlsituation.

Ich will aber, lieber Kevin, einen anderen Punkt aufgreifen, den du in dieser Rede vorhin sehr deutlich gemacht hast. Du hast gesagt, wir dürfen uns als SPD nicht klein machen. Liebe Genossinnen und Genossen, genau da stimme ich mit Kevin überein.

Wir haben als SPD bewusst gesagt, nach den Sondierungen diskutieren wir über das Ergebnis. Ich habe auf vielen Regionalkonferenzen, die wir nach der Bundestagswahl gemacht haben, erlebt, dass in der Partei gesagt wurde, wir wollen wieder offen, wir wollen selbstbewusst, wir wollen ohne Personalzwänge endlich mal wieder diskutieren. Deswegen sage ich euch, wir können stolz sein auf das, was wir in der letzten Woche erlebt haben. Die SPD hat diskutiert. Wir sind eine stolze Partei. Wir sind eine selbstbewusste Partei, eine lebendige Partei.

Was wir nicht brauchen, liebe Genossinnen und Genossen, sind Ratschläge von der CSU, einer Partei, die auf Befehl und Gehorsam funktioniert. Das brauchen wir nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Als ich jetzt in den Diskussionen war, habe ich erlebt, dass es eine große Angst gibt. Da wurde gesagt, ihr habt schon vor vier Jahren gesagt, wenn wir in diese Große Koalition gehen, dann kommt der Erneuerungsprozess. Wenn wir heute feststellen und selbstkritisch darauf gucken, müssen wir feststellen, das hat an vielen Stellen nicht funktioniert.

Ich sage euch: Genau deswegen habe ich vor ein paar Wochen als Generalsekretär kandidiert, weil ich möchte, dass dieser Erneuerungsprozess gelingt. Ich habe das größte Interesse daran, dass wir in unserer Partei die Strukturen ändern, dass wir wieder moderner werden, dass wir digitaler werden. Das habe mit meiner Kandidatur verbunden. Und glaubt mir, ich möchte, dass dieser Prozess gelingt. Das müssen wir uns in die Hand versprechen, auch auf diesem Parteitag. Es hängt aber nicht an der Frage, ob wir regieren oder nicht.

Es entscheidet nicht die CDU, ob wir unsere Strukturen verbessern. Es entscheidet nicht die CDU, ob wir die SPD digitaler aufstellen. Es entscheidet nicht die CDU, ob die Partei jünger und weiblicher und moderner wird. Es entscheidet nicht die CDU, ob wir endlich Zukunftsthemen aufgreifen. Liebe Genossinnen und Genossen, das entscheiden nur wir. Ich möchte, dass wir das hier so selbstbewusst feststellen. Es liegt in unserer Hand, ob der Erneuerungsprozess gelingt. Es darf nie wieder eine Ausrede geben dafür, dass der Erneuerungsprozess gestoppt wird.

Dafür stehe ich, liebe Genossinnen und Genossen. Ich bitte um das Vertrauen, dass wir weiter verhandeln, dass wir den Mitgliedern die Entscheidung in die Hand geben. Auch das ist für mich Teil der Erneuerung, dass die SPD eine Debatten-, eine Mitgliederpartei ist. Das wäre ein gutes Zeichen nach außen. Wenn wir heute abbrechen, wäre es ein fatales Zeichen für den Erneuerungsprozess. - Vielen Dank fürs Zuhören

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt hat Juli Rothe das Wort. Ihr folgt Michael Müller.

Juli Rothe, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen, danke, dass ich hier auch noch sprechen darf. Als erstes wollte ich Andrea - - Du hast ja gefragt: Was wollt ihr denn mehr? Was wollt ihr denn sonst noch? - Die Jusos haben ein schönes FAQ erstellt. Das findest du auf der Homepage. Es wurde auch bei Facebook geteilt. Da kannst du noch einmal hineinschauen, vielleicht auch die anderen.,

(Beifall)

damit ihr noch einmal sehen könnt, womit wir eigentlich bei der letzten Bundestagswahl angetreten sind.

Aber was wir natürlich heute hier machen müssen, ist, wir müssen dieses Sondierungspapier bewerten anhand des Beschlusses, den wir im Dezember gefällt haben. Am 7. Dezember haben wir hier vereinbart, was die essentiellen Punkte sind, die wir in diese Gespräche, die ja ergebnisoffen sein sollten, mitnehmen wollten. Anhand dessen bewerten wir das hier. Das haben schon viele vor mir vorgetragen.

Bei mir ist ein Punkt dabei, wo ich sage, Leute, das ist wirklich etwas, da kann ich nicht mitgehen, das ist der absolute Dealbreaker. Das ist das Kapitel über Migration und Flucht. Boris hat gerade dazu schon einiges ausgeführt.

Aber es geht nicht, dass wir hier heute ein Kapitel beschließen, dass wir hier heute ein Kapitel beschließen, in dem wir eine Möglichkeit offenlassen, die es den Dobrindts und Scheuers und diesen ganzen anderen Menschen dort ermöglicht zu sagen, es gibt hier so etwas wie eine Obergrenze. Das können wir hier nicht mittragen.

(Beifall)

Das ist gegen unsere Beschlüsse. Die Menschen da draußen erwarten von uns auch, dass wir uns entschieden dagegen stellen. Dieses Verhetzungspotenzial - natürlich glaube ich euch, dass ihr keine Obergrenze da reinverhandelt habt. Wir sind hier bei der SPD. Natürlich habt ihr das nicht gemacht. Ich habe da volles Vertrauen in euch. Aber dass es so verhetzt werden kann, das ist doch ein Kniefall, den wir denen vor diesem Rechtspopulismus ermöglichen, der in diesem Land immer mehr um sich greift.

Martin, du hast gesagt, wir wollen uns gegen den Rechtsruck in Europa stellen. Aber doch nicht mit diesem Kapitel zur Migration, in dem so viele Sachen drinstehen, die unserer Beschlusslage nicht entsprechen, in dem die Möglichkeit gegeben wird, diese Obergrenzendiskussion jetzt aufzumachen, und die SPD steht an der Seite und tut so, als ob wir damit nichts zu tun haben, weil das ja nicht das ist, was wir gesagt haben. Anders kann man den Satz nicht auslegen als: Es ist eine Obergrenze. Es ist eine faktische Zahl reingeschrieben, die nicht überschritten wird. Das steht so drin. Das könnt ihr nicht anders deuten, und das können die auch nicht anders deuten. Deshalb ist es doch verständlich, dass die auch die Möglichkeit nutzen und versuchen, da das Beste für sich rauszuholen.

Das dürfen wir hier einfach nicht durchgehen lassen. Es kann doch nicht sein, dass wir das Bekenntnis zum Grundgesetz und zur UN-Kinderrechtskonvention hier als Triumph feiern. Das sind doch Selbstverständlichkeiten für uns.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, hier wird viel über Verantwortung gesprochen. Hier wird viel gesagt, es gibt nur die Alternative, GroKo machen oder Neuwahlen. Das ist merkwürdig. Das haben wir, glaube ich, im Dezember nicht beschlossen, sondern wir haben gesagt, wir verhandeln ergebnisoffen. Ihr gebt uns eine

Empfehlung. Bei diesem Kapitel zu Flucht und Migration kann eure Empfehlung nicht sein, dass wir das mittragen und eine Große Koalition machen. Wir müssen hier die Verantwortung tragen für uns und für die Menschen, die zu uns kommen, und für die Bevölkerung. Wir können das so nicht machen.

Andrea, du hast mal gesagt, einer deiner Vorgänger war die Abrissbirne sozialdemokratischer Programmatik. Wenn wir das heute beschließen, sind wir die Abrissbirne humaner Flüchtlingspolitik.

Danke schön.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt hat Michael Müller das Wort. Ihm folgt Jessica Rosenthal.

Michael Müller, Bundesvorsitzender der Naturfreunde: Liebe Genossinnen und Genossen! Vielen Dank, dass ich auch als Bundesvorsitzender der Naturfreunde hier etwas sagen kann. Ihr wisst vielleicht, dass die Naturfreunde einer der Hauptorganisatoren der großen Demonstrationen, beispielsweise gegen Freihandel, für die Energiewende oder jetzt am Samstag für die bäuerliche Landwirtschaft waren. Das heißt, wir haben eine wirklich kritische Position zur Politik. Aber wir sagen eindeutig, ihr müsst weiter verhandeln, und zwar schon aus dem ganz einfachen Grund: Wenn ihr das nicht tut, wird die Zeit, die wir haben, um überhaupt noch das Ruder herumzureißen, dramatisch knapp. Die Zeit läuft uns weg. Deshalb muss man politisch handeln. Und „politisch handeln“ heißt, man muss die reale Politik verändern.

Wir können das Land nicht mehr dieser Lähmung überlassen, die von Frau Merkel ausgeht. Wir müssen die Wucht des neuen Nationalismus stoppen. Wir müssen eine gesellschaftliche Bewegung der Erneuerung erreichen. Es ist nicht die Frage, GroKo oder Opposition, sondern es ist die Frage, welche Rolle die SPD dabei spielt. Das ist die Schlüsselfrage, und die löse ich nicht mit solchen Beschlüssen wie „nein zur GroKo“, sondern die löse ich nur, indem endlich klar wird, dass die SPD ein Zukunftskonzept hat.

Ich will auch klarmachen, wo ich die Schwierigkeiten sehe. Die SPD wirkt nach außen - auch bei uns - so, als ob sie allzu sehr in dem Versuch ist, eine niedergehende Welt zu verbessern. Es geht aber nicht mehr darum, dass wir

glauben, mit der alten Idee, wir könnten alles über Wachstum lösen, noch eine Zukunft zu gestalten. Wir müssen in der Lage sein, Politik wieder als das zu verstehen, was es ist, nämlich Gestaltung, und zwar soziale und ökologische Gestaltung. Dies zu machen, ist die entscheidende Voraussetzung für die Sozialdemokratie.

Wir sind überzeugt, dass die SPD eine Schlüsselrolle einnimmt, nicht die anderen Parteien, sondern die SPD, aufgrund ihrer Geschichte und aufgrund ihrer Möglichkeiten, zwischen den sozialen Bewegungen und den ökologischen Bewegungen ein Scharnier zu bilden. Aber wenn man das tun will, dann muss man sich auch der Politik stellen und kann nicht in die innere Emigration gehen. Ich halte das für grundfalsch. Macht Politik und verweigert euch der Politik nicht. Und jetzt bitte nachverhandeln! Das der Punkt, um den es geht.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Ich habe jetzt als Nächstes Jessica Rosenthal, danach Thorsten Schäfer-Gümbel. Ich würde euch dann fragen, ob wir die Debatte an dieser Stelle schließen.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt hat Jessica die volle Aufmerksamkeit.

Jessica Rosenthal, Nordrhein-Westfalen: Danke schön. - Liebe Genossinnen und Genossen! Kevin hat gesagt: Heute einmal ein Zwerg sein, um künftig wieder Riese sein zu können. Und Andrea, du hast gefragt: Was soll denn da sein, das Große, der Riese? Ich würde eine ganz einfache Antwort darauf geben: Dass wir wieder die stärkste Kraft in diesem Land sind, das ist der Riese, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Andrea, du hast uns auch unterstellt, dass uns das Schicksal der Frau am Flughafen nicht interessieren würde. Ich möchte genau das Gegenteil behaupten. Es interessiert uns aus vollem Herzen.

Martin, du hast gesagt, wir müssen ein Stück mehr Gerechtigkeit schaffen. Da möchte ich dir widersprechen. Ich will nicht ein Stück mehr Gerechtigkeit schaffen. Ich will die Gerechtigkeitspartei in diesem Land sein.

(Beifall)

Ich will, dass Menschen nicht mehr nachdenken müssen, an wen sie sich mit ihren Anliegen wenden müssen, sondern dass sie wissen, wen sie wählen müssen.

(Beifall)

Dazu gehört so etwas wie, dass man den Mindestlohn, den man richtigerweise eingeführt hat, zum Beispiel wieder erhöht, weil man da nämlich immer noch nicht über der Altersarmut ist. Oder dazu gehört für mich auch so etwas wie Umverteilung, Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Mensch, über Erbschaftsteuer reden wir doch gar nicht mehr. Und das ist Programmatik der Partei. Wer da sagt, mit dem Wahlprogramm können wir ja gar nichts mehr bewegen, dem glaube ich nicht. Die Inhalte, die wir haben, sind doch nicht das Sondierungspapier mit der Union. Das kann mir doch keiner erzählen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dann wird immer wieder das Argument gebracht: Wie könnt ihr den Menschen das verwehren, was wir jetzt Gutes rausgeholt haben? Und das ihr zu Recht Gutes rausgeholt habt, worauf ihr auch stolz sein könnt. Da möchte ich unseren Parteivorsitzenden zitieren:

„Viel zu oft waren wir zu mutlos, Entscheidungen in die eine oder in die andere Richtung zu treffen, und haben uns dann auf Formelkompromisse geeinigt, um des lieben Friedens willen, die uns politisch aber nicht mehr erkennbar machten.“

Liebe Genossinnen und Genossen, warum erzählen Jusos überall im Land, egal, wo, immer das Gleiche? Nicht weil wir so eine tolle Kampagne machen oder sonderlich kampagnenfähig sind, sondern weil wir überzeugt sind. Wir sind überzeugt, dass der Weg in eine neue Große Koalition nicht richtig für diese Partei ist und dass wir einen Politikwechsel brauchen, einen inhaltlichen Politikwechsel. Wir sind nämlich selbstbewusst, und wir haben keine Angst,

(lebhafter Beifall)

weil wir nämlich sagen: Wir sind nicht der Korrekturverein der Union, sondern wir sind der Gegenentwurf. In diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen, liebe

Delegierte, möchte ich euch ins Gewissen reden: Bitte stimmt gegen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen und folgt in diesem Fall den Jusos; aber es sind nicht nur die Jusos, es sind viele, viele mehr.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Jetzt als Nächster und vermutlich letzter Debattenredner Thorsten Schäfer-Gümbel das Wort.

Thorsten Schäfer-Gümbel, stellvertretender Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist ein offenes Geheimnis, dass ich kein Freund Großer Koalitionen bin. Die Sondierungsvereinbarung, die wir treffen konnten, hat - das ist in der Debatte mehr als deutlich geworden - Licht und Schatten. Aber - das ist die Frage, die uns auf diesem Parteitag heute oft und in vielen Reden bewegt hat - reicht das, was da jetzt auf dem Tisch liegt, um Nein zu sagen zu Verhandlungen?

Wir glauben als hessische Sozialdemokratie, ich auch ganz persönlich - deswegen haben wir in den letzten Tagen intensiv mit den nordrhein-westfälischen Genossinnen und Genossen diskutiert -, dass es in der zweiten Halbzeit von Verhandlungen noch gute Möglichkeiten gibt, das Spiel deutlich offensiver für uns zu gestalten. Deswegen haben wir einen Text vorgelegt, in dem es darum geht, bei der Frage von unberechtigten Befristungen im Arbeitsrecht, um gerade Jüngeren eine bessere Chance zu geben, bei der Überwindung der Zweiklassenmedizin, aber auch im weiteren Umgang mit der Humanitätskrise und der Integrationsfrage nachzulegen.

Das sind im Übrigen - das will ich für mich sagen, mit der Möglichkeit, möglicherweise mitverhandeln zu können - keine beliebigen Punkte, sondern sie werden für mich Maßstab in den weiteren Gesprächen und Entscheidungen sein, die wir zu treffen haben - vorausgesetzt, der Parteitag gibt den Weg frei.

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen. Das, was wir an Erzählung im Bundestagswahlkampf nicht hingekriegt haben - und da gäbe es vieles aufzurufen, liebe Genossinnen und Genossen -, das werden wir ganz sicherlich nicht über ein Sondierungspapier mit CDU/CSU hinkriegen. Deswegen ist dieser Erneuerungspunkt so entscheidend, den hier viele beschworen haben. Ich weiß, dass die Entscheidung am heutigen Tage vielen alles abverlangt, auch den Druck vor Ort in die eine wie in

die andere Richtung. Viele haben sich in diesem Wahlkampf die Hacken dafür abgelaufen, dass wir einen richtigen Politikwechsel bekommen, bei dem Martin Schulz eine Bundesregierung anführen kann. Das haben wir nicht hingekriegt.

Aber - ich will es für mich sagen - für mich war mit der beeindruckendste Beitrag am heutigen Tag der von Luisa Boos. Rechtfertigt all das, was wir nicht erreicht haben, rechtfertigen all die Schwierigkeiten, die wir in der Entscheidungsfindung haben, es am Ende, wenn ihr jetzt im Bewusstsein dessen, was Luisa hier vorhin mit ihrer persönlichen Situation auch im Umgang mit Flucht und Bürgerkrieg beschrieben hat, mit Blick darauf, dass wir möglicherweise Einzelnen helfen können, ihnen ihr Leben leichter und besser machen zu können, Nein zu sagen? Und da ist meine ganz einfache Entscheidung - das sage ich jetzt seit einer Woche konsequent in jeder Veranstaltung -: Nein, es ist nicht zu rechtfertigen, und deswegen bitte ich um Zustimmung zu Verhandlungen mit CDU und CSU, im Bewusstsein, dass das kein einfacher Weg für uns ist; denn eine einfache Lösung, Genossinnen und Genossen, gibt es nicht. Es ist eine Frage zwischen schwierig und ganz schwierig, und da bin ich sehr dafür, dass wir den schwierigen Weg gehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, ich hatte es eben schon gesagt: Wir haben, glaube ich, eine wirklich sehr intensive und - so denke ich - auch eine sehr gute Debatte geführt, auch eine sehr faire Debatte geführt. Aber irgendwann müssen wir auch die beste Debatte zu einem Abschluss bringen, weil sonst die Delegationen am Ende bei der Abstimmung nicht mehr anwesend sind. Vor diesem Hintergrund schlagen wir als Tagungspräsidium euch jetzt vor, dass wir die Debatte an dieser Stelle schließen und in die Abstimmung einsteigen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich stelle das zur Abstimmung. Wer dem Verfahren so zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Das ist eine ganz, ganz überwiegende Mehrheit. Dann verfahren wir so, und ich darf an Heiko weitergeben.

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Antragsberatung und auch zur Beschlussfassung über die Anträge. Ich gebe vorher noch mal das Ergebnis der Mandatsprüfungs- und Zählkommission bekannt. -

Nein, Entschuldigung. Jetzt werden erst die Mandatsprüfungs- und Zählkommissionsberichte abgegeben. Danach hat der Parteivorsitzende um das Wort gebeten. Es ist, glaube ich, guter Brauch, dass wir dem auch nachkommen.

Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 45 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstands zusammen. Anwesend sind 600 Delegierte und 45 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 293 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 45,43 %. Damit ist die Quote erfüllt, und der Parteitag ist beschlussfähig.

Ich würde alle darum bitten, in den Saal zu kommen, denn wenn wir nachher auszählen und möglicherweise auch auszählen müssen, können natürlich nur die Stimmen gewertet werden, die im Saal auch abgegeben werden.

Jetzt hat Martin Schulz das Wort.

Martin Schulz, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, dass die Republik jetzt in diesem Moment auf uns schaut, und ich weiß, dass Menschen in ganz Europa jetzt auf diesen Parteitag der SPD schauen. Das ist ganz ohne Zweifel ein Schlüsselmoment in der jüngeren Geschichte unserer Partei. Ich will mich deshalb bei allen bedanken, die heute an der Diskussion teilgenommen haben. Egal, welche Position sie vertreten haben, und egal, wie das Ergebnis gleich ausgehen wird - ich finde, dass es ein stolzer Moment in der Geschichte der SPD war, dass wir auch in einer so angespannten Situation

(Lebhafter Beifall)

in der Lage sind, so miteinander zu diskutieren. Eine Partei, die für Respekt, für Toleranz, für Offenheit steht, die muss diesen Respekt, die muss diese Toleranz, die muss diese Offenheit auch nach innen praktizieren. Ich glaube, das ist uns heute in vorbildlicher Art und Weise gelungen. Dafür will ich mit bei allen Delegierten herzlich bedanken. Das ist ein entscheidender Moment, und die Argumente sind ausgetauscht. Das Für und Wider ist, glaube ich, hinreichend vorgetragen worden, und es ist klargeworden.

Ich will noch einmal sagen, dass ich denjenigen dankbar bin, die mit einem Antrag, über den wir gleich abstimmen werden, versucht haben, auch heute noch mal eine Brücke zu bauen, eine Brücke dahingehend zu bauen, dass klar wird, dass

Sondierungsergebnisse noch kein Endergebnis von Koalitionsverhandlungen sind, dass wir bei der sachgrundlosen Befristung natürlich weiter verhandeln werden, dass wir bei der Zweiklassenmedizin natürlich weiter verhandeln werden, dass wir bei der Härtefallregelung nicht nachgeben werden. Das sind die Dinge, die nur exemplarisch klarmachen, dass wir weiter verhandeln werden.

Ein Dank an diejenigen, die sich auch heute hier bemüht haben, in der Antragskommission, in den Landesverbänden noch am Ende, Genossinnen und Genossen, so zerstritten sie vielleicht in der Sache gewesen wären, zusammenzuführen. Dafür bin ich sehr, sehr dankbar.

Genossinnen und Genossen, Jessica hat gerade einen Satz von mir zitiert, den ich sehr gut kenne. Ja, wir dürfen uns nicht in Formelkompromisse flüchten, nur weil wir Angst vor der Entscheidung haben. Viel zu oft - ja, Jessica, da hattest du recht - haben wir das getan. Aber jetzt ist ein Augenblick der Entscheidung. Der Augenblick der Entscheidung ist jetzt gekommen, für jeden Einzelnen, für jede Einzelne hier im Saal. Ich werbe noch einmal bei euch als Vorsitzender der SPD gemeinsam mit dem Präsidium, mit dem Parteivorstand und mit den Verhandlern, die in den Sondierungsgesprächen verhandelt haben, dass ihr uns das Mandat und das Vertrauen gebt, auf dieser Grundlage weiter zu verhandeln, mit dem Ziel, eine Koalitionsverhandlung aufzunehmen, eine Regierung zu bilden. Ich werbe deshalb noch einmal, Genossinnen und Genossen, weil ich selbst als Vorsitzender dieser Partei eine Position beziehen muss.

Lasst mich drei kurze Punkte sagen: Nicht wir haben diese demokratische Ausnahmesituation herbeigeführt. Es war die gescheiterte Jamaika-Koalition, die Deutschland vor eine neue Situation gestellt hat.

(Beifall)

Ich sage das, weil wir diese Lage nicht angestrebt haben. Aber wir sind in der Situation, dass wir uns dieser Lage stellen müssen.

Ich habe in meinen Ausführungen gesagt - viele haben das befürwortet; andere haben es abgelehnt -, die Alternative ist, eine Verhandlung aufzunehmen mit der Bildung einer Regierung oder Neuwahlen. Meine Position ist klar, und deshalb mein zweiter Punkt: Ja, man muss nicht um jeden Preis regieren - das ist richtig -, aber man darf auch nicht um jeden Preis nicht regieren wollen. Das ist auch richtig, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und das ist mein dritter Punkt: Ich bin seit jeher ein Anhänger der These von Johannes Rau gewesen, einem großen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und späteren Bundespräsidenten, der die These vertreten hat: 1 % von etwas ist mehr als 100 % von nichts. Deshalb: Wenn wir etwas Gutes für die Menschen in diesem Land bewirken können, wenn wir etwas Gutes für Europa und die Völker in Europa bewirken könnten, dann finde ich - viele sind anderer Meinung, aber ihr solltet meine Position und die der Parteiführung kennen -, dann sollten wir es tun - im Interesse dieser Menschen.

Deshalb bitte ich euch von ganzem Herzen und bei allem Respekt vor denjenigen, die meinen, das sei nicht der mutigere Weg. Ich glaube schon, dass es der mutigere Weg ist, jetzt in eine Regierung zu gehen und dort zu beweisen, dass wir Gutes für die Menschen im Land und in Europa erreichen könnten.

In diesem Sinne bitte ich euch bei allem Respekt und bei allem Dank für die faire Debatte, die wir heute hier hatten, um Zustimmung zu dem Vorschlag des Parteivorstands. Gebt uns den Weg frei, auf der Grundlage der Sondierungsergebnisse Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Antragsberatung und Beschlussfassung

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Martin. - Wir kommen jetzt zur Antragsberatung und auch zur Beschlussfassung.

Initiativanträge liegen nicht vor.

Ich rufe daher die Anträge des Antragsbuches auf - inklusive des Leitantrages des Parteivorstandes.

Das Antragsbuch und die Empfehlungen der Antragskommission liegen euch als Tischvorlage vor.

Wir stimmen als Erstes über den Leitantrag des Parteivorstandes ab, wie er euch von der Antragskommission zur Annahme empfohlen worden ist. Anschließend wollen wir über die weiteren Anträge abstimmen. Auch hier liegen euch die Empfehlungen der Antragskommission vor.

Liebe Genossinnen und Genossen, damit kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wer dem Leitantrag des Parteivorstandes in der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Liebe Genossinnen und Genossen, es ist zwar eine Tendenz zu erkennen, aber aufgrund der Bedeutung der Entscheidung wäre es mir lieber, wenn wir das Ergebnis auszählen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte erst einmal alle Medienvertreter, die Gänge freizumachen.

(Beifall)

Wir verfahren jetzt wie folgt: Sobald die Mitglieder der Zählkommission, die vorbereitet sind, ihre Positionen eingenommen haben, rufe ich die Abstimmung erneut auf. Es werden dann alle drei Voten - also Ja, Nein oder Enthaltung - nacheinander abgefragt und von den Mitgliedern der Zählkommission ausgezählt. Erst danach werden die Stimmen zusammengezählt und das Ergebnis bekanntgegeben.

Ich bitte euch vor allen Dingen, bei eurer Stimmabgabe so lange den Arm hochzuhalten, bis dann auch die Mitglieder der Zählkommission zu erkennen gegeben haben, dass sie durchgezählt haben.

Sind alle Mitglieder der Zählkommission an den Plätzen, an die sie gehören? - Gut.

Dann rufe ich jetzt die Abstimmung erneut auf. - Wer für den Antrag des Parteivorstandes in der Fassung der Antragskommission ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Bitte den Arm oben lassen; das dauert jetzt ein bisschen. Ich bitte, mir zu signalisieren, wenn alle durchgezählt haben. - Dann frage ich jetzt, wer mit Nein stimmt. - Sind alle Stimmen gezählt? - Okay, vielen Dank. Dann frage ich, wer sich enthält. - Jetzt kann man berühmt werden.

(Heiterkeit)

Muss man aber nicht; das hat auch Nachteile. - Okay, dann ist die Abstimmung geschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch, sitzen zu bleiben. Wir werden jetzt die Ergebnisse zusammentragen, zusammenzählen und euch bekanntgeben. Das wird nicht sehr lange dauern.

Liebe Genossinnen und Genossen, mir liegt das Ergebnis vor. - Es sind 642 Stimmen abgegeben worden. Mit Ja haben gestimmt 362, mit Nein haben gestimmt 279, und es gab eine Enthaltung. Damit wird die SPD Koalitionsverhandlungen aufnehmen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die weiteren Anträge. Auch hierzu liegen euch die Empfehlungen der Antragskommission vor. Ich lasse darüber en bloc abstimmen. Wer für die Empfehlungen der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Das Erste ist die klare Mehrheit. Wer enthält sich? - Dann ist das so entschieden.

Liebe Genossinnen und Genossen, damit sind wir am Ende der Antragsberatung und auch der Beschlussfassung. Auch ich will mich ganz herzlich für diese konstruktive und disziplinierte Debatte bedanken.

Jetzt singen wir noch ein Lied. Liebe Genossinnen und Genossen, die Musik stellt sich schon auf. Dann mal los!

(Lied: Wann wir schreiten Seit' an Seit' - Beifall)

Ende des Parteitags: 16.35 Uhr.

Delegierte

Baden-Württemberg

Arnold, Rainer
Baehrens, Heike
Boos, Luisa
Brütting, Frederick
Cademartori, Isabel
Castellucci, Lars
Drakul, Petar
Elser, Sonja
Erler, Gernot
Esken, Saskia
Fechner, Johannes
Hahn, Leon
Harsch, Daniela
Herrera Torrez, Markus
Hornung, Lukas
Hostert, Jasmina
Juratovic, Josip
Karaahmetoglu, Macit
Katzmarek, Wolfgang
Kirgiane-Efremidou, Stella
Könnecke, Birte
Köpfler, Benjamin
Lange, Christian
Lutz, Udo
Marvi, Judith
Marvi, Parsa
Mast, Katja
Mattheis, Hilde
Nothofer, Ronja
Pfaff, Raphael
Repasi, Rene
Rolland, Gabi
Rosemann, Martin
Sawade, Annette
Schaaf, Anton
Schiele, Andrea
Schmid, Nils
Schwarzelühr-Sutter, Rita
Seitzl, Lina
Simon, Peter
Söhne, Julia-Sophie
Stoch, Andreas
Utz, Thomas
Weber, Jonas
Wölfle, Sabine
Wulff, Annkathrin
Yildirim, Nezake

Bayern

Afsali, Tobias
Agha, Munib
Aures, Inge
Bachmann, Brigitte
Bahr, Ulrike
Barthel, Klaus
Baumann, Martina
Baur, Hannelore
Bauske, Thomas
Bergmann, Uwe
Blöhm, Bettina
Brehm, Thorsten
Brunner, Karl Heinz
Brütting, Dominik
Burkert, Martin
Corongiu, Enrico
Deppisch, Eva-Maria
Dietz, Anno
Eder, Marietta
Egerer, Lutz
Erdogan, Abuzar
Ertug, Ismail
Fehlner, Martina
Fick, Marion
Fiorentino, Isabella
Fischer, Roland
Gerdes, Christa
Gottschalk, Sven
Güller, Harald
Hacker, Bertram
Hagl-Kehl, Rita
Hansen, Heidi
Heidrich, Annette
Höllein, Carsten
Jabs, Ingeborg
Jazdzewski, Daniel
Kick, Michael
Kofler, Bärbel
König, Anja
Krammer, Stefanie
Kuhn, Beate
Laurien, Marlen
Luckner, Annette
Maier, Tanja
Mattes, Ralf
Mehltretter, Andreas
Metzger, Petra
Michniok, Manuel
Negele, Christine
Nürnberger, Jörg

Olbrich, Gerd
Pappler, Anette
Petersen, Johannes
Poggenpohl, Marko
Raab-Wasse, Helga
Rappert, Klaus
Rasehorn, Anna
Reiß, Peter
Roidl, Ulrike
Roloff, Sebastian
Rothmayer, Julia
Rützel, Bernd
Sauer, Maria
Sauerteig, Stefan
Schmid, Herbert
Schmid, Wolfgang
Schrader, Katharina
Schrock, Christine
Schrodi, Michael
Schwarz, Andreas
Sommerfeld, Olaf
Stvrtecky, Anna
Tausend, Claudia
Träger, Carsten
Tremel, Michaela
Unfried, Harald
Vilsmeier, Bernd
Zuber, Christian

Berlin

Boermann, Frank
Bozkurt, Aziz
Cecere, Vito
Dilmaghani, Farhad
Drewnicki, Robert
Giffey, Franziska
Haß, Christian
Hönicke, Kevin
Kannenberg, Mathilde
Klose, Annika
König, Barbara
Kühnert, Kevin
Kujath, Rudolf
Lambertin, Knut
Nowacki, Petra
Poethke, Jennifer
Rothe, Julie
Schermer, Gerlinde
Schmidt, Matthias
Siebert, Ingo
Sommer, Ulrike

Stüwe, Ruppert
Wiegand, Rolf

Brandenburg

Gordjy, Christopher
Hackenschmidt, Barbara
Holzschuher, Ralf
Kunath, Alexander
Stohn, Erik
Tischendorf, Sabine
Weide, Kerstin
Wendland, Lars
Wolff, Annemarie
Zierke, Stefan

Braunschweig

Bader, Nils
Busse, Frank
Dick, Charlotte Rosa
Emmerich-Kopatsch, Petra
Grigat, Kathleen-Elizabeth
Kreiser, Dunja
Manke, Nicole
Mohrs, Falko
Niemann, Margrit
Perik, Muzaffer
Schneider, Julius
Schwarz, Jan
Thiel, Stephanie
Witt, Erika

Bremen

Aulepp, Sascha Karolin
Böhrnsen, Sören
Bronke, Karl
Dirks, Shirin
Herzog, Janne
Schmidt, Uwe
Schuster, Joachim
Schwellach, Gisela

Hamburg

Bekeris, Ksenija
Bernzen, Christian
Damerau, Inka
Dressel, Andreas
Herbers, Rudolf
Holster, Lars
Kahrs, Johannes
Leonhard, Melanie
Morgenroth, Ina

Petersen, Mathias
Rabe, Ties
Schaal, Monika
Steppat, Sabine
Veit, Carola Alexandra
Weiland, Nils Gustav

Hannover

Ahmetovic, Adis
Binkenstein, Sylvia
Blankenburg, Jakob
Bugla, Ludger
Duda, Melissa
Eilers, Mathias
Fahncke, Barbara
Fischer, Natalie
Friedemann, Waltraud
Gerdau, Martin
Gierke, Sonja
Hansmann, Silke
Klecha, Stephan
Kramer, Anja
Kuntscher, Leonard
Le Butt, Philip
Maiwald, Horst
Niedenzu, Anja
Oetke, Monika
Ott, Cornelia
Rüter, Michael
Schostok, Stefan
Schraps, Johannes
Schröder-Köpf, Doris Maria
Schüßler, Claudia
Seidel, Marcus
Sommerfeld, Arno
Sonnenburg, Erich
Stadler, Svenja
Straßburger, Frank
Tack, Kerstin
Tonne, Grant Hendrik
van der Zanden, Lisa
Watermann, Ulrich
Wieduwilt, Sven Björn
Yousaf, Amina

Hessen-Nord

Angerhausen, Christa
Bartol, Sören
Dilcher, Esther
Fehr, Manfred
Fiedler, Sebastian

Flemming, Siglinde
Gremmels, Timon
Hartdegen, Tanja
Heinemann, Uwe
Hillenbrand, Silvia
Kalhöfer-Köchling, Karl-Heinz
Kalveram, Esther
Klitsch, Marcel
Kranz, Gretel
Lappöhn, Silke
Meßmer, Ullrich
Montag, Karl
Özkan, Ertan
Risch, Tracy
Schäfer, Enrico
Schlitzberger, Udo
Simonsky, Georg
Sommer, Daniela
Vaupel, Monika
Warnecke, Torsten
Zülch, Hartmut

Hessen-Süd

Alex, Ulrike
Bailey, Vinzenz Jan
Bastian, Swen
Boukayeo, Sanaa
Costanzo, Vivien
Deboy, Jan
Degen, Christoph
Dittmar, Ansgar
Eck, Patricia
Faeser, Nancy
Geis, Kerstin
Gnadl, Lisa
Gniza, Tobias
Grüger, Stephan
Grumbach, Gernot
Habekost, Oliver
Hofmann, Heike
Huß, Tim
Jansen, Maria
Kaffenberger, Bijan
Kavai, André
Kavai, Marie-Christine
Küblbeck, Justin
Kunert, Ralf
Kunz, Cirsten
Kunze, Sylvia
Lambrecht, Christine
Langwasser, Elisabeth Rebekka

Lux, Stefan
Mansoori, Kaweh
Nissen, Ulli
Pawlik, Natalie
Polat, Murat
Rabanus, Martin
Schecker, Sebastian
Schmitt, Norbert
Seewald, Ilja-Kristin
Sinß, Carsten
Spiegelberg-Kamens, Viktoria
Strank, Oliver
Volk-Borowski, Dennis
Wade, David
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Yüksel, Turgut
Zimmermann, Jens
Zypries, Brigitte

Mecklenburg-Vorpommern

Haak, Jana
Julitz, Nadine
Junge, Frank
Krüger, Thomas
Reinke, Christian

Nord-Niedersachsen

Brandt, Doris
Hielscher, Gabriele
Jantz-Herrmann, Christina
Johannßen, Claus
Kempf, Uwe
Michallik, Bernd
Paatsch, Alexander
Schwarz, Gitta
Tiemann, Petra

Nordrhein-Westfalen

Arshad, Shamil
Bähr-Losse, Bettina
Baran, Volkan-Tevfik
Bas, Bärbel
Beck, Annela
Becker-Lettow, Christa
Bell, Alexa Silke
Bennarend, Jens
Besler, Thomas
Bischof, Arno
Blask, Inge
Blienert, Burkhard
Böhme, Sarah

Börner, Frank
Börschel, Martin
Brüggemann, Reinhard
Brüggenhorst, Ute
Bücker, Carina
Buhre, Michael
Buttkereit, Elke
Butz, Maren
Christofczik, Ronja
Cikoglu, Atila
Coße, Jürgen
Craney, Olaf
Dopheide, Christoph
Dos Santos Herrmann, Susana
Duscha, Peter
Eggert, Romina
Falszewski, Benedikt
Fragemann, Heiner
Franzmann, Marcel
Freudenreich, Petra
Fritz, Eva Maria
Garn, Susanne
Gebhard, Heike
Geier, Jens
Geyer, Jens
Göddertz, Thomas
Görtzen, Tobias
Gottschlich, Simone
Grabowsky, Jörg
Groeger, Bernd
Hammelrath, Gabriele
Hartmann, Sebastian
Heinrichs, Felix
Heitkamp, Micha
Herter, Marc
Hördemann, Julian
Joisten, Christian
Kapteinat, Lisa-Kristin
Killewald, Norbert
Klaer, Ralph-Harry
Klare, Arno
Kleist, Janina
Klute, Thorsten
Knipps, Anna
Kober, Daniel
Koch, Karsten
Kopp-Herr, Regina
Korkmaz, Elvan
Krampe-Reinermann, Julia
Kreiß-Vannahme, Halice Debora
Kreutz, Marcel

Kuiper, Manfred
Kumpf, Wolfgang
Kunze, Gabriel
Küpper, Anne
Lange, Gudrun
Lippelt, Stefanie
Löffler, Alisa
Löhl, Anke
Löhr, Mario
Maaß, Susanne
Mayer, Gabriele
Mayregger, Patrick
Moll, Claudia
Molzberger, Adhemar
Müntefering, Michelle
Mützenich, Rolf
Niedermaier, Sandra
Ott, Jochen
Özdemir, Mahmut
Peick, Jens
Peters, Martin
Peußner, Thomas
Philipp, Sarah
Pliete, Beate
Poß, Joachim
Preuß, Jürgen
Raillon, Philip
Ramers, Markus
Rampe, Carsten
Razanica, Isabel
Reihs, Sigrid
Reisewitz, Margit
Ricciardi, Fabiola
Richter, Silvia
Rimkus, Andreas
Rinkert, Daniel
Ristau, Sigrid
Römer, Norbert
Rosenthal, Jessica
Rottmann, Andrea
Rudolph, Karsten
Ruß, Oliver
Rutenkröger, Susanne
Sander, Irmgard
Schäfer, Axel
Schindler, Doris
Schmeltzer, Rainer
Schmitz, Ute
Scho-Antwerpes, Elfi
Schrötter, Dennis
Schug, Jennifer

Schultheis, Karl
Schwartz, Stefan
Seitz-Dahlkamp, Christiane
Sierau, Ullrich
Spaenhoff, Anna
Spinrath, Norbert
Stock, Ellen
Stoffers, Jennifer
Stotz, Marlies
Strack, Birgit
Striepen, Karin
Ströttchen, Caroline
Tacer, Philipp
Tanjsek, Gerti
Thews, Michael
van den Berg, Guido
Vogt, Alexander
von Gostomski, Sonja
von Olberg, Robert
Vöpel, Dirk
Voßbeck, Sonja
Wandtke, Cornelia
Wedekin, Lars
Weller, Jürgen
Wiertz, Sven
Wietheger, Karin
Wittebur, Klemens
Yüksel, Serdar
Zorlu, Sara

Parteivorstand

Ahnen, Doris
Annen, Niels
Barley, Katarina
Breymaier, Leni
Bullmann, Udo
Dreyer, Malu
Dulig, Martin
Engelmeier, Michaela
Esdar, Wiebke
Geywitz, Klara
Griese, Kerstin
Groschek, Michael
Grötsch, Uli
Heil, Hubertus
Högl, Eva
Kaczmarek, Oliver
Klingbeil, Lars
Kohnen, Natascha
Kolbe, Daniela
Lösekrug-Möller, Gabriele

Maas, Heiko-Josef
Matschie, Christoph
Midyatli, Serpil
Miersch, Matthias
Müller, Michael
Nietan, Dietmar
Özoguz, Aydan
Pähle, Katja
Pistorius, Boris
Rehlinger, Anke
Roth, Michael
Ryglewski, Sarah
Schäfer-Gümbel, Thorsten
Schmidt, Dagmar
Scholz, Olaf
Schulz, Martin
Schulze, Svenja
Schweitzer, Alexander
Schwesig, Manuela
Sieling, Carsten
Stegner, Ralf
Uekermann, Johanna
Vogt, Ute
Vogt, Sascha
Woidke, Dietmar

Rheinland-Pfalz

Alt, Denis
Anklam-Trapp, Kathrin
Baldy, Daniel
Barbaro, Salvatore
Barnett, Doris
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine
Bleicher, Marc-Antonin
Brück, Bettina
Conrad, Jürgen
Diedenhofen, Martin
Ebling, Michael
Erten, Hayat
Geis, Manfred
Glöckner, Angelika
Glogger, Christoph
Greb, Eva-Luise
Gros, Anna
Guth, Jens
Haller, Martin
Hartloff, Jochen
Herbst, Corinne
Herzog, Gustav
Hitschler, Thomas
Hoch, Clemens

Horst, Timo
Janson-Peermann, Petra
Jenssen, Jens
Jung, Michael
Kazungu-Haß, Giorgina
Klinkel, Nina
Kukatzki, Bernhard
Küsel, Karin
Lewentz, Roger
Mackensen, Isabel
Nahles, Andrea
Oster, Benedikt
Pilger, Detlev
Porz, Sandra
Rauschkolb, Jaqueline
Riedmaier, Theresia
Ruland, Marc
Schäffner, Daniel
Schöller, Erik
Sippel, Heiko
Steinbach, Nico
Stich, Daniel
Teuber, Sven
Troubal, Julia
Wienpahl, Sabine

Saarland

Altesleben, Bettina
Barke, Jürgen
Berg, Petra
Britz, Charlotte
Commerçon, Ulrich
Döring, Pia
Ginsbach, Isabelle
Henkel, Sandra
Hiry, Johannes
Jung, Magnus
Kerner, Dorothea
Klein, Denise
Krause, Koba
Krutten, Stefan
Lauer, Patrik
Morsch, Anke
Pauluhn, Stefan
Petry, Christian
Rase, Georg
Ries, Isolde
Roth, Eugen
Thul, Sebastian
Waluga, Günter
Zieder-Ripplinger, Margriet

Sachsen

Bombien, Julia
Dietzschkau, Marc
Froh Wieser, Dana
Homann, Henning
Katzek, Jens
Rüthrich, Susann
Zabel, Benjamin

Sachsen-Anhalt

Brecht, Eberhard
Fiebig, Anne-Sarah
Keune, Kornelia
Lietz, Arne
Möbbeck, Susi
Reifgerste, Carlo

Schleswig-Holstein

Awad, Tarek
Bolln, Stefan
Burkhardt, Delara
Danhier, Susanne
Daude, Ulf
Dolgener, Kai
Dürbrook, Niclas
Habersaat, Martin
Hagedorn, Bettina
Hamadmad, Amin
Klein, Melanie Sabine
Klüssendorf, Tim
Kreft, Enrico
Ludwig, Katja
Nägele, Frank
Östreich, Cornelia
Rodust, Ulrike
Schalnat, Lars
Scheer, Nina
Schiebe, Sophia
Stein, Mathias
Ünsal, Özlem
von Pein, Tobias
Winter, Lars

Thüringen

Bressemer, Anne
Heß, Petra
Lehmann, Diana
Lemme, Steffen-Claudio
Luckert, Martin
Marx, Dorothea
Shevchenko, Oleg

Weser-Ems

Ambrosy, Sven
Börgmann, Johann
de Boer, Dirk
De Ridder, Daniela
Emons, Eva Maresa
Forster, Hans
Goldenstein, Andre
Harms, Meike
Höffmann, Jan Oskar
Hüser, Geert
Kater, Kristian
Kirchner, Wolfgang
Kunde, Sebastian
Langer, Nora
Mandel, Sören
Mandel, Roswita
Mehlmann, Timo
Moormann, Yannick
Peters, Gero
Peters, Cornelius
Pott, Guido
Schulte-Schoh, Antje

Delegierte mit beratender Stimme

Allroggen-Bedel, Agnes
Baumann-Hasske, Harald
Bergmann, Christine
Binding, Lothar
Brunn, Anke
Brusis, Ilse
Daldrup, Bernhard
Ehrenberg, Herbert
Eichel, Hans
Fahimi, Yasmin
Finke, Karl
Fleckenstein, Knut Wilhelm
Fuchs, Anke
Gerdes, Michael
Glomb, Matthias
Götte, Rose
Graeber, Otto
Hänsch, Klaus
Hellmich, Wolfgang
Herrmann, Jana
Hoffmann, Reiner
Jobs, Thorsten
Junker, Karin
Kaiser, Elisabeth
Kelber, Ulrich
Khalaf, Nadia
Kleen, Alma
Köbele, Bruno
Kocks, Mathias
Kohl, Hannelore
Kolbow, Walter
Lindh, Helge
Mahrenholz, Ernst-Gottfried
Marks, Caren
Meinhold, Walter
Merk, Heidrun
Müller, Michael
Münzfering, Franz
Noichl, Maria
Piechota, Ulrich
Poschmann, Sabine
Randzio-Plath, Christa
Rehbock-Zureich, Karin
Risse, Johannes
Rudolph-Kokot, Irena
Schmalstieg, Herbert
Schmidt, Wilhelm
Schmude, Jürgen
Schnoor, Herbert

Seifert, Peter
Stamm-Fibich, Martina
Steffen, Sonja
Stiegler, Ludwig
Stolpe, Manfred
Thierse, Wolfgang
Weinbrecht, Ralph
Wernstedt, Rolf
Wettig-Danielmeier, Inge
Wieczorek, Norbert
Wiefelspütz, Dieter
Yüksel, Gülistan

Rednerliste

Ahnen, Doris	41
Barley, Katarina	95
Boos, Luisa	63
Brüggemann, Reinhard	81
Brusis, Ilse	83
Burkhardt, Delara	91
Daldrup, Bernhard	93
Dietzschkau, Marc	58
Dreyer, Malu	6
Ferner, Elke	47
Groschek, Michael	16
Grüger, Stephan	89
Haß, Christian	112
Heitkamp, Micha	45
Herrmann, Jana	103
Herzog, Janne	41
Hoffmann, Reiner	104
Katzek, Jens	55
Klingbeil, Lars	120
Klose, Annika	42
Kohnen, Natascha	99
Kolbe, Daniela	110
Kreß-Vannahme, Halice Debora	79
Kühnert, Kevin	48
Kunze, Sylvia	72
Lauterbach, Karl	70
Lösekrug-Möller, Gabriele	14
Maas, Heiko	113, 130
Mattheis, Hilde	60
Müller, Michael	123
Nahles, Andrea	86
Niedenzu, Anja	119
Pawlik, Natalie	115
Peick, Jens	101
Pistorius, Boris	116
Reinke, Christian	77
Rosenthal, Jessica	124
Rothe, Juli	121
Schäfer-Gümbel, Thorsten	126
Scharping, Rudolf	73
Schermer, Gerlinde	53
Scholz, Olaf	65
Schulz, Martin	20, 128
Schwesig, Manuela	75
Stegner, Ralf	97
Stüwe, Ruppert	85
Uekermann, Johanna	56
Weil, Stephan	61